M 3477 F

blätter des iz3w



Brennpunkt Moçambique

Mit Register!

Nr. 117 Mai 1984 DM 5,00

impressum blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo. - Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Florence Buchmann, Georg Cremer, Christian Dierstein, Benedikt Fehr, Wolf-Matthias Gall, Andrea Hassur, Uli kieser, Werner Kobe, Claudia Koenig, Volker Krempin, Michael Krischer, Mecht ild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben: Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Telefon: 0228/282619
Druck: SOAK Hannover, Tel. 0511/17618

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Vertriebs GmbH, Postfach 1165, Lollar, Telefon: 06406/5127

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 40,-- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).

Schweiz: SFR 40,-- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,-- (bzw. 230,-)
Luftpostabonnements:
Europa: 52,- (bzw. 42,-)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76, (bzw. 66,)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-//ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 118:
22. Mai 1984

Anzeigenschluß für Nr. 118:
29. Mai 1984

Titelseite und im Text verwendete Postkartengrafiken:
Uli Zimmermann, Brückenstr. 36
6000 Frankfurt 70

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

NACHRICHTEN UND BERICHTE



Nicaragua

Nicaragua – Arbeitsbrigaden

Im November 1983, als sich Nicaragua von der direkten militaristischen Invasion bedroht sah, kam die Aufforderung an die europäische Solidaritätsbewegung, Arbeitsbrigaden nach Nicaragua zu senden; dieser Aufruf ging aus verschiedenen Gründen insbesondere in die Schwerpunktländer Holland, BRD, Frankreich und Spanien, wobei sich in der Bundesrepublik die breiteste Resonanz zeigte. Der Aufruf kam hier zu einem Zeitpunkt, in dem immer mehr Menschen betroffen waren von einer Kriegspolitik, wie sie von der US-Regierung und ihren Verbündeten praktiziert wird zur Sicherung ihrer Herrschaft bzw. Ausdehnung ihrer Einflußsphäre vor allem in der Dritten Welt. Der Verdeckte Krieg in Mittelamerika wie die Raketenstationierungen wurden begriffen als zwei Glieder in einer Kette von Maßnahmen, die zu einem Ziel führen: Fortsetzung der herrschenden Politik mit anderen Mitteln; Krieg! Nachdem das Bundestreffen der Nicaragua-Solidaritätsbewegung eine bundesweite Kampagne zur Bildung von Arbeitsbrigaden beschloß, die auch von den GRÜNEN finanziell unterstützt wurde, haben sich spontan ca. 1000 Menschen beim koordinierdenen INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA in Wuppertal gemeldet, viele dieser Menschen sicher auch aus einer „Jetzt erst recht"-Haltung heraus, nachdem die Raketenstationierungen trotz breitester Protestaktionen bisher nicht verhindert werden konnten. Dabei ging das Spektrum weit über die seit Jahren in der Solidaritätsbewegung arbeitenden Menschen hinaus: Gemeldet haben sich Sozialdemokraten, Antiimperialisten, Grüne, Radikale, Linke, Vertreter von Friedens-, Ökologie- und Frauenbewegung, kirchlich Engagierte und Teilnehmer aus dem autonomen Spektrum.

In der Frage eines bundesweiten Aufrufs zeigte sich auch die Breite der Solidaritätsbewegung bzw. ihre unterschiedlichen Auffassungen über die zugewinnenen Bündnispartner. Der Aufruf „Friede für Nicaragua" (Blätter des Iz3W Nr. 115), der auf die Friedensbewegung, Sozialdemokraten und Kirchenkreise (also die traditionelle Nicaragua-Solidarität) hinzielt, indem er „Frieden" als die zentrale Kategorie für die Entwicklung Nicaraguas benennt, den man durch symbolische Aktionen (ähnlich wie in der BRD) erhalten müsse, wurde denn auch deshalb von vielen Komitees kritisiert, weil er nicht die Legitimität der Verteidigung der nicaraguanischen Revolution auch mit Waffen vermittelt und erst recht nicht die der bewaffneten Befreiungsbewegung El Salvadors. Die soziale Revolution im Nachbarland Nicaraguas kommt übrigens überhaupt nicht im Aufruf vor.

Daß als Folge daraus schließlich mehrere Aufrufe nebeneinander kursier-



ten, tat der bundesweiten Kampagne keinen Abbruch, an der sich sehr viele Komitees beteiligten, die Geld sammelten, Informationsveranstaltungen machten, Brigadisten stellten, ... An sechs Orten wurden regionale Vorbereitungsgruppen gegründet, die die Brigadisten auswählen und auf eine zweimonatige Kaffee-Ernte vorbereiten sollten. Kriterien der Auswahl waren Spanischkenntnisse, politische Zusammenhänge sowie eine gewisse Anpassungsfähigkeit an die militärischen, politischen und organisatorischen Rahmenbedingungen Nicaraguas. Das hieß unter anderem auch, daß die Ausreisenden bereit sein mußten, jegliches Risiko im Zusammenhang einer militärischen Aktion selbst zu tragen. Die Brigade war zwischen dem 21. Dezember und dem 26. Februar in Nicaragua; ca 150 Personen haben dabei an fünf verschiedenen Orten in den Nordprovinzen unter extremsten Bedingungen Kaffee gepflückt. Dort wurden sie von der Abteilung für internationale Beziehungen der Ernte Sandinista und dem deutschen Solidaritätskomitee in Managua betreut, welche gemeinsam ihnen auch ein zehntägiges politisches Abschlußprogramm ermöglichten.



Foto: Paul Schmitter

Es soll hier nicht im Einzelnen auf den Verlauf und die Erlebnisse der Brigadenzeit eingegangen werden, wozu es ja auch schon eine gute Öffentlichkeit gegeben hat[1]; vielmehr erlaubt die Rückkehr der Erntebrigade jetzt ein erstes Resumé der Kampagne. Die Aktion sollte und konnte folgendes leisten: Im Rahmen der nicaraguanischen Bemühungen, auf allen Ebenen eine politische Isolierung zu verhindern, zählt auch die ständige Präsenz internationaler Delegationen aus Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und anderer nichtstaatlicher Organisationen, die durch Presse-Erklärungen, Mahnwachen oder symbolische Aktionen in Produktion und Konstruktion international demonstrieren, daß sie auf seiten der Revolution stehen, und dadurch das politische Risiko einer Intervention vergrößern *(Präsenzfunktion)*. Das zweite betrifft die *ökonomische Funktion*. Daß die Aktion mehr als symbolisch war, sieht man daran, daß Nicaragua in einer ökonomischen Umstellung ist. Im Zuge der Landverteilung gibt es kaum noch landlose Saison- und Wanderarbeiter, die für die Kaffee-Ernte einsetzbar wären, und es fehlt an Pflückern für die höchst prioritäre Ernte. So schickt man in den Ferien Schüler- und Studentenbrigaden in die Landarbeit[2] und versucht in Kampagnen die Stadtbevölkerung für kurzfristige Ernteeinsätze zu gewinnen. Auch die internationalen Brigadisten — dieses Jahr ca 1000 — leisten hier ihren Beitrag in einer gesellschaftlich prioritären Aufgabe mit durchaus vergleichbaren Resultaten und nehmen damit den Platz ein von Campesinos, die jetzt als Milizionäre ihre Revolution und ihr Land verteidigen. Wie von nicaraguanischen Autoritäten betont, haben die Produktionsbrigaden auch eine *innernicaraguanische Demonstrationsfunktion*. Sie „nützen als Beispiel für die Teilnahmslosen, die Zuschauer, die Schwankenden unseres Landes“[3]. Und nicht zuletzt gibt es eine *subjektive Ebene* für die Brigadisten selbst, die theoretische Einsichten über den Imperialismus in der Realität überprüfen und an nicaraguanischem Alltag konkretisieren konnten, ja sogar am eigenen Leib erlebt haben, was die internationale „Arbeitsteilung“ für ein Dritteweltland bedeutet. Ferner die Wärme und Begeisterung eines ganzen Volkes zu erleben, das im Bewußtsein steht, zum erstenmal seine Geschicke in die eigene Hand zu nehmen. Dieses Erleben kann in einer *Multiplikatorwirkung* auch nach der Rückkehr reproduziert werden, womit die öffentliche Aufmerksamkeit, die während der Kaffee-Ernte durch die Medien gegeben war, jetzt durch eigene Aktivitäten der Brigadisten (Diskussionen, Veranstaltungen, Aktionen, Alltagsleben) fortgesetzt wird. Die Solidaritätsbewegung gewinnt an motivierten Aktivisten. Natürlich hat es auch Probleme bei der Aktion gegeben, so der ausgeprägte Individualismus einiger Brigadisten, der in Nicaragua so nicht zum Zuge kommen konnte, ferner wurde nach Meinung eines Teils der Brigadisten den begleitenden Prominenten und Presseleuten eine zu große Bedeutung (sprich Sonderkonditionen) zugemessen[4], und viele vorbereitende Komitees klagen (besonders solche die anschließend nicht mit nach

Nicaragua gefahren sind), daß ihnen viel Kraft für andere Aktivitäten genommen worden sei. Eine prinzipiellere Kritik (vgl. z. B. Leserbriefe in der TAZ) besagt, daß man mit der Aktion dem politischen Kampf in der BRD entfliehe, obwohl doch der antiimperialistische Kampf nach Che Guevara „im Herzen der Bestie" zu führen sei. Jedoch schließen sich „Kampf hier — Aktion dort" nicht gegenseitig aus, sondern unterstützen und bedingen sich (vergleiche hierzu auch die Rede einer Brigadistengruppe im Bergland von Matagalpa).
Nach Einschätzung der Fren Sandinista waren die Kaffee-Brigaden eine einmalige und wichtige Sache, begründet in der aktuellen Invasionsgefahr des November 1983. Man begrüßt die Fortführung der Arbeitsbrigaden, aber in anderer Form. Dies entspricht auch der Einschätzung der Solidaritätsbewegung und des INFORMATIONSBÜRO NICARAGUA auf dem Bundestreffen vom 24./25. März in Münster. Die bundesweite Kampagne wird fortgeführt, voraussichtlich etwa bis zum 19. Juli, dem 5. Jahrestag der Revolution, wobei der politische Schwerpunkt aber verlagert wird auf die neue BMZ-Politik bezüglich Mittelamerika. Der gemeinsam Verabschiedete Aufruf bezieht auch El Salvador mit ein, denn in beiden Ländern wird um den gleichen sozialen Fortschritt gekämpft, es ist der gleiche Feind, der sich dem entgegen stellt; seine Stadthalter — hier die nicaraguanische Contra, dort das salvadorenische Militär — Kämpfen mit den gleichen Waffen und für die gleiche Klasse; und beide Revolutionen bedingen und unterstützen sich gegenseitig. Auch die US-Regierung sieht in ihrer Politik hier eine Einheit. Der neue Aufruf heißt jetzt: „Brigaden für das befreite Nicaragua — Unterstützung des Befreiungskampfes in El Salvador" und die gesammelten Gelder gehen zu gleichen Teilen auf beide Projekte[5]. Dies kann ein wichtiger Schritt hin zu einer Einheit zwischen Nicaragua- und El Salvador-Solidarität sein.
Alle drei Brigadenprojekte finden in marginalisierten Randzonen Nicaraguas statt, wo von Contrabanden zerstörte Einrichtungen und Flüchtlingsansiedlungen für Familien aus umkämpften Gebieten aufgebaut werden sollen. Beim Überfall auf Pantasma im Oktober 1983 z. B. wurden 47 Dorfbewohner ermordet, weitere entführt, die Kaffee-Aufkaufstelle, die lokale Kreditbank und andere Errungenschaften der Revolution zerstört. Diese Kooperative und ähnliche Projekte wollen wir wieder aufbauen und damit ein politisches Zeichen setzen. Dazu wird sehr viel Geld benötigt, da die Brigadisten ihr eigenes Werkzeug mitbringen sollen, ferner werden Brigadisten für zweimonatige Arbeitseinsätze (insbes. Handwerker wie Zimmerleute und Maurer) gesucht.
Durch die Brigadenkampagne ist die Nicaragua-Solidarität wiederbelebt worden. Viele neue Menschen haben sich mit Nicaragua auseinandergesetzt; auch Brigadisten tragen nach ihrer Rückkehr das Ihrige dazu bei. Die Aktion konnte für Nicaragua medienwirksam genutzt werden, wenn auch Brigadisten nicht immer gut dabei weg kamen (vgl. STERN und SPIEGEL). Und zu guter Letzt konnte sich die Solidaritätsbewegung erstmals selbständig in den Medien darstellen, sie hat sich von der SPD-bestimmten Entwicklungspolitik gegenüber Nicaragua gelöst und in einer eigenständigen Aktion eigene Zeichen gesetzt. Sie ist zu einem Zeitpunkt, wo die Bundesregierung ihre Experten aus Nicaragua abzieht (DED, CIM, GTZ) und die bewilligten 40 Millionen sperrt, mit ihrer „eigenen Entwicklungshilfe" in die Offensive gegangen.

Klaus Dieter Hess

Anfragen zu Brigaden: Informationsbüro Nicaragua, Katernberger Schulweg 123, 56 Wuppertal 1
Spenden für die Kampagne „Arbeitsbrigaden für Nicaragua" — „Unterstützung des Befreiungskampfes El Salvador" auf das Sonderkonto:
Stadtsparkasse Wuppertal — Infobüro Nicaragua, Kontonr. 963611, BLZ 33050000
Alle eingehenden Gelder werden zur Hälfte nach Nicaragua bzw. El Salvador überwiesen.

1) Einen guten Eindruck über die Kaffe-Brigade vermittelt die von den Brigadisten selbst geschriebene Broschüre „Todos juntos venceremos — Arbeitsbrigade in Nicarragua", welche dieser Tag im NAHUA-Verlag erscheint (Bezug über Informationsbüro Nicaragua)
2) Einige dieser Gruppen haben am gleichen Ort wie deutsche Kaffeepflücker gearbeitet, sodaß wir in einen interessanten Erfahrungsaustausch treten konnten
3) so Daniel Nuñez, Landwirtschaftsminister der Region Matagalpa, bei der Begrüßung einer deutschen Kaffeepflückergruppe
4) Über die Erfahrungen mit der Presse vergleiche auch den gesonderten Artikel
5) Traditionell ist immer sehr viel mehr zu Nicaragua gespendet worden als zur ja noch im „schmutzigen" Befreiungskampf stehenden Guerrilla FMLN in El Salvador.

Aufruf: BRIGADEN FÜR DAS BEFREITE NICARAGUA — UNTERSTÜTZUNG DES BEFREIUNGSKAMPFES IN EL SALVADOR

In der Nacht vom 17. zum 18. Oktober 1983 überfallen 500 Contras (von den USA finanzierte konterrevolutionäre Kräfte) im nördlichen Bergland Nicaraguas den Ort Pantasma. Sie ermorden 47 Dorfbewohner -auch Frauen und Kinder- und brennen die Lebensmittellagerhalle, die staatliche Kaffeeaufkaufstelle, die Zweigstelle der Nationalen Entwicklungsbank und andere, seit dem Sturz Somozas aufgebaute, öffentliche Einrichtungen nieder ...
Neben solchen Überfällen kam es im selben Zeitraum zu Angriffen mit Schnellbooten auf Hafenanlagen, die weitgehend zerstört wurden. Die direkte Interventionsgefahr durch honduranische Truppen und US-Marines spitzte sich gefährlich zu.
In dieser Situation antwortete die nordamerikanische und westeuropäische Solidaritätsbewegung mit Nicaragua mit der Entsendung von 1500 freiwilligen Arbeitsbrigadisten (150 aus der BRD und Westberlin), die mithalfen, die bedrohte Kaffeernte einzubringen.
Eine kluge Außenpolitik der sandinistischen Regierung, die Verhandlungsbemühungen der CONTADORA-Gruppe (Initiative der Länder Panama, Kolumbien, Mexiko und Venezuela, die sich für eine politische Lösung im mittelamerikanischen Konflikt einsetzt) und die Tatsache einer breiten Volksbewaffnung konnten einen direkten Einmarsch abwenden. Aber die gezielte Zerstörung ökonomisch und strategisch wichtiger Zentren der nationalen Versorgung nahmen zu: Verminung der Häfen, Luftangriffe bis weit in das Landesinnere hinein.
Der bisher durch Sabotage verursachte Schaden beläuft sich auf 300 Mio. US-Dollar. Im Februar 1984 gab der US-Senat weitere 21 Mio. US-Dollar zur Finanzierung der Contraaktivitäten und 60 Mio. US-Dollar für die salvadorenische Armee frei. Dies entspricht der Forderung der „Kissinger-Kom-

mission", die militärische Lösung in Mittelamerika zu forcieren, den Wirtschaftskrieg gegen Nicaragua weiterzuführen und die Armee in El Salvador zu stärken.

Von August 1983 bis Januar 1984 fanden gemeinsame Manöver der honduranischen und der US-amerikanischen Armee statt, an denen insgesamt 25.000 US-Soldaten beteiligt waren. Der Ausbau der US-Militärbasen und Flughäfen in Honduras ist weitgehend abgeschlossen. Alamierend ist deshalb, daß im März 1984 2500 Marines der schnellen Eingreiftruppe, die auch an der Grenada-Invasion im Oktober 1983 beteiligt waren, aus der Panama-Kanalzone an die Grenze von Honduras zu El Salvador verlegt wurden. Ab Ende März 1984 sollen 20 000 salvadorenische Flüchtlinge aus dem hondurenischen Grenzgebiet ins Landesinnere von Honduras verlegt werden, um dieses Gebiet für einen militärischen Aufmarsch freizumachen.

Die vereinigte Opposition FDR/FMLN in El Salvador hat alles unternommen, um ein weiteres Eingreifen der USA in El Salvador zu verhindern. Im Februar 1984 unterbreitete sie ein Angebot zur Bildung einer „provisorischen Übergangsregierung mit breiter Beteiligung" um eine Lösung des internen Konfliktes der salvadorenischen Gesellschaft auf dem Verhandlungsweg zu erleichtern. Dieses Angebot ist von der Militärdiktatur El Salvadors und den USA kategorisch abgelehnt worden.

Die im Kissinger-Bericht formulierte Strategie gibt die Guerilla und die sie unterstützende Bevölkerung zum Abschlachten frei. Voraussetzung für die von der FDR/FMLN angestrebte politische Lösung sind daher — nach wie vor — die militärische Stärke der Guerilla und unsere Solidarität mit dem salvadorenischen Befreiungskampf.

Die deutsche Bundesregierung hat sich — wie in anderen Fragen der „Sicherheit des Westens" auch — die Haltung der US-Regierung zu Mittelamerika zu eigen gemacht. Im Februar 1983 führte Entwicklungshilfeminister Warnke in Washington Gespräche mit Expertenstäben der Reagan-Administration. Diese Gespräche wurden als „erste umfassende deutsch-amerikanische Abstimmung auf dem Gebiet der Entwicklungshilfepolitik" gefeiert. In dieser Entwicklungspolitik soll das allgemeine Ziel der Stärkung der NATO künftig seinen „spürbaren Niederschlag" finden (Warnke). „US-amerikanische Sicherheitsinteressen müssen als legitim akzeptiert werden und jeder moralischen Belehrung entzogen werden" (BMZ-Staatssekretär Köhler).

Deshalb schickt die deutsche Bundesregierung nach drei Jahren jetzt wieder einen Botschafter nach San Salvador. Außerdem nimmt sie die Entwicklungshilfe für das Mörderregime in El Salvador in Höhe von insgesamt etwa 50 Mio. DM wieder auf. Gleichzeitig friert die Bundesregierung die bereits 1981 zugesagte Entwicklungshilfe von 40 Mio. DM für Nicaragua endgültig ein. Mit der Zurückhaltung dieser Mittel hatte bereits die frühere SPD-Regierung versucht, die Sandinisten zu erpressen.

Die jetzige Bundesregierung setzt darüberhinaus den Deutschen Entwicklungsdienst (DED) und andere nichtstaatliche Hilfsorganisationen unter Druck, Entwicklungshilfe und den Einsatz von Entwicklungshelfern nach und in Nicaragua zu beschränken oder ganz einzustellen.

Kürzlich wurde bekannt, daß die Konrad-Adenauer-Stiftung als Überbringer von etwa 1,5 Mio. US-Dollar CIA-Gelder an die konterrevolutionäre Organisation Eden Pastoras aufgetreten ist.

Damit ist der Schulterschluß in der Kriegspolitik der NATO jetzt auch in Mittelamerika hergestellt:
— wie schon im Vietnamkrieg, als auf dem Frankfurter Flughafen Truppen- und Waffentransporte der US-Army zwischenlandeten,
— wie mit dem Bau der Startbahn-West für weitere Einsätze im Nahen und mittleren Osten.

Bereits im Oktober 1981 nahm die Fregatte ‚Augsburg' der Bundesmarine im Rahmen der NATO — Manöver „Ocean Venture 1981" direkt an der Übung teil, mit der die Invasion auf Grenada geprobt wurde.

Seit 1983 werden im Rahmen der NATO-Strategie in der Bundesrepublik Pershing II und Cruise Missiles aufgestellt.

Die akute Gefahr der von der NATO betriebenen Regionalisierung des Krieges in Mittelamerika erfordert eine entschlossene Antwort von uns.

Wenn die Contras Einrichtungen zerstören, die die Errungenschaften der Revolution dokumentieren, bauen wir diese in den Arbeitsbrigaden zusammen mit den Nicaraguanern wieder auf.

Damit wollen wir in Nicaragua das verteidigen, wofür die Befreiungsbewegung in El Salvador kämpft:
— für die Möglichkeit eines eigenständigen Entwicklungsweges ohne äußere Einmischung
— für die Abschaffung der Ausbeutung durch soziale Revolution (z.B. Agrarreform)
— für bessere Lebensbedingungen der vormals unterdrückten Schichten der Bevölkerung (z.B. Alphabetisierung, Verbesserung des Gesundheitswesens)
— für einen revolutionären Prozeß, der eine demokratische Partizipation der Bevölkerung ermöglicht (z.B. Massenorganisationen)

Unsere uneingeschränkte Solidarität gehört deshalb auch der FMLN/FDR in El Salvador.

Wir wollen bis zum 19. Juli 1984 in dieser Kampagne 200.000 DM sammeln:
— 100.000 DM für den Wiederaufbau der Agrarkooperative in Pantasma und die Neuansiedlung von Flüchtlingen im Süden Nicaraguas
— 100.000 DM zur Unterstützung der FDR/FMLN.

Die Solidarität mit den Völkern in Mittelamerika gehört untrennbar zusammen mit dem Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen bei uns.

So beteiligen wir uns in der BRD an den vielfältigen direkten Aktionen gegen diejenigen Kräfte, die hier die Kriegspolitik gegen Mittelamerika vorantreiben und von der Ausbeutung profitieren.

Wir wenden uns gegen jegliche Kriminalisierung dieser Aktionen!

Chile

Mari chihuen — zehn Mal werden wir siegen

Das Volk der Mapuche erhebt sich gegen die chilenische Militärdiktatur

Am 27. Januar wurde die Leiche von Mauel Melin Pehuen, einem 24-jährigen Mapucheindianer, in der Nähe von Traiguén im Süden Chiles aufgefunden. Manuel war Sprecher der Förderation der Studenten der Universität Victoria und Angehöriger der Mapucheorganisation Ad-Mapu. Er war vier Tage zuvor unter mysteriösen Umständen verschwunden, als er sich auf dem Weg zur Niederlassung der Ad-Mapu in der Provinzhauptstadt Temuco befand. Sein Leichnam wies schwere auf Folter hindeutende Verletzungen auf, sein Körper war schwarz verfärbt, wahrscheinlich durch Elekroschocks.
Weitere Ereignisse: Am 11. Februar liegt ein Kranz vor dem Haus der Ad-Mapu. Auf einer beigelegten Karte ist zu lesen: „Manuel war der Erste, ACHA vergibt nichts". Zwei Tage danach, am 13. Februar, erhalten 21 führende Mitglieder der Ad-Mapu Drohbriefe mit Morddrohungen etwa des folgenden Inhalts: „Bald bist auch Du an der Reihe. Wenn die Regierung den Marixmus nicht verfolgt, werden wir es tun. An einem dieser Tage wirst Du nicht mehr in Dein Haus zurückkehren. ACHA"



ACHA bedeutet Acción Chilena Anticomunista — Antikommunistische Aktion Chiles. Sie ist eine der seit Ende vergangenen Jahres in der Öffentlichkeit erscheinenden rechtsradikalen paramilitärischen Gruppen. Sie gründete sich als Reaktion auf den zunehmenden Widerstand des chilenischen Volkes gegen die Militärdiktatur. Ihre Anhänger wollen Ordnung und Sauberkeit, und ihr Kampf richtet sich gegen die Kommunisten. Kommunisten sind für sie alle, die sich gegen die Diktatur wenden.

Warum richtet sich der Terror der ACHA gerade gegen die Ad -Mapu?

Die Ad-Mapu ist eine der Organisationen, die den Widerstand im Süden des Landes tragen. Sie ist die Organisation der Mapuche, einer indianischen Minderheit, die etwa 10 % der chilenischen Bevölkerung stellt, in der Region um Temuco jedoch über 70 % der Landbevölkerung ausmacht.

Die Ad-Mapu gründete sich im Jahre 1978 als Antwort auf Pläne der Militärjunta, ein neues Indianergesetz zu erlassen. Dieses Gesetz steht in einer langen Tradition: Die Geschichte der Mapuche ist seit Jahrhunderten gekennzeichnet von Unterdrückung und Dezimierung aber auch vom Kampf gegen diese Unterdrückung. Das Volk, das vor 400 Jahren halb Chile in einer Ausdehnung von 2.000 Kilometern mit 2 Millionen Menschen bewohnte,

Jahrhundertelange Tradition der Unterdrückung

ist heute reduziert auf ein Viertel seiner einstigen Bevölkerungszahl und bewohnt nur noch 1/30 seiner ursprünglichen Fläche. Das Land wurde an die spanischen Eroberer „umverteilt", das heißt oft genug in blutigen Mordzügen den Urbewohnern entrissen oder einfach von der chilenischen Regierung an Einwanderer „verschenkt". Später beschrieben die europäischen Kolonisatoren diese Landverteilung als von Gott gegeben oder als Konsequenz der Faulheit der Mapuche. 500 Hektar Land erhielten die Kolonisatoren als Geschenk — Land der Mapuche, die sich mit 6,1 Hektar pro Familie begnügen mußten.
Das stolze und kämpferische Volk der Mapuche, der Menschen, die von der Erde leben (dies ist die wörtliche Übersetzung von mapuche) lebt heute zusammengepfercht in Reservaten. In jeder Familie ist die Mehrzahl der Heranwachsenden gezwungen, die Heimaterde zu verlassen, weil die Nahrungsreserven nicht ausreichen.

Das neue Indianergesetz — Auslöschen der Mapuche als Volk

In dem von den Militärs im Jahre 1979 erlassenen Indianergesetz wird den Mapuche die Eigenständigkeit als Volk abgesprochen. Per Dekret werden sie in den chilenischen Staat „integriert". V. a. aber verlieren sie den gemeinschaftlichen Besitz ihres Landes. Auf Antrag kann nämlich nun das Land, das bisher nur alle gemeinschaflich besaßen, Einzelnen als Privateigentum zugesprochen werden.
Was die Regierung als notwendige Klärung der Besitzverhältnisse verkauft, hat in Wirklichkeit katastrophale Folgen. Etwa die Hälfte der Mapuchebauern haben Schulden, die zum Teil den 10-fachen Wert ihres Hofes übersteigen. Sie machten Schulden, um Saatgut und Dünger zu kaufen und um gegen die seit drei Jahren andauernde Dürrekatstrophe in Südchile anzukämpfen. Wenn sich die Mapuchegemeinschaften mit der Mehrzahl ihrer Miglieder für die Privatisierung des Landes entscheiden, können die Bauern als nunmehr private Besitzer ihr Land auch verkaufen. Oft ist dies dann keine Willensentscheidung mehr, sondern geschieht aus blanker wirtschaftlicher Not. Der Verkauf des Landes bedeutet aber nicht nur den Verlust der Lebensgrundlage. Die Auflösung der Gemeinschaften bedeutet auch den Verlust der kulturellen Identität.
Aber noch eine weitere Gefahr droht durch das Indianergesetz: Das Land der Mapuche soll an vielen Orten als Nationalpark ausgewiesen werden. Die Menschen sollen freigegeben werden zur Besichtigung als Folkloreobjekte für dickbäuchige amerikanische Touristen und europäische „Alternativis"

Marri chihue — zehn Mal werden wir siegen!

„Die Erde bildet für uns ein Fundament gemeinsamen Besitzens und Arbeitens, das das soziale Zusammenleben und nicht den Individualismus als Lebensform vorgibt. Wir Mapuche sehen deswegen die Dinge verknüpft miteinander: Erde, Mensch und Leben!"
So heißt es in einer Erklärung der Ad-Mapu, mit der sie den, im Indianergesetz von 1979 verankerten Zwang zu privatwirtschaftlicher Produktion und Lebensweise verurteilt. 1978, also schon vor der Verabschiedung des Indianergesetzes, gründete sich die Organisation, um die Bauern über die Wirkungen des Gesetzes aufzuklären und dadurch die Teilung der Gemeinschaften zu verhindern. Zunächst v. a. mit Unterstützung der katholischen Kirche wurde technische Hilfe und landwirtschaftliche Beratung angeboten. Das Schlagwort der Organisation heißt „capacitación": Befähigung, voneinander zu lernen. Gemeint ist damit sowohl technische Hilfestellung wie auch Alphabetisierung und politische Bildung. Wichtiger Bestandteil der Arbeit ist die Erhaltung der Mapuchekultur und der Sprache.

Erstmals seit dem Ende der Kriegszüge gegen die spanischen Eroberer und die chilenischen Siedler — die Mapuche wurden erst im Jahre 1883 nach einem mehr als 300-jährigen Krieg besiegt — organisierte sich in der Ad-Mapu das Volk der Mapuche. In den ersten drei Jahren schlossen sich mehr als 1.300 der 2.000 Gemeinschaften der Organisation an, wobei sie zunächst über Petitionen und Verhandlungen versuchten, ihren Forderungen bei der Militärjunte Gehör zu verschaffen. In diese Zeit fielen auch erste Erfolge. Ein Beispiel hierfür ist das Gebiet um den Lago Budi: Dort hatte die Regierung in einem der größten noch zusammenhängenden Mapuchegebiete einen Naturpark geplant. In einer von 600 Bewohnern des Gebietes unterschriebenen Eingabe wehrten sich diese dagegen, ihr Land verlassen zu müssen und erreichten die vorläufige Aussetzung der Planung.

Mit Zuckerbrot und Peitsche gegen die Organisierung

War es der Ad-Mapu gelungen, in den ersten Jahren ihre Organisation über das gesamte von Mapuche besiedelte Gebiet auszudehnen und damit eine Front gegen die Indianerpolitik der Militärregierung aufzubauen, so wird die Organisation heute in vielen Bereichen zurückgedrängt. Die Militärs setzen dabei ihren gesamten Apparat ein. Die Insel Huapi im Lago Budi, 150 km westlich von Temuco, ist ein Beispiel für diese Entwicklung.
Dort waren im Jahre 1981, also zu der Zeit, als die Petition an die Regierung gerichtet wurde, alle Familien in der Ad-Mapu organisiert. Heute ist es der Regierung gelungen, durch Verbreiten von Angst und durch Repression die Organisation auf der Insel zu zerschlage. So wurden z. B. alle Arbeiter des staatlichen Mindestbeschäftigungsprogramms, für viele die einzige Einnahmequelle, vor die Alternative gestellt, entweder aus der Ad-Mapu ausund in den regierungstreuen Parallelverband „Consejos Regionales" einzutreten oder ihre Arbeit zu verlieren. Der Bürgermeister, von der Regierung eingesetzt, ist der einzige Nichtmapuche auf der Insel. Die Lehrer, oft Mapuche, vertreten entweder freiwillig oder unter dem Druck, sonst ihre Arbeit zu verlieren, die Politik der Regierung und stellen die Mehrzahl der Funktionäre in den Consejos Regionale. An vielen Orten werden Bauern, die sich trotzdem noch in der Ad-Mapu organisieren, bedroht und verprügelt. Oft kommt es vor, daß die Polizei unter irgendwelchen Vorwänden aufs Land kommt, um ihre Häuser zu durchsuchen.
Den Mapuchebauern, die ihr Land privatisieren, verspricht die Regierung aber auch billige Kredite — ein sehr wirksames Mittel, wenn man bedenkt, daß es den meisten Mapuche selbst am Geld für das Saatgut fehlt. Sie wirbt für ihre Pläne in ihren Zeitungen, in ihren Radios, im Fernsehen — eine Medienmacht, über die die Ad-Mapu nicht verfügt.

Das Bauernlegen abwehren

Oft nutzen Regierungsvertreter aber auch sehr geschickt Konflikte innerhalb der Dorfgemeinschaften aus. Dies erfahren wir, als wir mir einem Führer der Ad-Mapu hinaus aufs Land in die comunidad „Raguinteeleefü" — auf deutsch: Erde zwischen den zwei Flüssen — fahren. Dort hatte sich die Gemeinschaft über dem Problem zerstritten, daß nicht alle Zugang zu einer Insel hatten, um ihre Schafe weiden zu lassen. Aufgestachelt von Regierungsbeamten hatten deshalb einige aus Trotz die Aufteilung ihres Landes verlangt. Dort wird uns aber auch das enorme Organisationsproblem der Ad-Mapu bewußt: die Gemeinschaften liegen unendlich zerstreut und weitläufig. Die Organisation verfügt über keine Transportmittel. Deshalb müssen wir kilometerweit zu Fuß von der Hauptstraße, wo uns der Bus abgesetzt hat, ins Land hineinlaufen bis wir den Versammlungsort erreichen. Noch immer gibt es auch nur wenige ausgebildete Führer, weil nur wenig Geld zu deren Ausbildung zur Verfügung steht.



In Raguinteeléefü gelingt es zwar, die Privatisierung zu verhindern. Über die Hälfte der Gemeinschaften v. a. in den entlegeneren Gebieten zur Kordillere hin wurden aber bereits aufgeteilt. In vielen Fällen lehnten andererseits auch Gemeinschaften die von der Regierung bereits in der Presse gefeierte Übergabe der Eigentumstitel ab und schlossen sich der Ad-Mapu an.

Die Rolle der Kirche

Ein weiteres großes Problem lag im vergangenen Jahr auch darin, daß das katholische Instituto Indigena seine Hilfe auf technischem Gebiet nahezu eingestellt hat. Techniker und Agrarwissenschaftler des Instituts hatten zusammen mit der Ad-Mapu Mustergärten eingerichtet, landwirtschaftliche Kurse und Beratung angeboten. Diese technischen Programme waren ein wichtiger Teil der Arbeit der Ad-Mapu in den Gemeinschaften. Die Kirche will ihr Augenmerk, so erzählt uns der Bischof von Temuco, Sergio Contreras, in Zukunft mehr auf die „evangelisación" — also die Missionierung der Mapuche richten. Der Bischof, in Chile dafür bekannt, in der Menschenrechtsfrage eine deutliche Sprache zu sprechen, betont aber, daß er den juristischen Schutz für die Ad-Mapu in jedem Fall aufrechterhalten will. Er räumt allerdings auch ein, daß ihm die Politisierung der Organisation nicht gefällt.
Auf der anderen Seite ist es der Ad-Mapu aber auch gelungen, andere Organisationen, teilweise auch aus dem kirchlichen Bereich, zur Zusammenarbeit auf technischem Gebiet zu bewegen. Oberstes Prinzip ist aber eine gleichberechtigte Zusammenarbeit. Sich Konzepte vorschreiben oder gar die Seele abkaufen zu lassen, sind die Mapuche nicht mehr bereit.

Die Politisierung, die der Kirche mißfällt, bezeichnen die Führer der Ad-Mapu als einen unvermeidlichen Prozeß, der von der Basis ausgegangen sei.

Wir dürfen uns nicht isolieren

Innerhalb der Ad-Mapu gibt es drei Richtungen: die Vertreter einer indeginistischen Politik, die Kultur und Sprache gegen die Huincas, die weißen Chilenen, in ihrer Gesamtheit verteidigen wollen. Sie mißtrauen allen Weißen und lehnen eine Politisierung der Organisation ab. Daneben gibt es Leute, die von der katholischen Kirche ausgebildet wurden und in der Katholischen Jugend ihre Erfahrung machten. Diese

beiden eng miteinander zusammenarbeitenden Gruppen bestimmten bis Anfang letzten Jahres die Politik der Ad-Mapu. Seit der Nationalversammlung von 1983, einem jährlich stattfindenden Parlament mit Delegierten aus allen Provinzen, verfügt eine dritte Gruppe über eine Mehrheit. Sie stellt seither auch die Mehrzahl der Mitglieder der nationalen Führung. Diese Gruppe sieht die Mapuche als Teil des gesamten Widerstandes, als eine unterdrückte Volksgruppe neben anderen wie den übrigen Landarbeitern, den Bewohnern der Elendsviertel.

In einer Rede auf dem Land erklärt der Präsident der Ad-Mapu, Santos Millao, die neue Politik so: „wir dürfen uns nicht isolieren, von dem was passiert im Land, von der Bewegung zur Verteidigung der nationalen Reichtümer, von der Forderung nach Auflösung des Geheimdienstes, der Mapuche wie Nichtmapuche verhaftet."

Dabei übersehen die Vertreter dieser Richtung nicht, daß die Mapuche als Eingeborene ganz besonderen Formen der Unterdrückung durch die chilenische Gesellschaft ausgesetzt sind. Aber sie wollen ihre Forderungen und Ziele offensiv durchsetzen, indem sie sich zum Vorreiter des Widerstandes im Süden machen und als starke Organisation Mitsprache und Vertretung in allen Bündnissen des Widerstandes beanspruchen.

Mapuche-presente-valiente combatiente

„Mapuche, hier sind wir, tapfere Kämpfer" — dieser Aufruf nötigt den über 600 Besuchern im überfüllten Kinosaal in Temuco sichtlich Respekt ab. Hier weit im Süden des Landes ist auf Initiative der Ad-Mapu ein Kommando zur Verteidigung des Kupfers gegründet worden, dem alle Organisationen des Widerstandes angehören. Denn nichts eint die Opposition in Chile so wie der Widerstand gegen das neue Minengesetz der Regierung, das die Privatisierung der unter Allende verstaatlichten Kupferminen vorsieht. Jeder weiß, daß der amerikanische Exoon-Konzern am Kauf interessiert ist. Zwei große Veranstaltungen fanden im Dezember letzten Jahres in Temuco statt und immer, wie auch bei den nachfolgenen Demonstrationen sind die Mapuche mit einem großen Aufgebot vertreten. Die Hauptredner, der ehemalige Minenminister Ramirez (Christliche Linke) und der ehemalige christdemokratische Präsidentschaftskandidat gegen Allende, Tomic, zollen den Mapuche Respekt und erklären, daß alle Chilenen von den Mapuche zu lernen hätten. Denn diese würden schon seit 400 Jahren für ihre nationalen Reichtümer, für die Verteidigung ihres Boden kämpfen.

So wie hier „mischt" sich die Organisation überall „ein". Mapuche gehen in den Hungerstreik aus Solidarität mit zwei verhafteten Studenten, deren Freilassung durch diese Aktione auch erreicht wird. Die wenigen Mapuchestudenten, die es gibt, arbeiten mit in den Föderationen an den Universitäten.

Auf der Nationalversammlung im Januar dieses Jahres bekennen sich die Delegierten mit großer Mehrheit zur MDP (Movimiento democratico popular), einem Zusammeschluß der linken Parteien. Um sich gegen Gruppen wie die ACHA künftig besser wehren zu können, wird die Gründung von Verteidigungskomittees beschlossen. „Was den Nationalen Protesttag und den geplanten Generalstreik betrifft, so liegen an den Wegrändern unserer comunidades genügend Baumstämme, mit denen wir dafüf sorgen werden, daß an diesem Tag kein Pferdewagen nach Temuca auf den Markt fährt." Diese Feststellung aus den Reihen der Delegierten löste auf der Nationalversammlung Beifall aus und zeigt, in welcher Form die Ad-Mapu heute der Regierung ihre Forderungen verdeutlicht. Bei der Abschlußkundgebung der Nationalversammlung hallte der größte Saal Temucos wieder von dem zweitausendfachen Ruf „Marri chihuen" — zehn Mal werden wir siegen.



Die Politik der Einmischung trägt Früchte

Die Ad-Mapu wurde inzwischen aufgenommen in den nationalen Gewerkschaftsbund CNS. Zur Nationalversammlung entsandten alle politischen Gruppen und Bündnisse Gastredner. Auch auf internationaler Ebene, v. a. im Weltindianerrat, hat die Ad-Mapu ein gewichtiges Wort mitzureden. Grundvoraussetzung für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Mapuche sowie für die Erhaltung ihrer Kultur und ihres Lebensraumen sei die Abschaffung der Diktatur, erklärt uns Rosamel Millaman, Generalsekretär der Ad-Mapu. Alle Arbeit ist deshalb für einen Zeitpunkt nach dem Fall der Diktatur ausgerichtet.

Zwei Mitglieder des Chile Arbeitskreises Tübingen waren in den letzten Monaten in Chile. Der Chile-Arbeitskreis Tübingen unterstützt die Arbeit der Ad-Mapu insbesondere durch Förderung von Bildungsprojekten. Spendenkontonummer 466 699 bei der Sparkasse Tübingen BLZ 641 500 20.
Weitere Informationen schicken wir gerne zu: Chile AK, c/o ESG, Schlatterhaus, Österbergstr. 2, 7400 Tübingen.

Destabilisierungspolitik in Mocambique

Die Geschichte der 'Resistencia Nacional de Mocambique' oder wie verhindert man eine eigenständige Entwicklung

1. Entspannung der Kriegslage im Südlichen Afrika

Am 16. März unterzeichneten Samora Machel, Präsident Mocambiques, und P. W. Botha, Premierminister Südafrikas, den Nkomati Vertrag, ein Nichtangriff- und Gutnachbarschaftspakt, der — so Machel — die Grundlagen schaffen soll, den „Kreislauf der Gewalt in dieser Region endgültig zu durchbrechen."[1] Ist der Nichtangriffspakt nun der Auftakt zur Entspannung der Kriegssituation im Südlichen Afrika? Kann dies nun nach den deprimierenden Berichten über Dürre und Überschwemmungskatastrophe ein Hoffnungsschimmer von friedlichem Nebeneinander bedeuten?
Da nun die beiden Organisationen ANC (African National Congress) und der Terrorbande der Resistencia Nacional de Mocambique (RNM), die auf die gleiche Stufe gestellt werden, das Handwerk gelegt werden soll, kann wieder aufgeatmet werden. Ganz selbstverständlich wird dabei vorausgesetzt, was vorher bestritten wurde, nämlich daß die RNM vollständig abhängig ist von Südafrika. Die Vertragsverhandlungen zwischen Mocambique und Südafrika sind von verschärften Terrorakten der RNM begleitet worden. Überlandbusse wurden überfallen und samt Passagieren in Brand gesteckt; ein Dorf nördlich von Maputo wurde niedergebrannt, wobei 80 Menschen umkamen. Im März wurde ein Lastwagenkonvoi, der internationale Nahrungsmittelhilfe Transportierte, auf der Strecke von Zimbabwe in die nördliche Provinz Tete im Norden Mocambiques, völlig zerstört. Aus welchem Grund sah sich Mocambique gezwungen, einen solchen Vertrag mit dem Apartheidstaat zu unterzeichnen?

Mocambique ist seit fast neun Jahren völkerrechtlich unabhängig (25. 6. 75) und hat sich seit dieser Zeit — mit Ausnahme einiger Monate (1975) und nach der Unabhängigkeit Zimbabwes (1980) — im Kriegszustand mit seinen rassistischen Nachbarn befunden, zunächst mit Rhodesien und seit 1980/81 mit Südafrika.
Das Konzept der FRELIMO, das eine eine eigenständige Entwicklung frei von externer Bevormundung vorsieht, war bisher von Krieg, Dürre und Überschwemmung bedroht. Der Vertrag mit Südafrika hat nun mit aller Schärfe die reale Situation Südafrikas — sein koloniales Erbe — hervorgekehrt, Die Vertreibung der portugiesischen Kolonialherren war nur ein Schritt auf dem Weg zur Unabhängigkeit. Sie hatte lediglich die politische Kontrolle Portugals beendet. In den letzten Jahren der Kolonialzeit wurde Mocambique viel enger in die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Südlichen Afrikas eingebunden.
Mocambique war Dienstleistungsland für das Südliche Afrika, wobei sich die ökonomische Abhängigkeit von der RSA als größter Hemmfaktor für die Entwicklung Mocambiques herausstellte. Portugal hatte einen großen Teil der Produktivkräfte seiner Kolonie Mocambique regelrecht an Südafrika verpachtet. Die mocambiquanische Wirtschaft basierte auf dem Export von Arbeitskräften in die Goldminen des Transvaal, sie stellte ihre Transitwege für den Handel der Nachbarn sowie seine schönen Strände für erholungsbedürftige Siedler aus Rhodesien und Südafrika zur Verfügung. Zudem war das koloniale Mammutprojekt des Cahora Bassa völlig auf den Energiebedarf Südafrikas und nicht auf die interne Entwicklung Mocambiques abgestimmt.
Diese wirtschaftliche Abhängigkeit schließlich verhinderte eine Intervention der Regierung Südafrikas in Mocambique (1974/75), obwohl damit die Regierungsübernahme der Frelimo hätte umgangen werden können, Das südafrikanische Militär, vertreten durch den heutigen Premier P. W. Botha und Verteidigungsminister Malan, drängte allerdings wie schon im Falle Angola dazu.[2]
Einerseits war die Regierung Vorster Mitte der 70er Jahre gerade bemüht, durch eine 'Detente-Politik' gegenüber schwarzafrikanischen Staaten eine regionale Lösung für das 'rhodesische Problem' zu finden. Andererseits waren abhängige 'schwarze' Staaten den südafrikanischen Interessen zuträglicher als instabile Siedlerregime. Seit der Unabhängigkeit Mocambiques sind die machtpolitischen Interessen Südafrikas erst letztes Jahr wieder für unsere Medien interessant geworden: Zwei Überfälle auf die Wohngebiete von Matola und Maputo im Mai und Oktober 1983 durch südafrikanische Kommandos waren spektakulär genug, ebenso die immer zahlreicher werdenden Anschläge der RNM. Die direkten südafrikanischen Übergriffe — in der RSA selbst als 'Libanisierungsstrategie' bezeichnet — sowie die Unterstützung und weitgehende Kontrolle der RNM innerhalb Mocambiques sind Bestandteil der 'Totalen Strategie' der Regierung Botha. Totale Strategie heißt der Versuch des Apartheidregimes, der wachsenden Herrschaftskrise in der RSA innen- wie außenpolitisch mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu begegnen. Totale Strategie bedeutet ein Wechselbad von ökonomischen Anreizen, Teilintegrationsstratgien und verschärfter Repression in den Beziehungen zur eigenen Bevölkerung sowie zu den Nachbarstaaten. Insofern ist die jetzige vertragliche Regelung mit Mocambique die logische Fortsetzung dieser Strategie, wenn dabei auch der Druck des Westens auf Südafrika eine Rolle spielt. Mocambique indes war schon seit einiger Zeit zur 'zweiten Front' Südafrikas erklärt worden.[3]

2. Die RNM – ein Produkt des rhodesischen Geheimdienstes

Die RNM ist ursprünglich vom damaligen rhodesischen Geheimdienst, dem CIO, unter der Leitung von Ken Flower geschaffen worden. Die Entkolonisierung Mocambiques hatte die Situation für das Siedlerregimes Ian Smith erheblich verändert, denn der Machtwechsel zugunsten der FRELIMO stärkte auch die Position der zimbabweschen Befreiungsbewegung. Bereits im Februar 1974 wurde die Gründung der RNM nach längeren Verhandlungen zwischen Ken Flower, dem früheren portugiesischen Premier Caetano und der mocambiquanischen Kolonialverwaltung beschlossen, um die letzten Kräfte gegen eine Entkolonialisierung zu sammeln. Die militärische Kooperation des rhodesischen Regimes mit Portugal gegen die mocambiquanische Befreiungsbewegung hatte bereits seit 1968 bestanden[4]. Unabhängig von vereinzelten Versuchen, Privatarmeen aufzustellen, um so die Siedlerinteressen in Mocambique zu retten, rekrutierte der rhodesische Geheimdienst solche Mocamiquaner, die Gund hatten, eine Befreiung Mocambiques zu befürchten.
Die portugiesische Armee hatte 1974 in Lissabon den Rhodesiern und Südafrikanern klar gemacht, daß sie Mocambique aufgeben und die rhodesischen Siedler 'ihrem Schicksal überlassen' würden.
Die RNM – so Ken Flower – war eine klandestine, spezialisierte Kommandogruppe mit begrenzter militärischer Aufgabe. Nach der Unabhängigkeit Mocambiques sollte sie den Krieg der rhodesischen Armee und Luftwaffe gegen die Zanu auf mocambiquanischem Boden als „fünfte Kolonne" unterstützen. Sowohl reaktionäre Siedlergruppen aus Mocambique, die sich nach dem April-Coup (1974) in Portugal und der Entkolonialisierungsphase in Mocambique in Rhodesien niedergelassen hatten, als auch das rhodesische Militär versuchten die RNM unter ihre Kontrolle zu bringen. Dies gelang des Siedlern nicht und den Militärs erst in der Endphase des zimbabweschen Krieges.[5]

Die Rekrutierungsbasis der RNM

Woher kamen nun die Rekruten für diese zunächst in der Mitgliederzahl begrenzt gehaltene Gruppe von bewaffneten „Dissidenten"? Ken Flower berichtete, daß es seit der Unabhängigkeit keinerlei Schwierikeiten bei der Zusammenstellung dieser fünften Kolonne gab. Denn der Befreiungskrieg in Mocambique hatte einige Gruppen produziert, die aus unterschiedlichen Gründen dem politischen Wandel in Mocambique feindlich gegenüber standen. Mit dem Ende der portugiesischen Kolonialherrschaft standen zunächst die Angehörigen der portugiesischen Spezialeinheiten in Mocambique zur Verfügung. Sie waren erpressbar, da sie sich durch besondere Grausamkeit gegenüber der mocambiquanischen Bevölkerung auszeichneten. Orlando Cristina der ehemalige Sekretär von Jorge Jardim, war nach Rhodesien geflohen und hatte Listen des portugiesischen Geheimdienstes über die mocambiquanischen Mitglieder der Kommandos mitgenommen. Für Kent Flower erwies sich Cristina als nützlicher Rekrutierungsagent für die Aufstellung der RNM. Eine größere Anzahl der afrikanischen Kommandotruppen hatte sich schon in aller Stille ihrer Uniformen entledigt, um sich unauffällig in die neue politische Landschaft Mocambique eingliedern zu können. Aus Salisbury erhielten sie allerdings Briefe mit der Androhung, ihre Vergangenheit werde publik gemacht, wenn sie sich nicht in den Dienst des rhodesischen Geheimdienstes begeben würden.[6]
Die zweite Gruppe von RNM Rekruten setzte sich aus ehemaligen Guerilleiros der FRELIMO zusammen. Schon während des Befreiungskrieges waren einige FRELIMO Soldaten desertiert, besonders solche, die aus der Provinz Zambezia (s. u.) stammten und sich entweder dem kolonialen Militär angeschlossen oder sich mehr oder weniger als raubende Banden selbstständig gemacht hatten. Der bekannteste von ihnen war Zeca Caliate, der Ende August 1974 mit 150 Mann nach Rhodesien zog, um dort den Kern der RNM zu bilden.[7] Ende 1978 wurde de Caliate in Mittelmocambique (Manica) als RNM Truppenführer eingesetzt.
Einige FPLM Angehörige waren vor allem mit den Verhaltensweisen einiger Guerilla Kommandeure unzufrieden. Besondern in Beira ließen diese sich gerne von Teilen des kolonialen Staatsapparates umwerben und korrumpieren. André Matade Matsangaiza, der erste von den Rhodesiern eingesetzte Führer der RNM, war ein solcher Fall. 1972 der FRELIMO beigetreten und als Quartiermeister nahe Beira eingestellt, wurde er bald wegen Klagen seitens der Bevölkerung und wegen Diebstahls verurteilt und in ein Umerziehungslager gesteckt.[8] 1976 konnte er fliehen und wurde bald darauf vom CIO in Salisbury rekrutiert.
Eine weitere wichtige Rekrutierunsbasis und materielles Rückgrat für die RNM boten außerdem portugiesische Söldner aus der demobilisierten Kolonialarmee sowie die große Gruppe der ehemaligen Siedler in Mocambique – Farmer, Plantagenbesitzer, Händler, Unternehmer und Spekulanten. Sie verließen nach der Unabhängigkeit das Land und schleppten alles, was nicht niet und nagelfest war, nach Rhodesien oder Südafrika weg oder zerstörten



vieles andere. Sicherlich warten noch heute einige der rund 600 000 Portugiesen in Südafrika darauf, ihre alten Privilegien in Mocambique wieder zurückerobern zu können.
Die politisch wichtigste Gruppe innerhalb der RNM sind schließlich all die Mocambiquaner, die sich im Laufe der 20-jährigen Geschichte der FRELIMO sich von ihr abgelöst haben oder von ihr ausgeschlossen wurden. In ihrer Anfangsphase als Spezialgruppe des rhodesischen Geheimdienstes waren nur wenige Personen politisch aktiv an der RNM beteiligt. Denn der rhodesische Geheimdienst hatte keine Verwendung für eine politische Dissidentengruppe, sondern er benötigte eine kleine Kommandoeinheit für ganz spezifische Zwecke. Erst die Übernahme der RNM durch das südafrikanische Militär (s. u.) gab der konterrevolutionären Ausrichtung der RNM mehr Raum. Besondern seit 1982 scheint sich der Kreis all derer, die sich von der FRELIMO getrennt hatten oder schon immer gegen sie gearbeitet haben, zu schließen. Erst die Politik der politischen und militärischen Destabilisierung der RSA gegenüber Mocambique seit P. W. Bothas Regierungsantritt hat die Rahmenbedingungen geschaffen, innerhalb derer sich die verstreuten ehemaligen aktiven Gegner der Befreiungsbewegung sich sammeln und zusammenschließen konnten.
Sicherlich sind im Laufe der letzten acht Jahre neue Rekruten und Mitläufer dazu gekommen, die die RNM aus unterschiedlichsten Motiven unterstützen.[9] So haben beispielsweise die öffentlichen Selektionsprozeduren der Partei nach dem 3. Parteitag, bei dem so mancher Aspirant durch öffentliche Kritik an seiner Vergangenheit scheiterte, Überläufer zur RNM produziert. Bei anderen Gruppen wie den Aktiven der christlichen Religion hat die FRELIMO-Politik der Ausgrenzung sicherlich Unmut und zum Teil Widerstand hervorgerufen. Ganz besonders sind es die Vertreter der kolonialen Kirche, die offensichtlich gute Beziehungen zur RNM unterhalten.



Das Aufgabengebiet der RNM

Die Aufgaben der RNM bestanden bis 1978/79 in nachrichtendienstlichen Tätigkeiten und begrenzten militärischen Störmanövern. Vor allem die militärischen Angriffe des Smith Regimes, das seit 75/76 praktisch gegen das unabhängige Mocambique Krieg führte, auf Flüchtlingslager der Zimbabwaner, auf ZANU-Lager und auf zivile wie militärische Einrichtungen Mocambiques wurden immer häufiger und intensiver. 1976 wurde die RNM im Militärlager von Bindura, nördlich von Salisbury ausgebildet und ausgerüstet.

Die RNM sollte helfen, Informationen über die ZANLA-FPLM Zusammenarbeit zu sammeln sowie Unruhe in den mocambiquanischen Provinzen zu stiften, die der ZANU als Hinterland dienten. Der ZANLA war es zunächst gar nicht klar, welche Absichten die RNM verfolgte, zumal ihr ja ehemalige FPLM Offiziere angehörten und außerdem jede Konfrontation mit der zimbabweschen Befreiungsarmee vermied.[10] Bis 1979 gab es ebenfalls keinen Versuch der RNM, mit der mocambiquanischen Armee in Auseinandersetzungen verwickelt zu werden. Die RNM überquerte ausschließlich die Grenze, um Dörfer niederzubrennen, landwirtschaftliche Kooperativen zu plündern, den Eisenbahn- und Straßenverkehr zu attackieren. Transporte zu überfallen und aus Umerziehungslagern Häftlinge zu befreien, um so Nachschub an Rekruten zu bekommen.

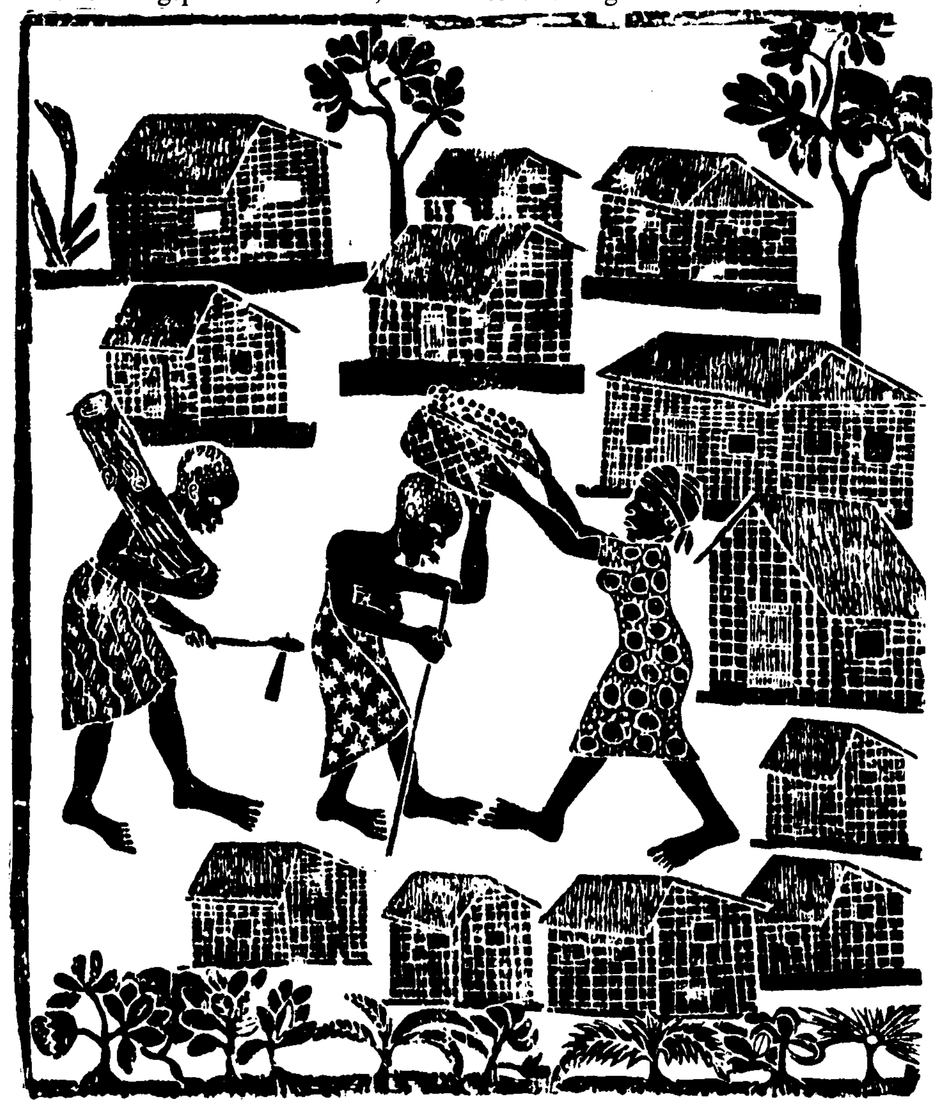
Nach der Grenzschließung Mocambiques zu Rhodesien (März 1976) und den UN-Sanktionen gegen das Smith Regime gewann die RNM für die Überlebensinteressen des rhodesischen Siedlerregimes mehr an Bedeutung. Die politische Umwälzung in Mocambique und die konsequente Politik der FRELIMO in der Unterstützung der zimbabweschen Befreiungsbewegung machte es für die RNM geradezu notwendig, sich einen ideologischen Anstrich zu geben. Als Konsequenz entstand der Radiosender 'Voz da Africa Livre' oder 'Voice of Free Africa', dem seit Juni 1983 der aus Südafrika ausstrahlende Sender 'Voz des Resistencia National de Mocambique' entspricht. Die Hauptstoßrichtung von 'Voz da Africa Livre', der in sei-

ner Rhodesischen Zeit von der RNM Struktur getrennt gehalten und als äußeres Beiwerk betrachtet wurde, bestand — nach einer kurzen Phase offener Verherrlichung der portugiesischen Kolonialherrschaft — darin, sich als der 'wahre Hüter' der Gedanken Eduardo Mondlanes, des ersten FRELIMO Präsidenten darzustellen. Dagegen hatte der Sender der 'totalitären, kommunistischen FRELIMO unter Samora Machel' den Kampf angesagt.[11] Allerdings haben sich die Kalte-Krieg-Parolen erst in der Zeit richtig durchsetzen können, in der Südafrika die Kontrolle über die RNM übernommen hatte. Denn der ideologische Mantel einer politischen Rebellion war jetzt für das außenpolitische Konzept Südafrikas maßgeblich.

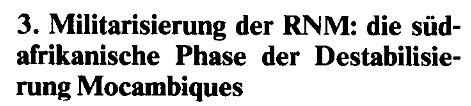
Bei ihren anfänglichen Operationen innerhalb Mocambiques beruhte die ideologische Arbeit der RNM vornehmlich auf rein tribalistischen Elementen. Mit Behauptungen, die Regierung in Maputo setze sich nur aus FRELIMO-Mitgliedern aus dem Süden zusammen, griff die RNM auf eine Polarisierungspolitik zurück, die schon von der portugiesischen Kolonialregierung eifrig betrieben worden war.

Matsangaiza, den Flower als „eifrigsten Freiwilligen" beschrieb, wurde zum ersten Chef der RNM gekürt, da er mit dem Kolonialapparat nicht in Verbindung gebracht werden konnte. Gerade er war der Hauptverantwortliche für jene Stoßrichtung innerhalb der RNM, die auf tribalistische Elemente und Aberglauben zur Mobilisierung der Bevölkerung baute. Außerdem versuchte er erfolgreich, die Unzufriedenheit entmachteter Landchefs mit der FRELIMO Führung für sich zu instrumentalisieren.

Die Beziehung zum rhodesischen Geheimdienst ließ allerdings wenig Spielraum für die Entfaltung eigenständiger Interessen der RNM. Dokumente, die Ende 1981 bei der Zerstörung des RNM Hauptlagers in Garagua von der mocambiquanischen Armee erbeutet wurden, haben sowohl zum Verhältnis CIO-RNM wie auch zum Verhältnis zu Südafrika wertvolle Hinweise gegeben.[12] Der CIO verlangte absolute Unterordnung der RNM unter die rhodesische Militärstrategie. Der heutige Supremo der RNM Dhaklama erklärte dazu: „Wir wurden von den Rhodesiern unterdrückt und die Führer unserer Bewegung durften keine Entscheidung selbst treffen ... Es waren die Engländer, die bestimmten, welche Gegend angegriffen und wo rekrutiert werden mußte."



Durch die Intensivierung der rhodesischen Luftangriffe auf Mocambique seit 1978, an denen sich die südafrikanische Luftwaffe immer öfter direkt beteiligte, erweiterte sich auch das Aktionsfeld der RNM. Obwohl sich der CIO unter Flower einer völligen Militarisierung der RNM widersetzen konnte, hatte in der letzten Phase des Krieges um Zimbabwe das Militär und die südafrikanischen Interessen immer stärker Oberhand gewinnen können. Die RSA finanzierte ja auch zu 50 % den Krieg des Smith-Regimes. In Mocambique wurden nun Militärbasen für die RNM eingerichtet, deren reguläre Versorgung mit rhodesischen Hubschraubern gesichert werden konnte. In der Folgezeit gelang es der mocambiquanischen Armee jedoch, das Hauptlager der RNM zu zerstören. Außerdem waren die lokalen Chiefs und Feiticheiros (Medizinmänner) der Banden überdrüssig geworden. Nachdem sie die RNM zunächst mit Informationen über Truppenbewegungen der FPLM versorgt hatten, entschlossen sich sich nun die Fronten zu wechseln und die RNM Banditen an die mocambiquanische Armee zu verraten. Seit dieser Niederlage schien die RNM auf dem Weg zur Auflösung.



3. Militarisierung der RNM: die südafrikanische Phase der Destabilisierung Mocambiques

Seit dem Regierungswechsel in Südafrika bemühten sich der neue Regierunschef P. W. Botha und Verteidigungsminister Malan um die RNM. Der ehemalige Regierungschef Vorster und sein Geheimdienstchef van der Bergh hatten noch das Konzept Ken Flowers geteilt. Diesem lag die Maxime zugrunde, daß die RNM lediglich ein nützliches Instrument für begrenzte Kommandoaktivitäten sei. Denn Flower hielt es für konterproduktiv, von außen eine konterrevolutionäre Bewegung zu kreieren, da sich eine politische Opposition nur aus interner Opposition entwickeln könne. Wenn sie bestünde — ein optimaler Fall

für den CIO oder BOSS — so müsse man sie nicht von außen forcieren. Für Ken Flower war es klar, daß diese Opposition in Mocambique nicht existierte. Daher seien die Versuche des rhodesischen wie auch südafrikanischen Militärs politisch falsch, eine Pseudo-Opposition im Stile ihrer bewährten Taktik der 'pseudo-gangs' für den Krieg gegen die Guerilla zu organisieren.
Bereits 1979 nahmen südafrikanische Militärberater an der Ausbildung und an Operationen der RNM teil.[13] Während der Lancaster Verhandlungen über die Entkolonialisierung Zimbabwes war die Zukunft der RNM in geheimen Sitzungen erörtert worden. Die RNM soll zu dieser Zeit etwa 1000 Mann umfaßt haben, die aber nach dem Waffenstillstand für Zimbabwe im Dezember 1979 bis zur Unabhängigkeit im April 1980 auf eine kleine Kerntruppe von etwa hundert Mann reduziert worden war.[14] Nichtmocambiquanische Miglieder wurden aus Mocambique evakuiert und der Rest errichtete in Sitatonga (Süd-Manica) ein neues RNM-Lager. Auch 'Voz da Africa Livre' stellte vorübergehend seine Sendungen ein. Etwa zwei Monate nach der Unabhängigkeit Zimbabwes wurde die Kerntruppe der RNM vom rhodesischen Geheimdienst — wie in Lancasterhouse vereinbart — nach Südafrika geflogen; die Lager im Umtali-Distrikt nach Phalaborwa und Zaobstad im Transvaal verlegt.[15]
Im Juni 1980 war es der FPLM nach harten Kämpfen gelungen, das neue RNM-Lager einzunehmen. In diesem Kampf waren 600 Banditen gefallen oder gefangen genommen worden. Zur gleichen Zeit haben Machtkämpfe um die Führung innerhalb der RNM — eigenen Angaben zufolge — weitere Verluste gebracht.[16] Als im Oktober 1980 die RNM nun völlig auf sürafrikanischem Boden installiert war und die mocambiquanische Armee eine weitere Stellung der RNM bei Garagua eingenommen hatte, schien es von mocambiquanischer Seite her unproblematisch, dieses 'Sicherheitsproblem' in den Griff zu bekommen. Nach fünfjährigem Krieg mit Rhodesien hoffte Mocambique mit einigem Recht darauf, daß nun endlich die Gelegenheit für den wirtschaftlichen Aufbau in Frieden gekommen sei. Bei Gesprächen über sicherheitspolitische Probleme zwischen der zimbabweschen Regierung und Mocambique ging es auch um die RNM. Die FRELIMO jedoch hat zu diesem Zeitpunkt jede externe Hilfe bei der Zerschlagung der Truppe abgelehnt, da sie in der RNM weder eine echte militärische noch politische Bedrohung sah.[17]
Obwohl die RNM durch den zimbabweschen Entkolonialisierungsprozeß vorübergehend geschwächt war, stand zu erwarten, daß die südafrikanische Regierung und das Militär zur Militarisierung dieser Ansammlung kolonialer Elemente übergehen würde.

Die RNM hilft den südafrikanischen Interessen weiter

Als 1975 die alte Allianz zwischen dem portugiesischen Kolonialismus und Südafrika beendet war, mußte der Apartheitsstaat alternative außenpolitische Strategien im Südlichen Afrika entwickeln, um die Herrschaft ca. vier Millionen Weißer über zwanzig Millionen Schwarze zu sichern. P. W. Bothas neues Konzept der 'Totalen Strategie' war darauf abgestimmt, durch eine Mischung von ökonomischen Anreizen und zunehmender offener oder verdeckter militärischer Agression die Nachbarstaaten einzuschüchtern. Mit der Unabhängigkeit Zimbabwes und deren Wirkung auf die Oppositionskräfte innerhalb Südafrikas erschien diese Strategie noch viel dringlicher. Denn dieser neue und wirtschaftlich potente Fronstaat eröffnete zum ersten Mal die Möglichkeit einer regionalen wirtschaftlichen Kooperation ohne Südafrika. Eine Schlüsselposition in der Southern Africa Development Coordination Conference (SADCC)[18] nimmt Mocambique ein, da es über die zum südafrikanischen Transportsystem alternativen Transportwege und Häfen verfügt. Eine Loslösung der neun Frontstaaten vom südafrikanischen Transportsystem ist daher direkt abhängig von der Funktionsfähigkeit der mocambiquanischen Infrastruktur. Primäres Ziel der südafrikanischen Politik gegenüber Mocambique war und ist deshalb, die erfolgreiche Durchsetzung der SADCC Strategie zu verhindern. So richten sich die meisten schwerwiegenden Sabotageakte, die die RNM in Zusammenarbeit mit dem südafrikanischen Militär verübt, gegen die mocambiquanischen Transportwege und Häfen. So war Zimbabwe nach der Zerstörung der Öltanks in Beira im Dezember 1982 gezwungen, seinen Treibstoff aus Südafrika zu importieren. Viel wichtiger als die direkten ökonomischen Folgen ist für Südafrika dabei m. E. der politische Demonstrationseffekt einer solchen Destabilisierungspolitik. Denn nichts wäre gefährlicher für die internen Versuche Südafrikas, einen Teil der schwarzen Bevölkerung zu kooptieren, als der sichtbare Erfolg unabhängiger sozialistischer Entwicklung in den Nachbarstaaten.



Aufschlüsse über die südafrikanischen Ziele mit der RNM geben u. a. Dokumente, die bei der Eroberung des zentralen RNM-Lagers in Garagua im Süden der Provinz Manica im Dezember 1981 sichergestellt wurden. Südafrika hatte dem RNM-Chef Orlando Cristina größere logistische und materielle

Unterstützung zugesagt. Sie wollten in Zukunft die Waffenversorgung mehr über den Seeweg und nicht wie bisher mit Hilfe der Luftwaffe regeln. Daraus erklärt sich auch die Bewegung der RNM 1981-82 von der zimbabweschen Grenze zur Küste Mocambiques hin. Der südafrikanische militärische Geheimdienst übergab der RNM eine Liste mit Zielen wie beispielsweise die Pipeline nach Zimbabwe, Hauptverkehrsstraßen und Eisenbahnbrücken sowie die südliche Eisenbahnverbindung zwischen Maputo und Zimbabwe durch die Provinz Gaza. Aus diesen Dokumenten geht weiter hervor, daß die Führung der RNM vollkommen in die Hierarchie der südafrikanischen Armee integriert war.[19] Die Zerstörung der Bojen im Hafen von Beira (November 1981), die die internationale Schiffahrt lahmlegen sollte, ließ allerdings aufgrund der angewandten Technik auf die direkte Durchführung ausschließlich südafrikanischer Sabotagespezialisten schließen.
Die wiederholte Sabotag der 1414 km langen Überlandleitung vom Cahora Bassa Kraftwerk nach Johannesburg durch die RNM stiftete zunächst etwas Verwirrung. Der sehr harte Winter 1980 ließ die Unterbrechung der Stromlieferung (ca. 9 % des südafrikanischen Bedarfs) als eindeutig gegen die südafrikanischen Interessen gerichtet und eher als symbolischen Akt der RNM erscheinen, die ja immer wieder ihre Abhängigkeit von Südafrika bestreitet. Die folgenden Störungen dieser Leitung, die leicht zu unterbrechen, aber äußerst kostspielig und zeitaufwendig zu reparieren ist, legten aber eine andere Interpretation nahe. Südafrika hatte sich nämlich seit der Unabhängigkeit Mocambiques um eine autarke Energiepolitik bemüht.
Obwohl von den Stromlieferungen des Cahora Bassa nicht mehr abhängig, bedeutet der auf über 35 Jahre gültige Vertrag immer noch ein gutes Geschäft für Südafrika. Weil Mocambique die vertraglich festgelegten 1400 MW/Jahr wegen der Sabotageakte der RNM nicht mehr liefern kann, ist es doppelt geschädigt: Einmal senken sich die Einnahmen aus dem ohnehin billigsten Stromexport der Welt (1,1 Pf/KW Std.). Zum anderen muß Mocambique seinen Strom für Maputo aus Johannesburg importieren, kann ihn aber nicht — wie in früheren Jahren — mit der exportierten Energie verrechnen. Statt dessen muß Mocambique mit ohnehin knappen Devisen für diesen Strom bezahlen; ein besonders perfider Trick, um ein Land von sich abhängig zu machen.[20]

4. Die RNM und die mocambiquanische Bevölkerung

Sicherlich ermutigt durch die großzügige materielle Unterstützung durch die RSA und den militärischen Erfolg ihrer Angriffe wurden nun auch kleinere Städte, Staatsfarmen, Gemeinschaftsdörfer und Produktionsgenossenschaften überfallen. Ganze Ernten wurden verbrannt und die ländliche Bevölkerung durch die brutalsten Verstümmelungen und Massaker in Angst und Schrecken versetzt.
Der Zusammenschluß der in Zambezia operierenden 'Africa Livre' Gruppe, die aus Malawi ungehinderten Zugang zu Mocambique genoß, mit der RNM machte diese Provinz 1983 zum neuen Zentrum der Destabilisierungs-



politik. Zambezia ist eine der wichtigsten Provinzen für das Exporteinkommen Mocambiques: Große Tee-, Baumwoll- und Zuckerplantagen plus Mineralvorkommen machen etwa 50 % des Exportwertes aus. Darüber hinaus ist Zambezia — im Normalfall — Surplusproduzent von Nahrungsmitteln, insbesondere von Mais. Zambezia ist auch die Verbindung zwischen Nord- und Südmocambique. Denn hier werden auch neue Verkehrswege und Stromleitungen gebaut.

Zambezia hat eine lange Geschichte des Widerstands gegen jede Staatsmachte. Zambezia gehörte zudem nicht schichte des unpolitischen Banditentums, das sich während des Kampfes gegen die Portugiesen bemerkbaı machte. Zambezia gehört zudem nicht zu den befreiten Gebieten (20 % des Landes) und hat daher wenig politische Erfahrung sammeln können.

Die Erwartungshaltung der Bevölkerung, der Landarbeiter und Bauern war nach der Unabhängigkeit groß. „FRELIMO hat gesiegt, jetzt können wir uns ausruhen" war zu vernehmen. Der Aufruf zur Steigerung der Produktion für den nationalen Wiederaufbau konnte die Bevölkerung nicht motivieren. Besonders deshalb nicht, weil wenig Ressourcen vorhanden waren, die als Produktionsanreize für die ländlichen Produzenten hätten dienen können. Hinzu kommt noch persönliches Fehlverhalten einzelner Partei- und Staatskader.

Die Antwort der FRELIMO war seit 1983 der Versuch, die politischen und militärischen Organisationen im Sinne ihres Auftrages des Dienstes an der Bevölkerung zu stärken. In unserer durchorganisierten Gesellschaft wird leicht unterschätzt, von welch zentraler Bedeutung persönliches politisches Verhalten ist. In den ersten Jahren war es nur eine kleine Gruppe politisierter Kader, die die Bevölkerung für das neue politische Projekt gewinnen mußte. Dabei konnte ein einziger korrupter oder ignoranter Kader die politische Mobilisierung eines ganzen Distriktes oder einer Kooperative gefährden.

Die Frage der Destabilisierung und Unterstützung der Bevölkerung wirft ja vor allem das Problem der politischen Hegemonie auf. Mit dem Regierungsantritt war zunächst einmal die Möglichkeit gegeben, auf nationaler Basis eine neue Entwicklungsstrategie zu realisieren. Der notwendige Freiraum, eine solche Politik durchzusetzen, ist auch ohne die Kriegspolitik Südafrikas ein schwieriges Unterfangen. Denn zwischen der Notwendigkeit, volkswirtschaftlich zu planen, d. h. zu akkumulieren, und den unterschiedlichen gruppenspezifischen Interessen unmittelbarer Produzenten besteht immer ein Konflikt. Dieseı Konflikt spitzt sich zu, je kleiner das zu verteilende Mehrprodukt ist und je geringer der Vertrauensvorschuß für die entsprechende Partei ist.

Die Fehler in der Landwirtschaft

Bevor auf das Verhältnis der RNM zur Bevölkerung eingegangen werden kann, muß kurz die ökonomische Entwicklung der letzten Jahre skizziert werden. Aufgrund der besonderen Reproduktionsstruktur Mocambiques als Dienstleistungsland und Arbeitskräftereservoir für die Nachbarn hatten sich besondere Einkommensmöglichkeiten ergeben. Nach 1978 haben sich diese Einnahmen erheblich reduziert, da sich Südafrika von Mocambique — und nicht umgekehrt — ökonomisch abgekoppelt hat, und Mocambique somit die notwendigen Devisen für den Wiederaufbau von Produktionskapazitäten fehlten. Diese waren durch die Flucht der Portugiesen und durch die Sabotagepolitik der RNM gut auf die Hälfte reduziert worden. Die Produktion industrieller Güter für die Landwirtschaft — 85 % der Bevölkerung lebt davon — konnte nur langsam in Gang kommen. Kleine Handwerksbetriebe gab es nur wenig; sie hätten zum großen Teil erst geschaffen werden müssen.

Welche Landwirtschaftspolitik verfolgte nun die FRELIMO? Die FRELIMO hat zunächst die ehemaligen Siedlerbetriebe und Plantagen, die zum großen Teil von den Eigentümern und Vorarbeitern verlassen worden waren, übernommen, um überhaupt die Nahrungsmittelproduktion für die Städte sichern zu können. Die Kleinbauern — so glaubte man — würden sich langsam und freiwillig zu Kooperativen zusammenschließen. Folge dieser Politik war, daß auf der einen Seite die Staatsfarmen immer mehr Ressourcen schluckten und die Kleinbauern, weil sie mit Ausnahme einzelner Kooperativenprojekte praktisch vernachlässigt worden waren, sich vom Markt zurückzogen. Da es mit der zunehmenden ökonomischen Krise keine Produkte mehr zukaufen gab, tauschten sie auf dem Schwarzmarkt Ware gegen Ware.

1981 hatte die schon seit Jahren geäußerte Kritik an der Vernachlässigung der Kleinbauern die ersten konkreten Schritte einer Neuorientierung der Landwirtschaftspolitik zur Folge. Der 4. Parteikongreß vom April 1983 machte diese Kurskorrektur zur offiziellen Linie, die vor allem eine Dezentralisierung politischer Entscheidungskompetenz vorsah und -sieht. Diese Neuorientierung kommt zu einer Zeit in der Mocambique von der schwersten Dürre seit Menschengedenken und einer Flutkatastrophe heimgesucht wird. Etwa ein Drittel der

Bevölkerung, das sind vier Millionen Menschen, sind nicht mehr fähig sich selbst zu ernähren. Mocambique wird deshalb für eine lange Zeit völlig abhängig von internationaler Hungerhilfe sein.
Welche Rolle spielt nun die RNM in dieser Situation?
Die militärischen Erfolge der mocambiquanischen Armee im letzten Jahr haben viele Erfahrungsberichte einzelner Dörfer mit der RNM an die Öffentlichkeit gebracht. Wo diese Siedlungen neue Gemeinschaftsdörfer waren, wurde ihre Infrastruktur zerstört und die Bevölkerung gezwungen, sich um die RNM-Lager zu gruppieren. Koloniale Autoritätsstrukturen wurden oft wieder hergestellt, indem entmachtete Landchefs und Dorfpolizisten wieder eingesetzt wurden. Tribalistische Mobilisierungseffekte spielen hierbei sicherlich auch eine Rolle, da die meisten Mitglieder der RNM immer noch aus Mocambique selbst stammen und sich somit in den örtlichen Begebenheiten meist gut auskennen. Berücksichtigen muß man außerdem, daß durch die politischen Strukturen der FRELIMO die Macht der Ältesten gebrochen oder dies angestrebt wurde. Die Rückkehr zu 'guten alten Zeiten' kann deshalb dort auf mögliche Zustimmung treffen, wo die RNM ihr Verhältnis zur Bevölkerung nicht nur durch Terror bestimmt, was im Süden Mocambiques ganz offensichtlich der Fall ist. So ergeben sich regionale Unterschiede dadurch, inwieweit die FRELIMO durch ihre Politik in einzelnen Regionen überzeugen konnte, wenn man überhaupt von einer politischen Hegemonie der FRELIMO sprechen kann.
Gerade dieser Faktor wird oft übersehen. Statt dessen wird der Rückzug von Bevölkerungsteilen aus der nationalen Politik als Ergebnis der fehlgeleiteten zentralistischen Machtausübung dem neuen Staat angelastet. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Rolle der Armee. Bis 1982 war sie meist außerstande und nicht dafür ausgebildet, die Bevölkerung vor den Überfällen der RNM zu schützen, obwohl sie mit modernen Waffen ausreichend ausgerüstet war. Wesentlich dafür, daß es soweit kommen konnte, ist die späte Reaktion der mocambiquanischen Regierung auf die RNM als reale Bedrohung und das generelle Problem der Umstellung einer Guerilla-Armee auf eine konventionelle Armee. Mittlerweile hat die Regierung jedoch aus diesen Fehlern gelernt. Zum einen hat sie viele der ehemaligen Befreiungskämpfer, die für zivile Zwecke benötigt wurden, wieder in die Armee zurückgeholt. Denn Kommandotruppen wie die RNM kann man nicht mit konventioneller Strategie bekämpfen. Zum anderen wurden 1982 zunächst 8000 Gewehre an die Miliz im Süden verteilt. Weiterhin soll die lokale Miliz eine Ausbildung an der Waffe erhalten, um so einen Minimalschutz der ländlichen Bevölkerung zu ermöglichen.



Die Strategie der RNM

In ihrer internationalen Selbstdarstellung hat die RNM — im Einklang mit dem südafrikanischen Ziel, eine konterrevolutionäre Gruppe zu schaffen — ihr Image dementsprechend aufpoliert. Nach eigenen Angaben wurde in der Schweiz ein Zentralkomitee mit Schattenkabinett zusammengestellt.[21] Als die internationalen Freunde monierten, die RNM hätte kein Programm, wurde ein solches eilig von südafrikanischen Wissenschaftlern zusammengestellt. Dieses 'Parteiprogramm' muß selbst nicht so anspruchsvollen Partnern zu platt erscheinen.[22] Nach mehreren Versuchen konnte ich zwei Programmpunkte herausdestillieren: einmal Herstellung der freien Marktwirtschaft und zum anderen die Wiedereinführung tribaler Strukturen.
In Mocambique selbst hat sich die Strategie der RNM seit ihrer rhodesischen Phase wenig geändert, außer daß ihre Kampfschrift 'A luta continua' (!), die ab und zu in Maputo auftaucht, nun dank Südafrika auf Hochglanzpapier erscheint. Die nach eigenen Angaben 12.000 Mann zählende RNM-Armee wurde bisher zum großen Teil durch Zwangsrekrutierung junger Leute vom Land aufgefüllt, die nach begangenen Straftaten Angst hatten zu fliehen. Übereinstimmend ist diese Tatsache von ausländischen Experten bestätigt worden, die von der RNM gekidnappt wurden und wochenlang von Lager zu

Lager mitziehen mußten. Außerdem gibt es viele junge Mocambiquaner aus dem Süden, die sich ihrer Verdienstmöglichkeiten in den Minen Südafrikas beraubt, mit Geldbeträgen rekrutieren ließen.
Die Bevölkerung muß sich dort, wo der Schutz durch die mocambiquanische Armee nicht ausreicht, mit der RNM arrangieren, um zu überleben.
die antikommunistischen Parolen, die seit 1980 vom Transvaal ausgestrahlt wurden, gingen nicht über primitive Hetzen gegen die Regierung Machel und übertriebene Berichte militärischer Erfolge hinaus. Aber es gab bisher kaum Ansätze, der anti-kommunistischen Stoßrichtung mit organisatorischen Mittel Nachdruck zu verleihen. Obwohl sich unter der Landbevölkerung Macambiques, vor allem in den von der Dürre betroffenen Landstrichen, wegen der fehlgeleiteten Landwirtschaftspolitik. Enttäuschung über die neue Führung breit machte – sicherlich waren auch die Erwartungen und Versprechungen auf der jeweiligen Seite zu hoch angesetzt – hat sich diese Enttäuschung nicht in einem Rückhalt für die RNM artikuliert. Dieser konnte sich auch deshalb nicht entwickeln, da die Methoden des Terrors, des Raubes von Nahrungsmitteln und der Zwangsrekrutierung noch nie ein geeignetes Mobilisierungsmittel waren.
Trotz dessen war die Distanzierung von der Zentralregierung aufgrund der ökonomischen Reproduktionskrise vieler bäuerlicher Haushalte und Genossenschaften nicht zu vermeiden.
Es hat sich gezeigt, wenn in der Ökonomie die Prioritäten anders gesetzt werden, daß dann auch die Produktion der Bauern steigt. D. h. sie muß sich mehr auf lokale Initiative, kleine Projekte etc. stützen und sollte gerade kurzfristig große Mengen einfacher Produktionsmittel und Konsumgüter für den ländlichen Raum herbeischaffen. Heute aber wird die politische Mobilisierung zur Veränderung von Produktionsverhältnissen, d. h. die Bildung von Kooperativen mehr Sensibilität der Fachkräfte für die lokalen Realitäten erfordern. Dies braucht Zeit, Austragung politischer Kämpfe innerhalb der Ministerien und vor allem das Ende des Krieges, der südafrikanischen Destabilisierungspolitik

Welche Zukunft hat die RNM?

Noch in ihren Neujahrswünschen für 1984 an die mocambiquanische Bevölkerung hatte die RNM den Sturz der FRELIMO-Regierung angekündigt.[23] Für Südafrika hat die RNM ihren Auftrag zur Zufriedenheit ausgeführt. In Mocambique selbst ist die ökonomische Lage inzwischen so prekär geworden, daß zumindest den Aktivitäten der RNM ein Riegel vorgeschoben werden mußte. Schon seit Ende 1982 waren deshalb Unterredungen mit Südafrika im Gange.
Machels Reise nach Europa im Oktober 1983 war wohl hauptsächlich ein Versuch, ökonomische Kooperation mit Europa und gleichzeitig Druck auf Südafrika zu erreichen. Er muß dabei einigen Erfolg gehabt haben, denn nach Bothas darauffolgender Reise in den Norden war es dann Südafrika, das auf eine 'erfolgreiche' Beendigung der Verhandlungen drängte.[24]
Mocambique ist in den letzten Jahren mit aller Brutalität mit der Tatsache konfrontiert worden, daß die Eroberung der Staatsmacht nicht gleichzusetzen ist mit politischer Souveränität und schon gar nicht mit ökonomischer Eigenständigkeit. Neben all ihren eigenen Fehlern, die niemand so klar kritisiert wie die Frelimo selbst, ist diesem politischen Projekt jeder erdenkliche Widerstand entgegengetreten: eine Mischung aus Naturkatastrophen und internationalen Herrschafts- und Gewaltverhältnissen.
Obwohl die RNM meint, sie könne sich noch zwei Jahre ohne ausländische Unterstützung halten, wird ihre Zukunft ganz entscheidend vom Wohlverhalten Südafrikas bestimmt sein. Eine nicht sehr ermutigende Aussicht.

Ursula Semin-Panzer

Anmerkungen

1) The Nkomati Agreement, Text von Agencia de Informacao de Mocambique (AIM), 16. 3. 84
2) Hierzu gibt es verschiedene Quellen. Eigene Recherchen: Interview Semin-Panzer mit Ken Flower, ehrmals Chef des Cio, Harare Nov./Dez. 1982
3) Verteidigungsminister Magnus Malan, The Guardian, 16. 10. 81
4) Interview mit Ken Flower
5) ebenda
6) vgl. Paul Fauvet/Alvés Gomes, Die Nationale Widerstandsbewegung Mocambiques, in: Mosambik. Bewaffnete Banden oder Widerstandskämpfer?
7) Noticias, (Maputo), 22. 6., 18. 8. 1974; ebenso Expresso (Lissabon), 29. 1. 83 – Interview mit Caliate
8) Umerziehungslager sind Produktionsstätten mit minimaler Bewachung, um Verurteilte in die Gesellschaft einzugliedern. Seitdem sind viele dieser Häftlinge voll rehabilitiert worden.
9) Coremo beispielsweise blieb in Malawi und Zambia operierte kaum in Mocambique. Viele Oppositionelle gehörten zur ersten Führungsschicht der FRELIMO. Die Bekanntesten, Simango, Nkavandame sind 1975 ins Umerziehungslager gesteckt worden. Sie verfolgten teil bürgerlich-nationale, teils separatistische Ziele. Die meisten arbeiteten nach ihrer Trennung von der FRELIMO mit dem portugiesischen Geheimdienst, PIDE, zusammen.
10) Interview Semin-Panzer mit E. M'nagagwa, Minister of State, Harare, November 1982
11) z. B. verkündete 'Voz da Africa Livre' noch am 12. 7. 76 fröhlich: Rhodesien besitzt eine Regierung, die funktioniert und die eine Politik verfolgt, die Millionen von Rhodesiern ein besseres Leben beschert und sie glücklich macht.
12) Garagua Dokumente sind teilweise veröffentlicht oder zugänglich, siehe auch: Expresso, 29. 1. 83
13) Ken Flower Interview
14) ebenda
15) Flower, a. a. O., Der gesamte rhodesische Geheimdienst plus Spezialeinheiten hatten 1980 die Wahl, nach Südafrika zu gehen oder zu bleiben. Auch die RNM-Aktivisten konnten wählen, einige sind heute noch in Zimbabwe im Untergrund. Die RNM hatte auch nach 1980 noch von Zimbabwe aus operiert. Viele weiße Farmer an der Grenze zu Manica/Moc. gaben Unterschlupf und Unterstützung. M'nangagwa sagte, daß dies seit 1982 aufgehört hätte.
16) vgl. Fauvet/Gomés, a. a. O.
17) Flower und M'nangagwa: nach Flower wäre es „ein Leichtes gewesen, die RNM zu dieser Zeit zu zerschlagen". Auch wenn dies vielleicht die Kontrollmöglichkeiten von außen überschätzt, war die RNM zu diesem Zeitpunkt fast in der Auflösung begriffen.
18) Southern Africa Development Coordination Conference ist der Versuch der Frontstaaten, sich durch wirtschaftliche Kooperation aus der Abhängigkeit Südafrikas zu lösen.
19) Detailierte Protokolle der Treffen Dhklame mit einem Colonel van Niekerk des südafrikanischen militärischen Abschirmdienstes waren Teil der Dokumente in Maputo auch: AIM, Nr. 66, Dezember 1981
20) vgl. Semin-Panzer, Cahora Bassa, in: EPK, April 1984
21) Interview skandinavischer Journalisten mit Evo Fernandes, Generalsekretär der RNM (scheint jetzt verschwunden zu sein) vom 4. 4. 1983. So wenig konkrete Informationen diese Interview hergibt, so anschaulich ist es in der völligen Konzeptlosigkeit, Ignoranz und Naivität dieser Leute.
22) A. Jenkins, Destabilization in Southern Africa, The Economist, 16. 7. 1983 Einige dieser Partner sind wohl in der BRD zu finden, bei CDU (Kaltefleiter) und der CSU (bes. Huyn) Der SPIEGEL hat darüber im Januar 1984 berichtet.
23) Summary of World Broadcats, ME/7533/B/1; 2. 1. 1984
24) AIM, 5. 3. 1984

Wir haben Mais gesät, aber es ist nichts gewachsen

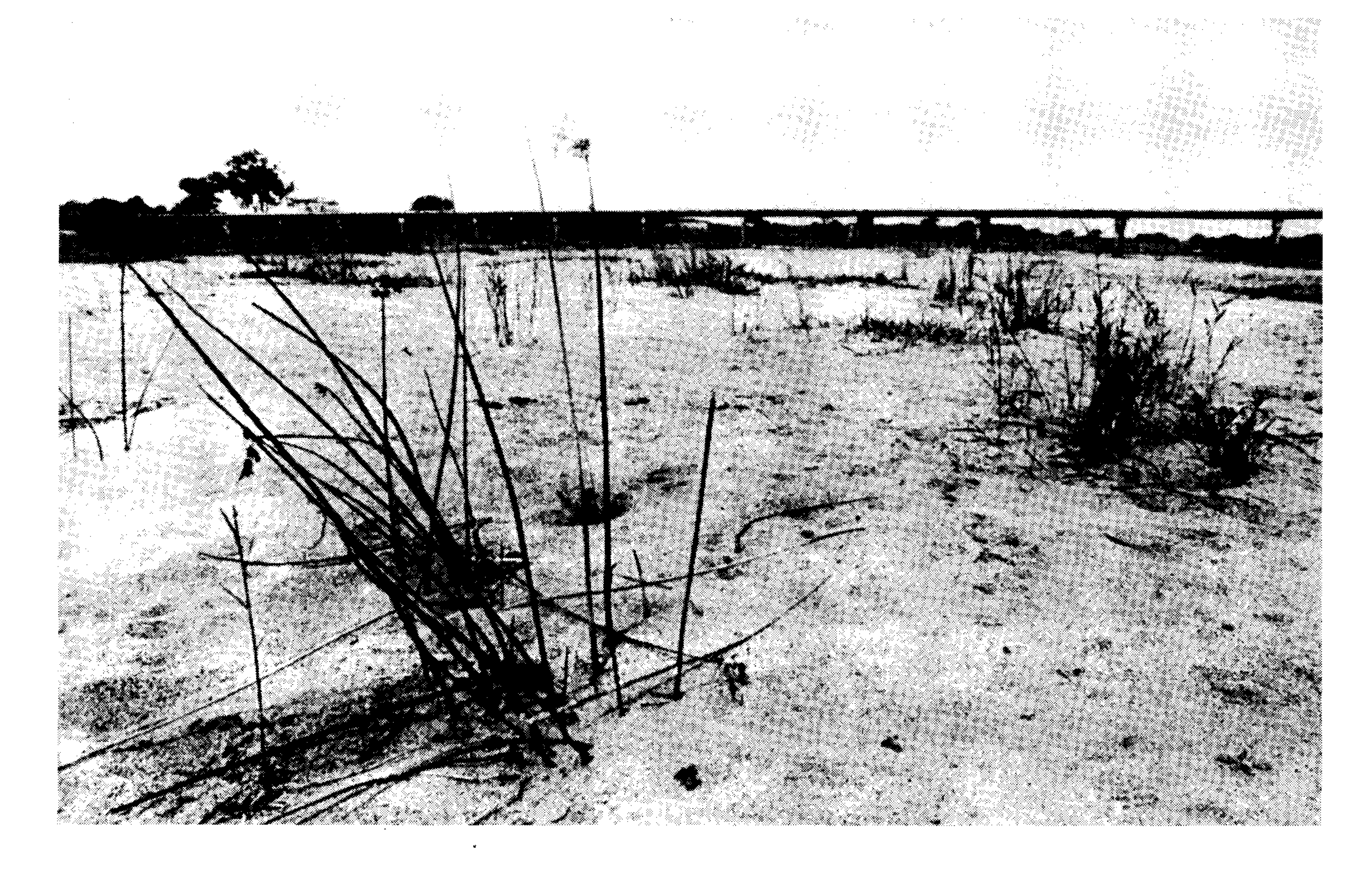
Dürre und Überschwemmung treffen Mosambique hart

Dürre und Überschwemmung treffen Mosambik hart
Mosambik ist von der verheerenden Dürre im Süden Afrikas schwer betroffen. Seit 200 Jahren, seit es in Mosambik geschriebene Geschichte gibt, hat es keine so lang anhaltende Trockenheit mehr gegeben. Nun ist der Süden des Landes auch noch von plötzlichen Überschwemmungen heimgesucht worden. Das Ausmaß der Katastrophe ist noch gar nicht abzusehen. Die mosambikanische Regierung hat einen dringenden Apell an die internationale Gemeinschaft gerichtet.
Die österreichische Journalistin Erica Fischer hatte kürzlich Gelegenheit, den Gesundheitsminister Macumbi in die von der Düre am schlimmsten betroffene Provinz Inhambane zu begleiten.

Das Bild ging durch die Weltpresse: Eine mehrere hundert Meter lange Brükke überspannt das seit Jahren ausgetrocknete Bett des Flusses Incomati im südlichen Masambik. Verzweifelte Frauen, manche von ihnen haben einen 30 km langen Fußmarsch hinter sich — gruben Löcher ins Flußbett, um noch einige Liter Wasser zu ihren Hütten heimbringen zu können. Andere hatten bereits begonnen, im Flußbett Mais zu pflanzen — es war ihre letzte Hoffnung, daß wenigstens hier noch etwas wachsen würde.

Die Brücke über den Incomati gibt es heute nicht mehr. Rasende Wassermassen haben sie fortgerissen. Wo das Flußbett einst war, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Es gibt nur eine mehrere Kilometer breite Wasserwüste.

Am 28. und 29. Januar fegte der Zyklon „Domoina“ über die Hauptstadt Maputo, entwurzelte Allebäume, zerschmetterte Dächer, zerstörte die Licht- und Wasserleitungen. In zwei Tagen fiel fast ebensoviel Regen wie sonst in einem halben Jahr. Die Wasserpumpstation wurde meterhoch überschwemmt, die Elektroversorgung der Pumpen unterbrochen und die drei Wasserrohre, die die Stadt mit Trinkwasser versorgen, wurden zu Schrott. Die 800.000 Bewohner zählende Stadt war mehrere Tage nur auf dem Luft- und Seeweg erreichbar. Alle Einfallstraßen waren unterbrochen. Zur Sicherung der Wasserversorgung wurden eilends alle verfügbaren Wasser- und Benzintanks auf LKW's montiert. In einigen Bezirken wurden fixe Wassertanks installiert, Tausende Frauen und Kinder, ausgerüstet mit



Dosen, Schüsseln und sonstigen Behältnissen, pilgerten zu den Plätzen, wo die Tankfahrzeuge ankamen, bildeten mit unglaublicher Disziplin dutzende Meter lange Warteschlangen und warteten in der brennenden Sonne, bis sie an der Reihe waren.
Die Situation auf dem flachen Land ist jedoch noch viel dramatischer. Als „Domoina" landeinwärts nach Westen zog, mußten in Swaziland und Südafrika die Notschleusen geöffnet werden. Meterhohe Flutwellen ergossen sich nach Mosambik, und es wird befürchtet, daß mehrere der neugegründeten Gemeinschaftsdörfer überschwemmt worden sind. Dabei könnten tausende Menschen ertrunken sein. Bis jetzt wurden mehr als 200 Leichen geborgen.
Die Schadenshöhe dürfte 215 Millionen DM weit übersteigen. Ein provisorischer Regierungsbericht vom 6. Februar schätzt, daß etwa 10.000 Familien ihr gesamtes Hab und Gut verloren haben. 70.000 Kleinbauernfamilien (etwa 350.000 Menschen) verloren ihre landwirtschaftliche Produktion und sind bis Februar 1985 auf Lebensmittelversorgung von außen angewiesen.
Mosambik hatte nach der jahrelangen verheerenden Dürre und aufgrund des Kurswechsels in der Landwirtschaft nach dem 4. Parteikongreß besonders Anstrengungen unternommen, die diesjährige Ernte zu einem Erfolg werden zu lassen. Für etwa 6 Millionen US Dollar wurden Saatgut, Dünger und Maschinen importiert. In der Provinz Maputo wurden etwa 255.000 Hektar Land bestellt.
Ein Großteil dieser Bemühungen ist vernichtet. Etwa 5.000 Rinder gingen zugrunde. In der Provinz Maputo sind circa 75 Prozent der industriellen Anlagen und des landwirtschaftlichen Maschinenpark des Landes konzentriert. Jetzt muß mit längeren Produktionsunterbrechungen gerechnet werden.
Die für die Wirtschaft des Landes wesentlichen Eisenbahnlinien nach Swaziland und Südafrika sind unterbrochen.
Viele der nunmehr lebensmittellosen Subsistenzbauern sind eben erst dem Huntertod entronnen. Mehrere Millionen Menschen in den südlichen Provinzen Maputo, Gaza und Inhambane waren und sind Opfer der schlimmsten Dürre, seit es in Mosambik schriftliche Wetteraufzeichnungen gibt. In Inhambane hat es in manchen Gebieten vier Jahre lang nicht geregnet.
Nun braucht Mosambik Dürre- und Hochwasserkatastrophenhilfe zugleich.
Die Folgen der Dürre haben zwischen 40.000 und 1 000.000 Menschen das Leben gekostet. Genau kann man es nicht wissen, dann in der am ärgsten betroffenen Provinz Inhambane sind weite Gebiete durch die Aktivität der sogenannten „nationalen Widerstandsbewegung" RNM unzugänglich.
800.000 Menschen sind in Inhambane von den Auswirkungen der Dürre betroffen, d. h. 80 % der Bevölkerung. Mit einer auch von den Vereinten Nationen gelobten beispielhaften Effizienz wurden sechs Auffanglager eingerichtet, in denen etwa 50.000 Menschen mit dem Allernötigsten versorgt werden.
Die Abteilung für die Bekämpfung und Verhinderung von Naturkatastrophen arbeitet rund um die Uhr. Einmal wöchentlich landet in Vilanculos ein vom Welternährungsprogramm zur Verfügung gestelltes Schiff mit 350 Tonnen Lebensmitteln. Vilanculos ist die Distrikthauptstadt des von der Hungersnot am stärksten betroffenen Gebietes der Provinz Inhambane. Von den Zentren Inhambane, Vilanculos und dem Durchgangslager in Massinga aus werden Lebensmittel und Medikamente mit Lastwagen in die Dörfer transportiert. Die Distanzen sind oft größer als 150 km. Viele Menschen gehen bis zu 70 km zu Fuß, um sich Lebensmittel aus den Zentren zu holen. Sehr viele jedoch sind längst schon zu schwach, um solche Strapazen noch auf sich nehmen zu können.
Neben den Lebensmitteln müssen vor allem Saatgut und Arbeitsgeräte zur Vorbereitung der nächsten Ernte verteilt werden.
Für alle diese Transporte standen in Vilanculos Anfang des Jahres 2 (in Worten zwei!) IFA-LKWs mit je vier Tonnen Nutzlast zur Verfügung, die ununterbrochen unterwegs sind und entsprechend oft zusammenbrechen. Mittlerweile dürften aus Schweden 32 Volvo-LKWs angekommen sein. Schweden hat sich auch bereit erklärt, Diesel zur Verfügung zu stellen, weil überdies seit einiger Zeit in Mosambik eine katastrophale Dieselknappheit herrscht. Zeitweise mußten sämtliche Inlandsflüge storniert werden.
Für die gesundheitliche Versorgung der 1 Millionen Bewohner der Provinz Inhambane stehen insgesamt 12 Ärzte zur Verfügung, die Mehrzahl von ihnen in der gleichnamigen Hauptstadt. Seit einiger Zeit gibt es in Vilanculos einen (!) Militärarzt, der so überlastet ist, daß er sich praktisch kaum aus dem zentralen Krankenhaus fortbewegen kann. Er hätte aber 192.000 Menschen in 4 Distrikten zu betreuen. Dem Krankenhaus, dessen Aufgabe es ist, die schlimmsten Fälle von Unterernährung vor dem sicheren Tod zu retten, steht ein einziger Rettungswagen zur Verfügung. In den vier bis fünf Gesundheitsposten pro Distrikt leisten medizinische Assistenten ganze Arbeit, oft fehlen ihnen aber die allernötigsten Medikamente.
Ein großes Gesundheitsrisiko stellt der Wassermangel dar. Sämtliche Wasserpumpen sind zusammengebrochen oder von „Banditen" der RNM zerstört worden. Viele Kinder sterben an



Flutkatastrophe

Durchfall und Parasitenerkrankungen. In manchen Zentren gibt es nicht einmal Brunnen, und das Wasser muß vom Fluß geholt werden. Ein Kind mit Durchfall braucht täglich 1 bis 2 l Wasser.

Nach einer Erkundungsreise nach Vilanculos und in die beiden Zentren Pambarra und Macavane faßt der Gesundheitsminister Dr. Pascoal Mucumbi sichtlich geschockt die Prioritäten für das Dürregebiet zusammen:

1. Wasserversorgung
2. Samenlieferungen
3. Lebensmittellieferungen
4. Kampf gegen die Banditen

„Ich mußte Wurzeln und Beeren essen. Das hat meine Beine so angegriffen, daß ich jetzt nicht arbeiten kann."

„Der Hunger war so groß, daß ich jetzt Magenschmerzen und Durchfall habe."

„Die meisten Kinder sind gestorben, weil sie nicht stark genug waren, um zu überleben."

„Wir sind jetzt schon stark genug, um im Feld zu arbeiten, aber wir haben nicht genug Samen."

„Wir haben Mais gesät, aber es ist nichts gewachsen."

Einer nach dem anderen stehen die mageren, ärmlich gekleideten Dorfbewohner von Pambarra auf und tragen dem Minister ihre Klagen vor. „Habt ihr den Samen auch zwei Tage im Wasser gelassen?" fragt Dr. Mucumbi. Die Leute nicken zustimmend. „Er kam aus Swasiland." „Vielleicht haben wir Sabotage gekauft," mutmaßt der Minister.

Der Minister besichtigt mit seiner Begleitung das Dorf, spricht mit den Verantwortlichen für die verschiedenen Bereiche, läßt sich alles genau erklären. Sein besonderes Interesse gilt der Gesundheitsversorgung. Dr. Mucumbi ist Arzt. „Sie müssen schauen, daß sie nicht zu viel ißt, sonst kann sie sterben," rät er den Betreuern einer Frau, die reglos auf einer Strohmatte liegt. Sie ist 30 oder 40 km zu Fuß ins Lager gekommen, weil sie hörte, daß sie in Pambarra gut aufgehoben sein würde. Sie ist die letzte, die von ihrer Familie noch am Leben ist. Alle anderen sind verhungert.

Oft irren Gruppen von bis zu 100 Menschen umher auf der Suche nach Nahrung oder weil sie von den Zentren gehört haben. Werden sie von der Armee gefunden bringt man sie ins nächste Lager. Auch Waisenkinder mit riesigen Bäuchen, verklebten Augen und schütterem gelblichen Haar werden von der Armee aufgelesen und in den Lagern von der Frauenorganisation OMM versorgt. Mit leerem Blick lassen sie sich fotografieren und von den Besuchern aus Maputo begutachten. Kinder, die schon längere Zeit im Zentrum sind, lachen wieder und singen zu Ehren des hohen Gastes Lieder, die die FRELIMO und Samora Machel lobpreisen. Doch hunderttausende von denen, die überleben, müssen mit bleibenden geistigen Schäden rechnen.



Talsperre im Mocambique

Nach Macavane, etwa 70 km nördlich von Vilanculos, fahren wir mit Panzerbegleitung. Die Soldaten sind sehr nervös. Nirgends dürfen wir uns lange aufhalten. Immer werden wir zur Eile gemahnt. Mir kommt alles ein wenig irreal vor. Wie in einem schlechten Film. Vilanculos war einmal ein Ferienort am Meer von unglaublicher landschaftlicher Schönheit. Schon etwas schäbige Ferienhäuser mitten unter Palmen sind die letzten Zeugen einer Zeit, wo für die Weißen Milch und Honig floß. Mit einem Panzer und Zwei LKW's voller Soldaten durch diese Idylle zu rasen, scheint absurd. Die Sonne brennt, es hat auch schon ein wenig geregnet, die Landschaft ist frisch, und alles ist friedlich.

Doch auf einer Strohmatte, von Dorfbewohnern mildtätig bis über den Kopf zugedeckt, liegt ein todgeweihter junger Mann, dem Banditen der RNM das Ohr abgeschnitten haben. Vor nicht allzu langer Zeit wurde in Macavance das Lebensmittellager ausgebrannt, und eben erst ist man dabei, einen Teil des Dorfes wieder aufzubauen, der von bewaffneten Banden angezündet wurde.

In Macavane hatten wir auch Gelegenheit, mit zwei „Banditen" zu sprechen, die am Tag davor von Dorfbewohnern gefangen genommen wurden. Einer ist 19, der andere 15. Der Fünfzehnjährige erzählt, daß er vor zwei Jahren von Angehörigen der RNM geraubt und in die Provinz Gaza verschleppt wurde. Man sagte ihm, daß Mosambik noch nicht befreit sei und er darum kämpfen müsse. Nach der Befreiung würde er viel Geld bekommen und eine Führungsposition einnehmen. An der tiefschürfenden ideologischen Schulung konnte er nicht teilnehmen, weil sie auf Portugiesisch erfolgte. Beide jungen Männer sind Analphabeten und sprechen kein Wort portugiesisch. Sie werden bei der Dorfversammlung der Bevölkerung vorgestellt und müssen Fragen beantworten. In den Gesichtern der Leute sieht man vereinzelt Zorn, viel mehr aber Betroffenheit über die Jugend der beiden.

50.000 Menschen konnten bis jetzt in den Auffanglagern Unterschlupf finden. Im Lager Pambarra, das im April eröffnet wurde, kamen Mitte Januar an die 70 Menschen täglich. Sie kommen mit ihren wenigen Habseligkeiten und warten apathisch, bis man sich um sie kümmert. Oft besitzen sie nichts mehr als die Kleider, die sie am Leibe tragen. Die Strukturen, die sie erwarten, bieten ihnen ein Minimum an Geborgenheit. Zweimal wöchentlich ist Lebensmittelverteilung, es gibt fünf Lehrer, 53 Latrinen und die Frauen der OMM kochen für die Waisenkinder und holen das Wasser. Alle Kinder unter drei Jahren müssen geimpft werden, ein Parteisekretär kümmert sich um die Organisation, und das Lager wird von Soldaten bewacht.

Es ist wie ein Gemeinschaftsdorf organisiert. Einmal monatlich trifft sich das Dorfkomitee, einmal monatlich gibt es eine Dorfversammlung. Die Neuankömmlinge erhalten Hilfe beim Hüttenbau und 1 Hektar Land zur freien Verfügung. Von den Zentren im Osten aus bemüht sich die Armee, die bewaffneten Banden zurückzudrängen, um weiter im Inland neue Dörfer für die hungernde Bevölkerung zu eröffnen. Aber noch hat die RNM in weiten Teilen der Provinz das Sagen. Aus dem jämmerlichen Zustand der Menschen, die es bis zu den Lagern schaffen, kann man nur auf jene schließen, die „draußen" sind. Draußen, wo selbst die Armee mit ihren Panzern nicht mehr hinfährt, geschweige denn zivile LKWs mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und Wasser. Die wirkliche Zahl der Todesopfer ist unbekannt.

Erica Fischer

Mocambique — Dringende Hilfeaufrufe

KOORDINIERUNGSKREIS MOSAMBIK (KKM)
Zyklon „Domoina“ verwüstete weite Teile im Süden Mosambiks

Am 28. und 29. Januar wurde der Süden Mosambiks, sowie Teile von Swaziland und angrenzende Gebiete der Republik Südafrika von einem Wirbelsturm heimgesucht, der zudem von heftigen Regenfällen begleitet wurde. Am Schwersten betroffen ist die Provinz Maputo und die Hauptstadt.
Hier wurden in den beiden Tagen 40 % der sonst üblichen Jahresniederschlagsmenge gemessen. 6 der 7 Distrikte in der Provinz Maputo wurden überflutet bzw. verwüstet.
Die Flüsse Umbeluzi, Maputo und Incomati traten über die Ufer und überschwemmten weite Teile der umliegenden Ländereien. Diese Überschwemmungen sind umso gravierender, da aufgrund der langandauernden Dürre gerade in diesem Gebiet, vielfältige Nahrungsmittelkulturen und Anpflanzungen im Kampf gegen die Dürre angelegt worden waren. Diese wurden allesamt Opfer der Flutmassen. Verstärkt wurden die Flutwellen noch dadurch, daß Südafrika die Schleusen des Pangala Poort Damms öffnete und somit die Wassermassen des Maputo-Flusses in Mosambik, im Distrikt Matutuine, noch stärker anstiegen.
Das Ausmaß der Katastrophe läßt sich bisher nur ungefähr ermitteln:
109 registrierte Todesopfer;
80.000 Familien (350.000 Menschen) verloren ihr sämtliches Hab und Gut und wurden obdachlos;
Der gesamte Viehbestand wurde fast völlig vernichtet.
In der Provinz Maputo wurden 225.000 ha Pflanzungen vernichtet, die extra als Maßnahmen gegen die Dürre begonnen worden waren und wo jetzt im Februar und März die Ernte hätte beginnen können.
Weiterhin wurden Saatgutreserven, Setzlinge, Bewässerungsanlagen, Dünger und Pestizide im Gesamtwert von 6. Mio. US$ vernichtet.
Mindestens 5000 Stück Vieh kamen ums Leben.
Außerdem wurde die Infrastruktur durch die Zerstörung von Straßen, Brücken und Eisenbahnlinien sowie Elektrizitätsleitungen zerstört.
Die Wasserversorgung der Hauptstadt wurde unterbrochen, da Wasserreservoire beschädigt, Pumpstadionen überflutet und Brücken- und Rohrleitungen zerstört wurden.
Die mosambikanische Regierung bittet alle ausländischen Regierungen und Hilfsorganisationen um sofortige Unterstützung. An erster Stelle steht die Reorganisation der Landwirtschaft, d. h. die Versorgung mit Saatgut, Vieh und Bewässerungsanlagen.
Wir vom AKAFRIK und vom Dritte Welt Haus haben beschlossen eine Spendenkampagne durchzuführen. Wir wollen Geld sammeln, um langfristige Maßnahmen im Bereich der Nahrungsmittelversorgung zu unterstützen, wie das Anlegen von Gemüsegärten, Anpflanzungen an den Rändern und Städte, die Errichtung von Kleintierzentren usw.

Spenden erbitten wir auf das Konto: 106 666, Sparkasse Bielefeld, BLZ: 480 501 61, Stichwort: Mosambik.

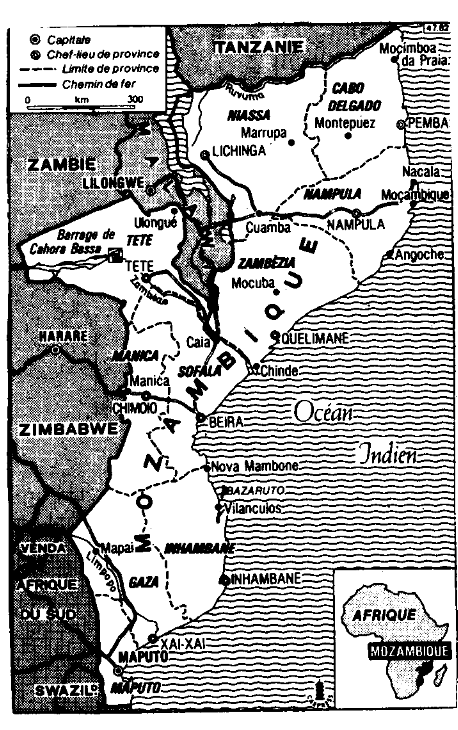
Hunger und Krieg in der Provinz Tete in Mosambik

In Tete ist seit 4 Jahren kein richtiger Regen mehr gefallen, es gibt nichts mehr zu essen — es herrscht Hunger. Das war das erste, was ich bei meiner Ankunft auf dem Flughafen in Tete hörte.

Die Provinz Tete im Nordwesten Mosambiks, ca. 500 km vom Hafen Beira an der Küste des Indischen Ozeans und ca. 1200 km von der Hauptstadt Maputo entfernt, grenzt an Zimbabwe, Zambia und Malawi. 1980 lebten dort über 800.000 Einwohner.

Ich hatte schon voher in den anderen Provinzen, in denen der Weltfriedensdienst kleinere Projekte fördert, von der schlimmen Situation in Tete gehört. Davon, daß Tausende sich auf den Weg ins benachbarte Zimbabwe gemacht hatten, um dem Elend zu entkommen. Fast jeder dritte Einwohner der Provinz, hieß es, sei auf der Flucht vor dem Hunger.

Ich war nach Tete gekommen, um mit den Genossenschaftsbauern, die der Weltfriedensdienst unterstützt, über die Möglichkeit der Bewässerung ihrer Gemüsefelder durch Windpumpen zu sprechen.



An Ort und Stelle wurde mir schnell das Ausmaß der Katastrophe klar. Viele Familien hatten sich in der Nähe der Stadt geflüchtet. Nicht nur die Hoffnung auf Nahrung, auch die Furcht vor den von Südafrika unterstützen bewaffneten Gruppen der MNR („mosambikanischer nationaler Widerstand“) vertrieben sie von ihren angestammten Feldern.

Trotz der jahrelangen Dürre brauchte die Bevölkerung der Provinz im Grunde nicht in solch einem Maß Hunger zu leiden. In der fruchtbaren, regenreicheren Region von Angonia im bergigen Norden der Provinz werden Mais, Hirse, sogar Kartoffeln und Weizen produziert. Jedoch wird die von dort in den Süden Tetes führende Straße von den Gruppen der MNR beherrscht. Fast täglich werden Lastwagen überfallen, ausgeraubt und verbrannt.

Auch die Verbindung zur Hafenstadt Beira ist abgeschnitten. Die Provinz Tete ist nahezu isoliert. Nur mit dem Flugzeug, oder über den Zugang von Zimbabwe aus ist die Stadt Tete zu erreichen. Um aber Nahrungsmittel in Zimbabwe zu erwerben, braucht man ausländische Währung oder wenigstens Tauschwerte. Nicht selten geben die Familien aus Tete ihre letzte Ziege gegen einen Sack Mais her.

Die Familien in der Umgebung der Stadt Tete haben sich zu Genossenschaften zusammengefunden, in der Hoffnung, gemeinschaftlich doch wenigstens eine bescheidene Ernte einbringen zu können. Dreimal haben sie im Tal von Nyartanda in diesem Jahr schon ausgesät, zweimal ist die Saat vertrocknet. Jetzt scheinen sich die Hoffnungen zu bestätigen. In den letzten Tagen hat es ausreichend geregnet. Doch die erwartete Ernte wird gewiß nicht den Mangel der letzten Jahre auf einmal ausgleichen können.

Jetzt bedeutet die Arbeit auf den Feldern zunächst einen harten Kampf mit der Hacke gegen das Unkraut. Denn wenn es in Tete regnet, wächst das Gras bei Temperaturen um 40 Grad ungemein schnell und droht die frische Aussaat zu überwuchern. Die Arbeit in der heißen Sonne erfordert Kraft, die die geschwächten Männer und Frauen kaum mehr aufzubringen vermögen. Hier ist dringende Hilfe nötig.
Nahrungsmittelhilfe kann zwar längerfristig keine Lösung des Hungerproblems bringen. Hunger hat stets auch strukturelle und sozialen Ursachen.

Weltfriedensdienst und Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt fördern daher in Mozambique bereits Projekte, die langfristig beitragen zur Sicherung der Nahrungsmittelproduktion.



Unter- und fehlernährte Kinder in Mocambique

Im Augenblick jedoch hat eine schnelle Versorgung der Bevölkerung Priorität. Die geförderten — und auch weiterhin unterstützten — Projekte, wie z. B. die Anlage von Bewässerungssystemen, werden erst später ihre Wirkung zeigen.

Gemeinsam mit anderen Gruppen und Organisationen, die in Mazambique arbeiten, wollen wir daher Nahrungsmittel für die betroffenen Menschen zur Verfügung stellen. Eine gerechte Verteilung der von uns geleisteten Hilfe ist gewährleistet durch die Anwesenheit eines Entwicklungshelfers des Weltfriedensdienstes in Tete, der mit den Verhältnissen entsprechend vertraut ist.

Diese Hilfe muß schnell erfolgen — wir erbitten Spenden für diese Hilfsaktion der AKTIONSGEMEINSCHAFT SOLIDARISCHEN WELT und des WELT-FRIEDENSDIENSTES unter dem Stichwort TETE/MOZAMBIQUE!

Beide Organisationen sind als gemeinnützig anerkannt — Spenden sind steuerabzugsfähig.

Der WELTFRIEDENSDIENST e. V. unterstützt Initiativen von Selbsthilfe- und Basisgruppen in ländlichen Gebieten der Dritten Welt durch die Entsendung von erfahrenen Fachkräften.
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto-Nr. 1600 1945 00, BLZ 100 101 11
Postscheckamt Berlin-West, Kto-Nr. 27 18 18-106

Die Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V. unterstützt Initiativen von Basisgruppen (einheimische Träger) in Indien, sowie in verschiednen Ländern des südlichen und westlichen Afrika und in Lateinamerika.
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto-Nr. 1600 2208 00, BLZ 100 101 11

Postscheckamt Berlin-West, Kto-Nr. 40 06-104

Die Verfassungsreform in Südafrika

Eine Kritik des am 2. November 83 von der Mehrheit der weißen Bevölkerungsminderheit gutgeheißenen Verfassungsentwurfe, dessen politische Umsetzung dieses Jahr vollzogen wird.

Schon Ende der 70er Jahre hatte Premierminister P. W. Botha wiederholt betont, ein auf fortdauernder Trennung der Völker beruhendes System in Südafrika, das durch institutionalisierte weiße Herrschaft künstlich aufrechterhalten werde, sei politisch nicht überlebensfähig.

Der in der Folge gestartete Reformkurs der regierenden National Party brachte einige Änderungen mit sich. Ich will mich auf eine Einschätzung der neuen Verfassung beschränken, die Anfang September 83 vom weißen Parlament abschließend beraten worden war und im November 83 per Referendum von der weißen Bevölkerung abgesegnet wurde. Die Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas bleibt jedoch politisch auf dem Abstellgleis. Denn 22 Millionen Schwarzen werden weiterhin wesentliche Bürger- und Freiheitsrechte verweigert. In Abkehr vom englischen Westminister-System – also von einem starken Parlament mit einem Premierminister – sieht die neue Verfassung ein Präsidialsystem mit einem Parlament aus drei Kammern und mit einem Staatspräsidenten vor, der ungewöhnliche Machfülle erhalten soll. Mit der Einführung eines Drei-Kammer-Systems scheint „Power sharing" zu einem gewissen Grad angestrebt zu werden. Von einer Abkehr von der Apartheidpolitik kann nicht gesprochen werden.

Vor einem Blick in's Detail der Regelung ist eine Bemerkung zum Verständnis nötig. Die „National Party" steht mit ihrem „Reformkurs" vor enormen innerstaatlichen Problemen. Kritik kommt von links und rechts. Schon die geplante teilweise Einbeziehung der Inder und Coloureds (Farbige Mischlinge) in das parlamentarische System ist für viele Weiße ein zu dicker Brocken. Für Treurnicht, den Führer der letztes Jahr von der „National Party" nach rechts abgesplitterten „Conservative Party" (der im Mai unter der neuen Fahne gleich wieder in's Parlament gewählt wurde), ist die Verfassung ein Akt des Hochverrats an der weißen Sache. Wer eben mit der Selbstverständlichkeit aufgewachsen ist, daß die schwarze Hausangestellte allein in einem Winkel des Hauses aus einem rostigen Blechteller ißt und nicht am Eßtisch mit dem normalen Geschirr der Familie, der hält die Vorstellung, mit einem sogenannten „Nichtweißen" gemeinsam im Parlament zu sitzen, für verkehrte Welt. So tief sitzen die Wurzel rassistischen Gedankengutes in Südafrika. Die Aufwertung der Inder und Coloureds zu Wählern ist insofern schon ein 'beachtlicher Schritt'. Von außen mag wie Beinahe-Stillstand aussehen, was hier im weißen Lager schon Reform heißt und unter den weißen Wählern kaum durchzusetzen ist. – Rechtfertigen kann diese historische Sicht jedoch nichts.

Ein kompliziertes Geflecht von Normen soll drei Kammern zu einem Parlament verbinden, wobei jede Kammer ihre „eigenen" Angelegenheiten behandelt. Eine Kammer für Weiße, eine Kammer für die Coloureds und eine für die Inder. Ein außerordentlich mächtiger exekutiver Präsident, der Staatspräsident und Premierminister in sich vereinigt, soll einen starken Einfluß auf die Gesetzgebung haben: Im Zweifelsfall entscheidet er, was „eigene" Angelegenheit einer Bevölkerungsgruppe ist. Er bestimmt damit den „Speiseplan" der jeweiligen Kammer des Parlaments. Ja er kann mit seiner Entscheidung die Kammer „auf Diät" setzen, da von der Kammer nicht beraten werden darf, was zur „fremden Angelegenheit" deklariert wurde.

Und die betroffene Kammer ist hilflos, denn kein Gericht darf die Entscheidung des Präsidenten wirklich nachprüfen. Zur Beruhigung der Gemüter wurde nach der zweiten Lesung zwar eine neue Vorschrift eingefügt: Der Präsident soll sich vor seiner Entscheidung über den Charakter einer Sache als „eigene" oder „fremde" mit den Vorsitzenden des Parlaments und der drei Kammern beraten („in einer Weise, die er für geeignet hält"). Und der „Supreme Court" darf nachprüfen, ob eine solche Beratung stattgefunden hat – eine schwindsüchtige Befugnis, die man nur noch formal ein formelles Prüfungsrecht nennen kann.

Außerdem kann der Präsident jedes Gesetz mit Änderungsvorschlägen zurückweisen (Art Vetorecht). Er kann das Parlament oder auch nur eine einzelne Kammer auflösen, kann aber selbst in den fünf Jahren seiner Amtszeit kaum abgesetzt werden. Man ist nicht weit entfernt von einer Diktatur des Präsidenten.

Bei der Wahl des Präsidenten, für die die einfache Mehrheit ausreicht, stellt „die Kammer der Weißen" 57 % der Wahlberechtigten. Spätestens an diesem Punkt wird klar, daß es hier nicht wirklich um „Power sharing" geht und erst recht nicht ein „Ausverkauf weißer Herrschaft" (Treurnicht) droht. Inder und Coloureds sollen lediglich die „demokratische" Legitimationsbasis für die Herrschaft der weißen Minderheit verbreitern.

Die Bevölkerungsgruppen der Inder und Coloureds sind gespalten in pro und contra. Kollaboration mit den weißen Plänen kommt vom South African Indian Council und von der Labour Party der Coloureds, die wegen ihrer Haltung allerdings schon Schwierigkeiten mit ihrer Gefolgschaften bekommen hat.

Die Inder sehen sich vor eine schwierige Entscheidung gestellt. Wenn sie jetzt einsteigen, erhalten sie zumindest ein kleines, wenn auch fragwürdiges Stück vom Kuchen. Dieser Spatz in der Hand mag vielen Indern attraktiver erscheinen als das vage Hoffen auf eine radikale politische Wende, bewerkstelligt durch die vereinigte Opposition von Schwarzen, Coloureds, Indern und oppositionellen Weißen. Im Hintergrund steht wohl die Unsicherheit über die indische Zukunft unter einer schwarzen Mehrheitsregierung (Uganda ist nicht vergessen), und dieser gefühlsmässige Faktor macht die Option auf begrenzte Mitwirkung in einer weißen Minderheitsregierung für konservative Inder interessanter. Dennoch führte die Ablehnung des Verfassungsentwurfs zu einer innenpolitisch wichtigen Opposition, denn Organisationen aller Rassen haben sich zur Bekämpfung der neuen Verfassung zur „Vereinigten Demokratischen Front" zusammengeschlossen (darunter Gewerkschaften, Studenten- Kirchen- und Frauenorganisationen).

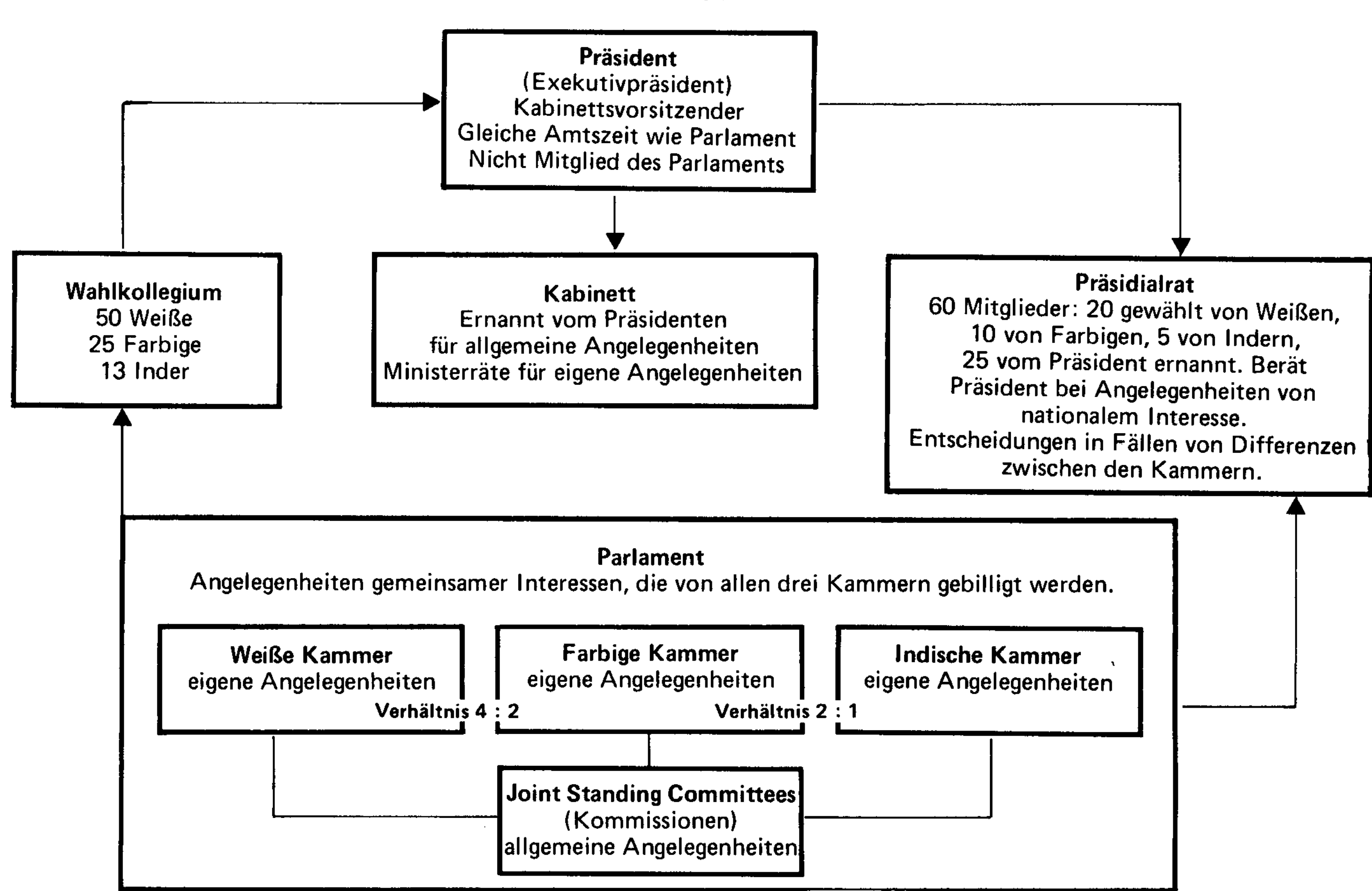
Die Tatsache, daß Ablehnung selbst von den in gewissen Sinne begünstigten Gruppen kommt, zeigt die Fragwürdigkeit der gesamten Konstruktion auf. Ablehnung, die von Indern und Coloureds kommt, bleibt jedoch juristisch ohne Belang: An der „Volks"abstimmung, die letztlich darüber entschieden hat, daß der Entwurf Gesetz wird, durften nur die Weißen teilnehmen (15

% der Bevölkerung).
Die weiße Mehrheit in allen Gremien ist gesichert. Denn: Weiße, Coloureds und Inder sind jeweils im Verhältnis von 4:2:1 vertreten. Der Gesundheitsminister sagt es offen: „Es geht nicht um „Power sharing", sondern um Teilung der Verantwortung. Die Macht muß in weißen Händen bleiben." Übergangsklauseln sichern die jetzige Mehrheit der „National Party" in der weißen Kammer ohne Notwendigkeit von Neuwahlen mindestens bis ins Jahr 1989.

heidsstrategie unter veränderten Bedingungen dar, und das, obwohl Südafrika schon 1974 dem UN — Sicherheitsrat erklärt hatte, es würde von rassischer Diskriminierung abrükken.
Bei Licht besehen: Die alte Verfassung von 1961 enthielt im Prinzip außer den Vorschriften, die das Wahlrecht auf den weißen Bevölkerungsteil beschränken, keine Apartheidsnormen. Jetzt wird Apartheid verfassungsmäßig erst richtig festgeschrieben. (Rassismus nach dem 4:2:1 — Sytem; getrennte rassische Kammern, die nur auf Initiative des Präsidenten gemeinsame Sitzungen abhalten dürfen, auf denen jedoch keine Beschlüsse gefasst werden können; usw). Rechtstaatliche Bedenken müssen gegen die schwache Stellung der Rechtsprechung erhoben werden. Die gerichtliche Kontrolle von Entscheidungen des Präsidenten und von Parlamentsgesetzen wird durch die Verfassung stark eingeschränkt. Eine Verfassungsgerichtsbarkeit zur Kontrolle des kopflastigen Präsidialsystems ist auch nicht vorgesehen.

Lächerlicherweise wird von Regierungsseite bestritten, daß die Schwarzen von der Verfassungsentwicklung ausgeschlossen werden. „Schwarze Verfassungsentwicklung hat einen anderen Weg eingeschlagen". Erschrekkend ist daran die kaltschnäuzige Selbstverständlichkeit, mit der die weitere Verdammung der Schwarzen zur politischen Bedeutungslosigkeit im weißen Südafrika neu gerechtfertigt wird. Dieser „andere Weg" bedeutet nämlich im Klartext, daß die Schwarzen in „unabhängige" Homelands ausgebürgert werden und dabei ihre südafrikanische Staatsangehörigkeit und ihre letzten Bürgerrechte verlieren. So, wie die Homeland-Politik praktiziert wird, stellt sie eine Taktik zur Unterwerfung der schwarzen Mehrheit nach dem „divide et impera"-Prinzip dar. Verglichen mit dem „weißen" Südafrika (85 % des Landes) haben die Homelands keine Infrastruktur; es gibt große strukturelle Arbeitslosigkeit und gegenwärtig sind sie besonders von der Dürrekatastrophe im südlichen Afrika betroffen. Die Übertragung der Selbstverwaltung auf Homelands macht den Eindruck eines „Sich aus der Verantwortung ziehens" der Regierung.

Der Verfassungsplan



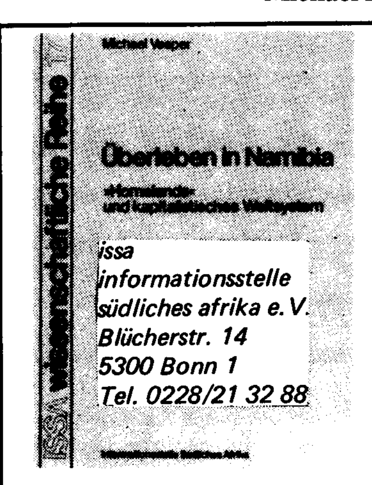
Durch Zersplitterung in drei rassische Kammern wird gemeinsam parlamentarische Opposition über die Rassengrenzen hinweg erschwert. Auf den ersten Blick sieht die fortschrittliche Beteiligung von zwei zusätzlichen ethnischen Gruppen im Parlament wie eine Aufgabe des 'Systems der getrennten Entwicklung' aus. Genaugenommen ist sie jedoch das Ergebnis einer Politik weißer Machterhaltung und — angesichts externer und interner Kritik — des Kalküls mit dem noch Möglichen zur Behauptung dieser Macht. Der Versuch einer Integration der Inder und Coloureds bei gleichzeitiger Trennung in rassische Kammern stellt eine logische Fortsetzung der Apart-

Der völlige Ausschluß der schwarzen Mehrheit der Bevölkerung stand und steht auch in Südafrika im Mittelpunkt der Kritik liberal denkender Weißer.

Für Schwarze in den städtischen Gebieten will die Regierung den Weg einer Emanzipierung der bestehenden (schwarzen) Gemeinderäte in den Townships zu Selbstverwaltungskörperschaften mit gewisser Selbständigkeit gehen.
Mit diesen beiden Gruppen (den Homeland-Bürgern und den Township-Bewohnern) sind dann auch schon alle Schwarzen erfaßt und verfassungsmäßig bedacht. Nach der Logik dieses Systems haben die Schwarzen politische Rechte nur in 15 % des Landes. Die vorgesehene finanzschwache und befugnisarme schwarze Selbstverwaltung im „weißen" Gebiet (in den Townships) wird daran grundsätzlich nichts ändern. Die Ablehnung dieser Konzeption durch die Schwarzen zeigte sich bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften Ende 83 bei denen die durchschnittliche Wahlbeteiligung nur 21 % betrug. Auch Buthelezi* hatte zum Boykott aufgefordert.
Beim Referendum am 2. November 83 war das weiße Lager gespalten. Grob teilte sich der englische Bevölkerungsteil auf in Befürworter und ein „fortschrittliches" Nein (das mehr Reform verlangt), während der burische Bevölkerungsteil in Bejahung und ein „konservatives" Nein gespalten war. Im Ergebnis hat die gefühlsmäßige Idee vom „Schritt in die richtige Richtung" sich mit der traditionellen Loyalität zur Regierung verbunden und den juristischen Laien und Uneingeweihten überzeugt.
Nach dem Placet des weißen Bevölkerungsteils steht nach südafrikanischem Demokratieverständnis der Implementierung der Verfassung nichts mehr im Wege. Am 22. August 84 werden die Coloureds und Inder Abgeordnete für ihre Kammern wählen, die Wahl des Präsidenten (durch Wahlmänner aus den Mehrheitsparteien der drei Kammern) soll sich bald anschließen.
Angesichts des völligen Linksliegenlassens der 20 Millionen Schwarzen möchte man Slabbert, Parteiführer der „Progressive Federal Party", zustimmen. Er bezeichnete den Entwurf als Schritt in Richtung auf das Licht in einem dunklen Tunnel, das Licht, das von einem nahenden Zug kommt.
Eine Demokratie wird (und will) Südafrika durch diese Verfassungsreform nicht werden. Vermutlich wird dieses Ziel früher oder später auf anderem Weg erreicht werden — durch einen Wandel, der drastischer sein wird — und gewaltsam.
Denn, wie Premierminister P. W. Botha ja schon früher erkannt hat: Ein System künstlich aufrechterhaltener weißer Herrschaft ist auf Dauer nicht überlebensfähig.

* Führer der prinzipiell gewaltfreien, mitgliederstarken Oppositionsbewegung Inkatha der Zulus.

Michael Heinz



Michael Vesper
Überleben in Namibia — Homelands und kapitalistisches Weltsystem
Bonn 1983, 280 Seiten, DM 22,80
ISBN 3-921614-08-2

Namibias Ökonomie wird heute immer noch mit dem Begriff 'Dualismus' beschrieben: auf der einen Seite der 'moderne' Sektor mit Landwirtschaft und dem Abbau von mineralischen Rohstoffen, der in das kapitalistische Weltsystem integriert ist, auf der anderen Seite der 'traditionelle Sektor', der auch mit dem Begriff 'Subsistenz' belegt — als Reservoir billiger Arbeitskräfte dient, ansonsten aber nicht teilhat an der 'modernen' Ökonomie. Michael Vesper betrachtet das Problem genauer: Für das Überleben der Menschen in Namibia ist nicht der industriell organisierte Sektor entscheidend, sondern das scheinbar unproduktive kleinbäuerliche, handwerkliche und Hausarbeitspotential, das eben nicht von Lohneinkommen abhängig ist. Diese Arbeit, mit der Michael Vesper an der Universität Bielefeld promovierte, leistet einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über die Entwicklungsmöglichkeiten eines in Zukunft unabhängigen Namibia: Nur wer versteht, wie die namibische Wirtschaft und Gesellschaft funktioniert, kann Strategien zur Veränderung des Status quo entwickeln.

Protestaktionen gegen den Besuch des südafrikanischen Premierministers in Bonn — 5./6. Juni 1984 —

Auf Einladung von Bundeskanzler Kohl wird der südafrikanische Premierminister Botha am 5./6. Juni 1984 nach Bonn kommen. Angesichts der international geächteten Apartheidpolitik Südafrikas stellt dieser Besuch eine Provokation erster Ordnung dar. Jüngste Abschlüsse eines Sicherheitsabkommens zwischen Südafrika, Angola und den USA und eines Nicht-Angriffspaktes zwischen Südafrika und Mosambik ändern nichts an der grundsätzlichen südafrikanischen Politik von Menschenrechts- und Völkerrechtsverletzungen in Südafrika und Namibia und Destabilisierungsversuchen gegen die Frontstaaten. Ein dauerhafter Frieden im Südlichen Afrika wird erst eintreten können, wenn das System der Apartheid abgeschafft ist.
Wir, die Trägerorganisationen des bundesdeutschen „Komitees für die Kündigung des Kulturabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika", die auch schon im vergangenen Herbst gegen den Besuch des südafrikanischen Außenministers in Bonn protestiert haben, möchten alle Mitglieder und Interessenten von Solidaritätsgruppen zum südlichen Afrika auffordern, zu einem AKTIONS-PLANUNGSTREFFEN anläßlich des bevorstehenden Botha-Besuchs zusammenkommen. Dazu schlagen wir vor

— am 6. Mai 1984
— um 14 Uhr
— in der Pädagogischen Hochschule, Gronewaldstr. 2, 5000 Köln unmittelbar nach Schluß der bundesweiten Friedens-Aktionkonferenz am selben Ort ein Aktionenvorbereitendes Treffen zu veranstalten.

— Anti-Apartheid-Bewegung, Blücherstr. 14, 53 Bonn 1
— Antiimperialistisches Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/Main
— Christlicher Friedensdienst, Rendelerstr. 9 - 11, 6000 Frankfurt/Main
— Evangelische Studentengemeinde Frankfurt/M, Guiolettstr. 64, 6000 Frankfurt/Main
— Mainzer Arbeitskreis Südliches Afrika, Kruppstr. 164, 4330 Mülheim/R.
— Medico International, Hanauer Landstr. 147 - 149, 6000 Frankfurt/Main
— Südafrika-Projektgruppe „Frauen gegen Apartheid" der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland, Unterlindau 80, 6000 Frankfurt/Main

BRD - ENTWICKLUNGSPOLITIK

Ausbildungshilfe



Ausbildungshilfe für Folterdiktaturen

Brasilien und Tunesien. Länder, die in den Jahresberichten von amnesty international[1] ihren Stammplatz haben, wenn es um Berichte über Folter und Mißachtung von elementaren Menschenrechten geht. Daß Polizeiführungskräfte aus diesen Ländern enge Kontakte zu der bundesrepublikanischen Polizeielite unterhalten, oder gar wie die Tunesier hier in der Bundesrepublik an 12 Monate dauernden Ausbildungslehrgängen teilnehmen, ist wenigen bekannt.[2] Schließlich ist bei der sogenannten Ausbildungshilfe für ausländische Polizei die Öffentlichkeit nicht erwünscht. Diese Öffentlichkeit dennoch herzustellen, hat sich die Hiltruper Friedensinitiative, ein Zusammenschluß parteiunabhängiger Jugendlicher, zur Aufgabe gemacht. Eine Gruppe aus Hiltrup deshalb, weil die Polizeiführungsakademie das Zentrum der deutschen Polizei für Auslandsbeziehungen- in Hiltrup bei Münster liegt. Dieser Artikel soll die bisherigen Arbeitsergebnisse zusammenfassen und vor allem auf die Schwierigkeiten bei der Informationsbeschaffung hinweisen und schließlich die Forderungen der Hiltruper Gruppe nennen.

Die Polizeiführungsakademie (PFA)

Die Aufgaben der Polizeiführungsakademie (PFA) sind:

1. Ausbildung
Die PFA ist eine bundesweite einzigartige Bildungseinrichtung der Polizei. Man kann sagen, daß es auf Bundesebene keinen Polizeiführer gibt, der nicht in Hiltrup ausgebildet wurde. Themen der Ausbildung sind beispielsweise: Blockaden, unfriedliche demonstrative Aufzüge, Katastrophen, Arbeitskämpfe usw[3]. Auch das Grundkonzept für den Einsatz der Polizei im „Heißen Herbst" wurde in Hiltrup erarbeitet.[4] Die Beamten absolvieren zunächst ein Ausbildungsjahr in den Ländern und beim BKA (Bundeskriminalamt) und ein zweites Jahr als hochschulmäßig aufgezogener Lehrgang an der PFA. Bis 1974 durchliefen 1763 Beamte diese Ausbildung, 1979 alleine etwa 130.[5]

2. Fortbildung
Die Fortbildung der Polizeibeamten des gehobenen und höheren Dienstes spielte in den Fünfziger und Sechziger Jahren nur eine untergeordnete Rolle. Drei solcher Tagungen waren 1963 schon viel. Erst im Gefolge der Studentenbewegung nahm der Bedarf an Seminaren und Arbeitstagungen sprunghaft zu.
1970-1979 fanden in Hiltrup 322 solcher Veranstaltungen zu polizeirelevanten Themen mit insgesamt 16.205 Teilnehmern statt.[6] Themen sind z. B.: Zusammenarbeit von Verfassungsschutzbehörden und Polizei, Führung, Einsatz, Aus- und Fortbildung der Bereitschaftspolizei und des Bundesgrenzschutzes (BGS); Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen und Großeinsätze bei Demonstrationen und Großveranstaltungen.[7] Heute nehmen jährlich etwa 2000 bis 2500 Beamte an der Fortbildung teil.[8]

3. Forschung
Auch auf dem Gebiet der Forschung spielt die PFA eine herausragende Rolle. Sie soll die polizeiliche Forschung bei den Ländern und dem BKA systematisieren und koordinieren. Schwerpunkte liegen dabei auf dem Ausbau des polizeilichen Kommunikationswesens, des Datenverbundes, der Entwicklung von Sprachverschlei-

erungsgeräten sowie der Entwicklung einer „polizeitypischen Waffe", neuer Reizstoffstrahlgeräte (chemical mace), Wasserwerfern etc. . Dabei arbeitet man mit einschlägigen wissenschaftlichen Insituten zusammen und vergibt Aufträge an die Industrie.[9]

Die Ausbildungshilfe

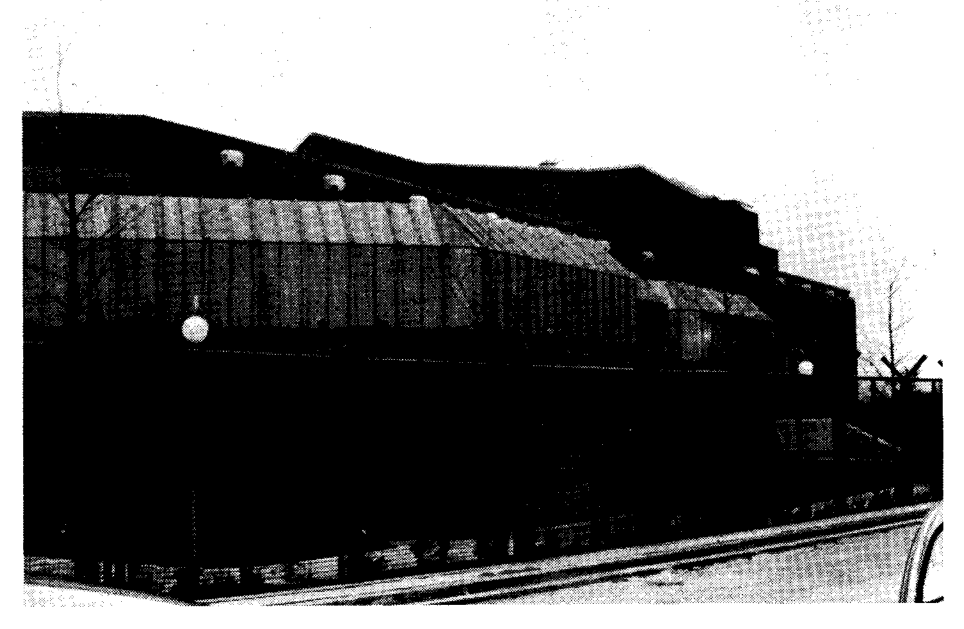
Daß das „Mutterhaus der deutschen Polizei", so wird die PFA in Polizeikreisen genannt und so versteht sie sich auch wohl, großes Interesse bei den ausländischen Staaten hervorruft, versteht sich aus dem oben gesagten von selbst. Deutsches „Spitzen-Knowhow" ist auch bei der ausländischen Polizei gefragt.

So nehmen laufend ausländische Polizeibeamte an den zwei bis fünf Tage dauernden Tagungen der Akademie teil.[10] Nicht nur die bundesdeutsche Politikerelite (Helmut Schmidt 1977, Walter Scheel 1979, Karl Carstens 1984, Friederich Zimmermann 1984 usw.)[11], sondern auch die ausländische Polizeielite stattet der PFA regelmäßig Besuche ab: 20 jordanische Polizeioffiziere August 1980[12], Polizisten aus Bénin, Kongo, Djibouti, Gabun, Libanon, Niger, Tunesien und Venezuela im Mai 1981[13], 36 Teilnehmer eines Generalstabslehrgangs aus Rio de Janeiro (Brasilien) im September 1983[14].

Manchmal werden auch gleich ganze Ausbildungsgänge für ausländische Polizeiführungskräfte durchgeführt. Einer der letzten war die Ausbildung von 15 Tunesiern, die sich insgesamt 12 Monate in der Bundesrepublik aufgehalten haben.[15] Das war 1982. In ihrem Heimatland haben diese Polizeioffiziere höchste Führungspositionen übernommen. Die deutsche Ausbildung, die nach Angaben der Bundesregierung zur Demokratisierung in den Empfängerländern führen soll, bedeutete nicht nur wie im Fall Tunesien, Anfang dieses Jahres bei der Brotpreisrevolte, Unterstützung und Festigung einer Diktatur, die foltert und mordet. Nach der drastischen Anhebung der Brotpreise durch den Machthaber Bourgiba kam es im gesamten Land zu schweren Hungerrevolten, die Militär und Polizei mit brutaler Gewalt niederzuschlagen versuchten. Durch den Einsatz von Handfeuerwaffen und automatischen Waffen wurden mehr als 150 Menschen wahllos umgebracht.[16] Solche Polizeieinsätze und die Ausbildung ausländischer Polizei aus Staaten der Dritten Welt haben eine lange Tradition. Sie geht zurück bis in die Kolonialzeit, wo die kolonialen Mutterländer einheimische Polizeitruppen ausbildeten und ausrüsteten, um aufständische Bevölkerungsgruppen und Unabhängigkeitsbewegungen in Schach zu halten. An diesen alten Gundmustern hat sich scheinbar wenig geändert.[17] In dieser Tradition steht auch die PFA, die seit 1979 „Zentralstelle des Bundes und der Länder für die Auslandsbeziehungen der deutschen Polizei" ist. Vor diesem Hintergrund ist die ständige Zunahme der Auslandskontakte der PFA zu sehen. Waren 1982 noch 102 leitende Polizeibeamte aus 14 Ländern in Hiltrup, so waren es 1983 bereits 248 aus 19 Ländern.[18] Die materiellen Voraussetzungen für die Ausweitung der Auslandsbeziehungen konnten 1983 geschaffen werden. In diesem Jahr wurden nämlich die Erweiterungs- und Neubauten der PFA im Wert von 46 Mio DM fertiggestellt. Mit neuen Hörsälen, Videoanlagen, Simultandolmetschanlagen und modernen Wohneinheiten wurde die PFA zur modernsten Einrichtung ihrer Art auf dem europäischen Kontinent.[19] Zwar ist die Akademie in Hiltrup die Zentrale der deutschen Polizei für Auslandsbeziehungen, aber die politische Verantwortung dafür trägt die Bundesregierung. Sie entscheidet letztlich darüber welches Land Ausbildungshilfe, die aus Mitteln des Bundeshaushalts finanziert wird, erhält und welches Land nicht.[20]

Darum, und weil kaum Informationen über die Ausbildungshilfe verfügbar sind, trat die Hiltruper Initiative mit der Fraktion der Grünen im Deutschen Bundestag in Verbindung. Man stellte Anfang dieses Jahres über den Abgeordneten Walter Schwenniger eine kleine Anfrage an die Bundesregierung. Im einzelnen wollte man wissen, wieviele ausländische Polizisten bisher in der Bundesgepublik ausgebildet wurden und derzeit ausgebildet werden (aufgeschlüsselt nach Ländern) und welche Themen Gegenstand der Ausbildung sind.[21]

So bestätigte die Bundesregierung, daß seit 1974 über 200 Polizeiführungskräfte aus über 20 Ländern ausgebildet wurden und daß es sich vorwiegend um Polizeibeamte aus afrikanischen, südostasiatischen und arabischen Staaten handelt: 51 Polizeibeamte aus dem Sudan, 42 aus der Türkei, 30 aus Indonesien, 21 aus Tunesien, 12 aus Somalia usw. . Inhaltlich umfaße die Ausbildung neben Sprachlehrgängen insbesondere die Themenbereiche „allgemeinpolizeiliche Ausbildung" — darunter kann man sich wohl alles vorstellen — „Verkehrs-", „Kraftfahrzeug-" und „Fernmeldewesen", „Kriminaltechnik", „Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität" und begleitende Ausbildungsmaßnahmen im Rahmen gewährter Ausrüstungshilfe. Die BRD bildet also nicht nur ausländische Polizei aus. Unter Ausrüstungshilfe versteht die Bundesregierung: Material zur „Verbesserung des Transportwesens" (Gefangenentransporter?)der „Fernmeldeverbindungen«, des „Sanitätswesens", sowie verkehrspolizeiliches und kriminaltechnisches Gerät. Die Ausbildung findet nicht nur an der PFA, sondern auch bei den Polizeidienststellen des Bundes und der Länder statt. Finanziert wird die Ausbildungshilfe aus Mitteln des BKA (Bundeskrimi-



nalamt), aus Mitteln, die im Zusammenhang mit der gewährten Ausrüstungshilfe, zur Verfügung stehen, und aus Mitteln des Entwicklungshilfeministeriums (BMZ)[22].

Daß ausländische Polizei mit Entwicklungshilfegeldern ausgebildet wird, ist ein Skandal. Denn das ist sicherlich nicht das, was sich die Bevölkerung unter Entwicklungshilfe vorstellt.

Des weiteren geht aus der Antwort der Bundesregierung hervor, daß es kein Bundesgesetz gibt, welches die Ausbildungshilfe regelt.[23] Die Bundesregierung ist lediglich an den Haushalt gebunden und hat ansonsten freie Hand bei den internationalen Abkommen, die die Ausbildungshilfe betreffen.

Wesentliche Informationen werden bei der Antwort allerdings zurückgehalten. So begründen „außenpolitische Rücksichtnahme" und „vereinbarte Vertraulichkeit" die Geheimhaltung von Angaben über die im Zusammenhand mit gewährter Ausrüstungshilfe stattfindende Ausbildung. „Informationsbesuche, die einige Tage dauern", sowie „die Teilnahme ausländischer Polizeibeamter an 2-5 tägigen Tagungen der PFA" werden nicht als Ausbildungshilfe verstanden." Somit finden die häufigen Besuche ausländischer Polizei an der PFA keinen Eingang in das Zahlenmaterial der Antwort. Außerdem wird jede Information über die Ausbildungstätigkeit deutscher Polizeibeamter im Ausland zurückgehalten. Auch hier sei Vertraulichkeit vereinbart.

Die Bundesregierung und die Polizei begründen „die Gewährung polizeilicher Ausbildungshilfe mit der zunehmend international organisierten Schwerkriminalität" und halten zwischenstaatliche Zusammenarbeit für unbedingt erforderlich. Und sie glaubt, daß gutausgebildete und mit demokratischen Staats- und Lebensformen vertraute Polizeikräfte die innere Ordnung in einem Staatswesen garantieren.[24]

Trotz der Antwort der Bundesregierung bleiben viele Fragen offen. Was lernen die ausländischen Polizeiführungskräfte nun tatsächlich? Warum vereinbart die Bundesregierung mit den Empfängerländern Vertraulichkeit, wenn hier nur Demokratie gelernt werden soll? Warum schickt man dann die Beamten nicht an politische Bildungseinrichtungen? Welches Material wird im Rahmen der Ausrüstungshilfe geliefert? Zu den Ausbildungslehrgängen gehört u. a. auch die Ausbildung bei Industriefirmen. Bei welchen Firmen und was lernen die ausländischen Polizisten dort? Diese Fragen sollen in einer zweiten kleinen Anfrage der Bundesregierung gestellt werden. Ob die Antwort darauf aufschlußreicher ist als auf die letzte Anfrage, darauf darf man wohl gespannt sein.

Einiges ist der Hiltruper Gruppe dennoch klar. Man ist sich darin einig, daß die Ausbildung zu keiner Demokratisierung in den Empfängerländern führt. Denn bei der Polizei handelt es sich um ein Exekutivorgan, das den Anordnungen vorgesetzter Stellen Folge leisten muß. Selbst der Bundesregierung liegen laut einer Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Hansen 1981 bzgl. der Ausbildungshilfe keinerlei „konkrete Erkenntnisse" und Nachprüfungsmöglichkeiten bei dieser „Infektion in Demokratie durch die Gewährung von Ausbildungshilfen" vor.[25] Vielmehr führt die Ausbildung ausländischer Polizei dazu, den Polizeiapperat in Ländern zu stärken, in denen gerade durch einen solchen Apperat ungerechte und undemokratische Strukturen herrschen und sich an der Macht halten können. Denn in vielen Ländern der „Dritten Welt" herrscht eine Ordnung und Friedhofsruhe, die nur einer kleinen privilegierten Oberschicht die Macht sichert, die Mehrheit der Bevölkerung zu unterdrücken und auszubeuten. Eine Forderung ist daher, die Ausbildungshilfe für die Polizei ausländischer Staaten sofort einzustellen. Eine weitere Forderung ergibt sich aus der Verschwiegenheit der Bundesregierung. Wir fordern die sofortige Offenlegung der Ausbildungsmaßnahmen sowie der Zahl der daran beteiligten Polizisten. Das letztere wird in den USA schon seit Jahren praktiziert.

Wir hoffen, durch Öffentlichkeitsarbeit in der Bevölkerung ein Bewußtsein für dieses Thema zu entwickeln, um die Bundesregierung unter Rechtfertigungsdruck zu setzen.

Ein guter Ansatz, das heikle Thema der Ausbildungshilfe in das Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen, ist der am 31. 5.-3. 6. in Münster stattfindende BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen). Hier ließe sich das Thema Ausbildungshilfe gut in die vom BUKO für dieses Jahr geplante Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport" einbinden.

Wer weitergehendes Interesse, Fragen hat oder über weiteres Informationsmaterial verfügt, wende sich bitte an die

Friedensinitiative Hiltrup
c/o Judith Hintzen
Rektoratsweg 133
44 Münster.

1) Jahresbericht amnesty international; Jahresbericht 1983
Brasilien: „Während des ganzen Jahres 1982 erhielt amnesty international Berichte, daß strafverdächtige Personen von der Polizei gefoltert und ermordet worden sind." S. 154
Tunesien: „Die Folterung politischer Häftlinge, ebenso wie das Fehlen grundlegender Rechtsgarantien zum Schutze der Häftling vor solcher Behandlung, war Anlaß zu großer Besorgnis." S. 436
2) Westfälische Nachrichten vom 4. 5. 1982 (WN)
3) Broschüre der PFA; ohne Seitenangaben; in der Mitte Angabe der Leitthemen von fachübergreifenden Veranstaltungen.
4) 13. 8. 1983; Münstersche Zeitung; Interview mit Konrad Peitz (Präsident der PFA)
5) CILIP, Nr. 8, 1981, S. 27
6) Ebd.
7) Leitthemen der Forbildungsveranstaltungen der PFA: Entnommen der Zeitschrift „Die Polizei" (Mitherausgeber ist die PFA) 1/83, S. 21/22.
8) Münstersche Zeitung (MZ); 13. 8. 1983
9) MZ vom 13. 8. 83, CILIP siehe 3); Broschüre der PFA
10) Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Schwenniger und der Fraktion Die Grünen, BT-Drucksache 10/1012 (Schreiben des Bundesministers des Innern).
11) Die Polizei; sowie MZ und WM
12) MZ; 21. 8. 1980
13) WN; 14. 5. 1981
14) WN; 17. 9. 1983
15) WN; 4. 5. 1982
16) TAZ; 5.-7. 1. 1984
17) Dorothee Kayser in der „Überblick" 1/81; S. 14
18) MZ; 6. 1. 1984
19) MZ extra; 20. 10. 1983.
20) Antwort der Bundesregierung, BT-Drucksache 10/1012.
21) BT-Drucksache 10/947
22) Antwort der Bundesregierung, BT-Drucksache 10/1012.
23) Ebd.
24) Ebd.
25) Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Penner auf die Anfrage des Abgeordneten Hansen am 30. 9. 1981.

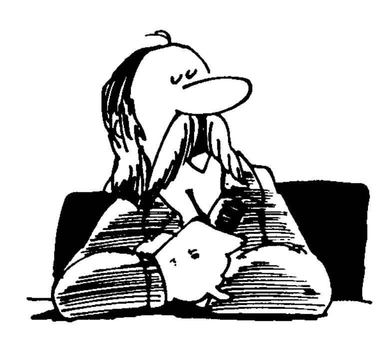


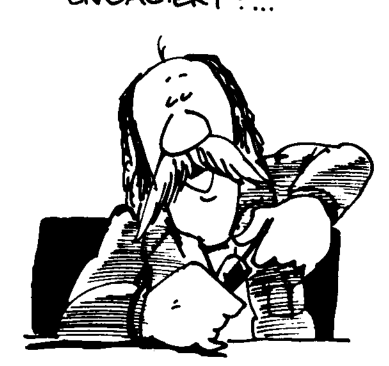
Register der Nummern 107-116

Februar 1983-März 1984

Das vorliegende Register gliedert sich in einen Länderteil und ein Sach- und Namensregister. Die Stichworte sind jeweils alphabetisch geordnet (ä = ae, ö = oe, ü = ue). Die Verweis-Ziffern setzen sich zusammen aus der Nummer der jeweiligen Ausgabe (vor dem Schrägstrich) und der jeweiligen Seitenangabe; bei mehrseitigen Artikeln über zwei oder mehrere Seiten mit dem Zusatz „f".
Im Länderteil wurden auch jene Artikel aufgenommen, die überwiegend einen themenbezogenen Sachverhalt behandelten, allerdings nur, soweit dies am Beispiel eines bestimmten Landes dargestellt wurde.
Für das Sach- und Namensregister wurde versucht, durch Beschränkung auf relativ wenige Stichworte, aber mit mehrmaliger Aufnahme eines Artikels unter verschiedenen Stichworten und mittels entsprechender Verweise, die Vielzahl der inhaltlichen Aspekte jedes Artikels systematisch zu erfassen. Namen von Personen und Organisationen wurden nur dann ins Register aufgenommen, wenn sich ein Artikel wirklich ausführlich damit befaßte: Namen von Organisationen wurden dann nicht ins Register aufgenommen, wenn sich ihre Arbeit ausschließlich auf ein Land bzw. eine Region bezieht und die entsprechenden Artikel deshalb im Länderregister leicht aufzufinden sind (z.B. PLO — Palästina).
Rezensionen sind mit dem Hinweis „Rez." gekennzeichnet. Autor, Titel, Erscheinungsort, Verlag und Erscheinungsjahr sind unter dem Stichwort „Rezensionen" unter der jeweiligen Nummer im Sachregister aufgeführt.

Länderregister

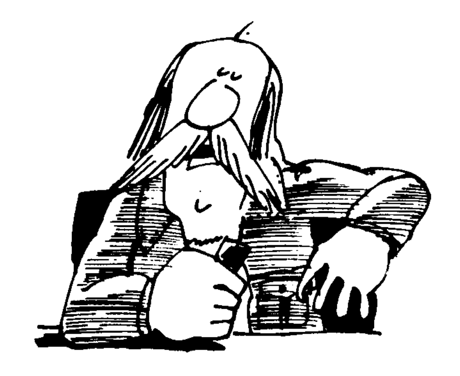

ALS KARIKATURIST IST MAN NATÜRLICH IN ERSTER LINIE SATIRIKER .


UND ALS SOLCHER ZWANGSLÄUFIG LINKS, KRITISCH UND ENGAGIERT ! ...

Sach- und Namensregister




IN DEM JOB GIBT'S NUR EINS: DIE DINGE RÜCKSICHTSLOS BEIM NAMEN NENNEN.

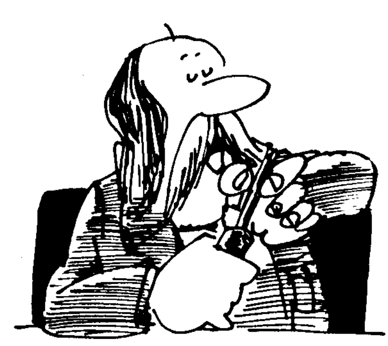

DAMIT SATIRE ENDLICH WIEDER ZU DEM WIRD, WAS SIE VOR 1914 WAR: ...

Rezensionen

...EINE PERMANENTE MAJESTÄTSBELEI-DIGUNG !!!



NICHT UMSONST STEHT MAN IN DER TRADITION EINES TH.TH. HEINE, TUCHOLSKY, GROSZ, VON OSSIETZKY ....



Rohstoffe

Rüstung

Schule und Dritte Welt

Selbsthilfebewegungen

Solidaritätsarbeit
107/47 Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen: Resolution zum Nahost-Konflikt
108/53 Kulturbüro in der Werkstatt 3
108/54f Solidarität mit Alexander Schubart
109/63f Aufruf zum 7. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
109/41 Libanesische Hilfsorganisation Najdeh
110/13 Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern in Südafrika
110/54f Nachruf auf Tonio Pflaum
110/56f Treffen der Dritte-Welt-Zeitschriften
110/57f Offener Brief der Informationsstelle El Salvador
111/8f Gesundheitsprojekt für Nicaragua
111/38 Erklärung zur EG-Entwicklungspolitik
111/50f Bericht über 7. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
111/53 Aufruf zu den Aktionen gegen die Raketen-Stationierung
111/57 Demonstrationsrechtsfond gegründet
111/66 Solidarität und Exil
112/13 Unterschriftenaktion des Nestlé-Boykotts
112/34 Spenden für Nähnadelfabrik in Vietnam
112/47f Leserbrief zum Bericht über 7. BUKO-Kongreß in Nr. 111/50f
113/11f Blockade der Kaffeefirma Rothfos in Hamburg
113/36f Pharmakampagne des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
113/40 Arbeit der WEMOS (Arbeitsgruppe für medizinische Zusammenhänge mit unterentwickelten Ländern) in Holland
113/40 Medizinisches Personal für Nicaragua
113/51 Medizinische Hilfe für den Libanon
113/62f Friedensbewegung, Sowjetunion und Dritte Welt (Leserbriefe)
114/48f Solidaritätsprojekt: Biologischer Pflanzenschutz in Nicaragua
114/51f Südafrika-Arbeit von MISEREOR
115/14 Unterstützung für peruanische Minenarbeiter
115/23 Schulprojekt in Afghanistan
115/30 Südasien-Büro gegründet
115/36f Frieden für Nicaragua — Aufruf der Informationsstelle Nicaragua e.V.
115/37 Bücherei für Masaya (Nicaragua)
115/38f Einen Arzt für Wiwili (Nicaragua)
115/40 Städtepartnerschaft Freiburg-Wiwili gefordert
115/52 Unterschriftenkampagne des Nestlé-Boykotts
116/5f Forderungen zur EG-Nahrungsmittelhilfe
116/36 Wird der Nestlé-Boykott beendet?
116/41 Pharmakampagne und Rüstungsexportkampagne des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Transnationale Konzerne
vgl. Gesundheitswesen: Artikel zu Pharma-Konzerne

UNCTAD
(United Nations Conference on Trade and Development)
111/14f UNCTAD IV

Waffenhandel
109/21 Weitere Lockerung deutscher Waffenexporte?
116/27f Sowjetische Rüstungsexportpolitik
116/41 BUKO-Rüstungsexportkampagne

Welthandel
111/14f UNCTAD IV
111/36f EG-Entwicklungspolitik — Fortführung kolonialer Strukturen
111/60f D. Senghaas: Von Europa lernen (Rez.)

Zucker
116/46f Rez.

Überblick über die Themenschwerpunkte

Heft 107, Februar 83
Palästina (2. Teil)

Nr. 108, März 83
Afghanistan — 3 Jahre im Widerstand

Nr. 109, Mai 83
Libanon

Nr. 110, Juni 83
Sowjetunion und Dritte Welt (1. Teil)

Nr. 111, August 83
US-Stützpunkte auf den Philippinen

Nr. 112, September 83
Chile

Nr. 113, November 83
Pharma-Multis als Entwicklungshelfer?

Nr. 114, Dezember 83
Völkermord an den Armeniern

Nr. 115, Februar 84
Asylbewerber — abgeschoben oder verbrannt

Nr. 116, März 84
Sowjetunion und Dritte Welt (2. Teil)



FÖRDERKREIS FÜR DIE blätter des iz3w

Viele kleine Spenden sichern unser Überleben

Die »blätter des iz3w« erscheinen mittlerweile seit 12 Jahren. Für eine in starkem Maße von ehrenamtlichen Mitarbeitern getragene Aktionsgruppe, die ohne potente Geldgeber auskommen muß, ist diese Kontinuität keine Selbstverständlichkeit. Zu unserem bisherigen Überleben haben viele Leser der »blätter des iz3w« beigetragen. Zahlreiche Leser haben uns bei Bezahlung der Abonnementrechnung gleichzeitig eine Spende überwiesen. Von großer Bedeutung für uns sind auch die regelmäßigen Spenden, die wir im Rahmen des »Förderkreises« erhalten, da wir mit diesen Einnahmen kalkulieren können.

Deswegen bitten wir alle Leser, die hierzu finanziell in der Lage sind, uns im Rahmen des »Förderkreises« durch einen Dauerauftrag zu unterstützen (ab monatlich DM 5,- bzw. vierteljährlich DM 15,-).
Mit dem Beitrag zum Förderkreis ist das Abonnement bezahlt. Ein Formular zur Einrichtung eines Dauerauftrages, das Sie Ihrer Bank schicken können, haben wir nebenstehend abgedruckt. Inhaber von Postscheckkonten erteilen einen Dauerauftrag auf dem Hauptteil des Überweisungsvordruckes. Bitte informieren Sie auch das iz3w.
Wir danken allen, die durch eine Spende unsere Arbeit finanziell absichern.

An die Aktion Dritte Welt e.V.
Postfach 5328
7800 Freiburg

Ich bin dem Förderkreis des iz3w beigetreten und überweise am .... jeden Monats / am .... jeden ersten Monats eines Vierteljahres DM .... an die Aktion Dritte Welt e.V.

Ich bin bereits Abonnent: ja — nein

Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift) (Datum)

An

. . . .
(Bank)
Bitte überweisen Sie von meinem Konto Nr. am . . . . . . jeden Monats / am . . . . jeden ersten Monats eines Vierteljahres DM . . . .

an Aktion Dritte Welt e.V., Freiburg

Postscheckamt Karlsruhe Nr. 148239 - 755 (Bankleitzahl 660 100 75)*

Dieser Auftrag gilt bis zum Widerruf.

. . . .
(Ort und Datum)

. . . .
(Unterschrift)

* Für Abonnenten in der Schweiz: Postscheckamt Basel, Nr. 40 - 35899,
Für Abonnenten in Österreich : Österreichische Postsparkasse, Nr. 2377.047

Abo + Bestellzettel

Informationszentrum
Dritte Welt
Postfach 5328
D-7800 Freiburg

Vorname, Name

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift) (Datum)

- ☐ **Ich abonniere die „blätter des iz3w" (8 Hefte pro Jahr zum Preis von 40 DM)**
- ☐ **Ich abonniere die „blätter" zum Preis für kleine Brieftaschen (Schüler, Studenten, ZDL'er und andere einkommensschwache Personen für 30 DM p.a.)**
- ☐ **Ich unterstütze das Informationszentrum 3. Welt ein Förderabo von ______ DM (monatl. mind. 5 DM)**
- ☐ **Ich möchte ein kostenloses Probeexemplar**
- ☐ **Ich bestelle aus eurem Vertrieb (siehe Rückseite)**

Bücher, Broschüren, Materialien

____ iz3w, **Entwicklungspolitik — Hilfe oder Ausbeutung?** Die entwicklungspolitische Praxis in der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe, vollst. überarbeitete Neuauflage Aug. 83, ca. 360 Seiten 14,80

____ iz3w, **»Klar, schön war's, aber . . .«**, Tourismus i. d. 3. Welt, Juni 83, 184 Seiten 9,80

____ iz3w, **Der Palästina-Konflikt und was wir damit zu tun haben**, Einführung in die versch. Aspekte des Palästinaproblems, Juni 83, 264 Seiten 10,80

____ Francis Moore Lappé und Joseph Collins, **Zehn Legenden um den Hunger in der Welt »Food First« Comic**, 1977, 84 Seiten 3,50

____ iz3w, **Probleme der 3. Welt**, Einführung für Schüler der Sekundarstufe 1, 1978, 42 Seiten 1,50

____ iz3w / Informationsbüro Nicaragua, Wuppertal **Nicaragua — Ein Volk braucht Frieden**, Juni 1983, 24 Seiten 1,—

____ iz3w, FDCL, ILA, **Chile — 10 Jahre Militärdiktatur**, Sept. 1983, 24 Seiten 1,—

____ Plakat **»Rohstoffe in der Dritten Welt«**, 2farb., DIN A2 2,—

____ Plakat **»Welthandel«**, 2farb., DIN A2 2,—

____ Plakat **»Ordnung muß sein«**, 2farb., DIN A2 2,—

GEB-Loseblattsammlung

Mappen ca. 32 Seiten, kopierfähig, Preis je Ex. 5 DM, ab Nr. 12 6 DM, Doppelnr. 10 DM

____ **Nr. 1:** C. Neven-du Mont: **Nicaragua** (aktualisierte Neuauflage)

____ **Nr. 2:** S. Schulte: **Unterrichtsprojekt.** Praktische Unterstützung für die Frauen und Kinder in den Flüchtlingslagern der Westsahara (vergriffen)

____ **Nr. 3:** W. Reiche / C. Gebhardt: **Peru.**

____ **Nr. 4:** G. Rakelmann: **Zigeuner.**

____ **Nr. 5:** I. Körber / A. H. Behrawan: **Iran.**

____ **Nr. 6:** W. Kobe / D. Seifried: **Welthandel I**

____ **Nr. 7:** W. Schmidt-Wulffen: **Kolonialismus**

____ **Nr. 8/9:** D. Seifried: **Welthandel II** (Neue Weltwirtschaftsordnung, Internationale Arbeitsteilung, Multis)

____ **Nr. 10:** J. Lieser: **Bolivien**

____ **Nr. 11:** H.-J. Müller: **Imperialismus**

____ **Nr. 12:** W. Beyer: **Großtechnologie.** Entwicklungsprojekte in Brasilien

____ **Nr. 13** M. Geisler: **Tourismus**

____ **Nr. 14:** Autorenkollektiv: **Modernisierung des Elends**

Sonderdrucke

Von Themenblöcken der **»blätter des iz3w«** **je Heft 2 DM + Porto**

____ Unterdrückung der Indios, 20 S. — Juni 77

____ Landwirtschaft i. d. 3. Welt (1), 40 S. — Dez. 77

____ Landwirtschaft i. d. 3. Welt (2), 40 S. — Feb. 78

____ Sri Lanka, 20 S. — Feb. 79

____ Ausländer i. d. BRD, 20 S. — Juni 79

____ Frauen i. d. 3. Welt, 32 S. — Aug. 80

____ Angepaßte Technologie, 32 S. — Sept. 80

____ alle Sonderdrucke zusammen zum Preis von 10 DM (7 Hefte) incl. Porto und Verpackung

Bücher im Vertrieb des iz3w

____ Rudolf H. Strahm, **»Überentwicklung — Unterentwicklung«** Ein Werkbuch mit Schaubildern und Kommentaren über die wirtschaftlichen Mechanismen der Armut, 6. Aufl. 1982, 142 Seiten 8,—

____ B.I.V.S., **Das Elend der Modernisierung — Die Modernisierung des Elends,** Unterentwicklung und Entwicklungspolitik in Lateinamerika, 1. Aufl. 1982, 160 Seiten 5,—

Ausgaben der »blätter des iz3w«

____ **blätter des iz3w,** Nr. ____
Themenschwerpunkt ____
____ 2,50

____ **blätter des iz3w,** Nr. ____
Themenschwerpunkt ____
____ 4,—

____ **blätter des iz3w,** Nr. ____
Themenschwerpunkt ____
____ 5,—



Postscheckkonten:

Aktion Dritte Welt e. V.
Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Basel Nr. 40-35 899
Österreichische Postsparkasse 2377.047

Bericht zur BUKO – Kampagne gegen Rüstungsexporte

Vom 31.3. bis zum 1.4.84 fand in Köln das zweite Gruppentreffen zur BUKO-Kampagne „Stoppt den Rüstungsexport!" statt. Es waren diesmal einige Gruppen dabei, die sich bislang noch nicht an der Vorbereitungen der Kampagne beteiligt hatten. Deshalb nahmen die Berichte, die notwendig waren, um über den derzeitigen Stand der Vorbereitungen zu informieren, viel Zeit in Anspruch. Ein anderer wichtiger Tagesordnungspunkt war die Planung des weiteren Verlaufs der Kampagne. Doch zuerst wurde über die auf dem letzten Treffen der Rüstungsexportarbeitsgruppen in Lohmar aufgestellte Hauptforderung der Kampagne („Stoppt den Rüstungsexport!") und die dazugehörigen Teilforderungen diskutiert. Sie sind hier noch einmal aufgeführt:

1) Umstellung von Rüstungsproduktion auf alternative Fertigung
2) Offenlegung der Rüstungsexporte, d. h., aller bisherigen und zukünftigen Anträge und Genehmigungen
3) keine Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe an ausländische Militärs und Polizei
4) keine Rüstungs- und Militärwerbung, keine Messen dieser Art, keine Beteiligung von deutschen Firmen an ausländischen Militärmessen
5) keine staatlichen Subventionen für Rüstungsexporte und -produktion
6) keine Rüstungsexporte von Drittländern über die BRD
7) Förderung von bundesdeutschen und internationalen Initiativen gegen Rüstungsexporte

Die letzte Forderung wurde als wenig sinnvoll angesehen, da unklar bleibt, an wen sie gerichtet ist. – Daß von der BUKO-Kampagne andere Initiativen gegen Rüstungsexporte unterstützt werden können, ist selbstverständlich. Eine Förderung aus Bundesmitteln ist illusorisch und wäre aus Gründen der zu befürchtenden Einflußnahme problematisch.
Die 6. Teilforderung sollte in dieser Form nicht beibehalten werden, da der Rüstungsexport von Drittländern über die BRD schon durch die Hauptforderung der Kampagne abgedeckt ist. Die ursprüngliche Intention dieser Forderung war, auch die Funktion der BRD als Umschlagsplatz für Rüstungsgüter, die bei US-Interventionen eingesetzt werden können, zu berücksichtigen. Deshalb müßte hier der Begriff „Transport" anstelle von „Export" eingesetzt werden. – Es wurde jedoch beschlossen, diese Teilforderung auf dem nächsten Gruppentreffen noch einmal zu diskutieren, um noch mehr Gruppen am Diskussionsprozess zu beteiligen.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt dieses Treffens war die Planung der Kampagne. Es wurde ein „Zeitplan" mit den wichtigsten Terminen und Ereignissen aufgestellt, zu denen Aktivitäten der Gruppen, die gegen Rüstungsexporte arbeiten, wichtig wären. Außerdem wurde über Aktionsformen wie Straßentheater und direkte Behinderungsaktionen diskutiert.

Zwei Ereignisse, die Anlaß vielfältigen Protestes sein sollten, ist die bevorstehende Auslieferung der auf der Kieler Werft HDW gebauten U-Boote an die chilenische Militärjunta und die Änderung des Strafmindestmaßes des Kriegswaffenkontrollgesetzes die Mindeststrafe soll von einem auf ein halbes Jahr herabgesetzt werden. Dies bedeutet, daß ein Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt werden kann. Die Gesetzesänderung passierte bereits des Bundesrat, eine Lesung im Bundestag steht bevor. Hier könnten die Gruppen ohne großen Aufwand Anfragen an Abgeordnete verfassen, die dann bei der Öffentlichkeitsarbeit Verwendung finden. Auch Pressemitteilungen und Leserbriefe benötigen keine lange Vorbereitungszeit.

Ein weiterer Anlaß, die Problematik von Rüstungsexporten in den Vordergrund zu rücken, ist die ILA (Internationale Luft- und Raumfahrtausstellung). Sie findet vom 19.5. bis zum 27.5. in Hannover statt. Sie ist eine der größten Handelsmessen der überwiegend auf Rüstung spezialisierten Luftfahrtindustrie. So werden auch auf der diesjährigen ILA wieder ihre neuesten technischen „Errungenschaften", wie z. B. Kampfhubschrauber und Lenkwaffensysteme, ausgestellt.

Die IDEE (International Defence Electronic Exhibition) fand aufgrund massiver Proteste 1982 das letzte Mal in Hannover bzw. der BRD statt. Auch auf der ILA muß das Geschäft mit dem Tod behindert werden!

Eine gemeinsame Aktion der Gruppen, die sich an der Rüstungsexportkampagne beteiligen, wird es aller Voraussicht nach zum Zeitpunkt des 8. Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen geben (vom 31.5. bis zum 3.6. in Münster). Es ist geplant, zusammen mit ortsansässigen Friedensinitiativen eine Aktion zur Polizeiführungsakademie in Hiltrup, in der Nähe von Münster, zu machen. Hier werden auch ausländische Polizeikräfte aus Ländern mit diktatorischen Regierungen ausgebildet.

Einen wichtigen Stellenwert werden die Herbstaktionen der Friedensbewegung in der Rüstungsexportkampagne einnehmen. Wie die Beteiligung im Einzelnen aber aussehen wird, muß noch diskutiert werden. Außderdem müßte Kontakt aufgenommen werden zu den Gruppen, die die Herbstaktionen vorbereiten.

Das nächste Treffen zur Rüstungsexportkampagne findet auf dem 8. BUKO in Münster statt. Am Samstag, den 2.6., ab 14.30, gibt's zwei Arbeitsgruppen mit den Schwerpunkten „Einführung in den Themenbereich Rüstungsexport, mit Beispielen aktueller Geschäfte" und „Weitere Planung der Kampagne". Zwei weitere Arbeitsgruppen dürften für an der Rüstungsexportkampagne beteiligte Gruppen und Einzelpersonen besonders interessant sein: Die Arbeitsgruppe „Kampagnen Aktionswochen" – hier soll ein Erfahrungsaustausch über die BUKO-Kampagne stattfinden (Pharma-, Futtermittel- und Rüstungsexportkampagne). Außerdem gibt es eine Arbeitsgruppe zum Thema „Direkte, demonstrative Aktionsformen".
Der diesjährige BUKO steht unter dem Motto „eintwicklungspolitische Aktionsformen in der Diskussion", es gibt also auch noch andere interessante Arbeitsgruppen! (Programm und Anmeldung beim BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50)

Wer Informationen über den Themenbereich Rüstungsexport und die genannten Aktionen benötigt, der wende sich bitte an die

BUKO-Koordinationsstelle
„Stoppt den Rüstungsexport!"
Buchstr. 14/15
2800 Bremen 1
Tel.: 0421/32 60 45

AUFRUF

zum

8. BUKO

Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

MÜNSTER
31. 5. - 3. 6. 1984

»ZWISCHEN BUTTON UND BRIGADEN«

Entwicklungspolitische Aktionsformen
in der
Diskussion

Programm	Buko 1984	Eine-Welt-Wochenende
Do. 31.5.		
14.00 h	Empfang und Begrüßung (KSG) Vorstellungsaktivitäten	Aufbau und Beginn des Eine-Welt-Marktes
16.00 h bis 18.30 h	Offizieller Beginn: (KSG-Aula) Abstimmung des Programms: BUKO-Mitteilungen:	
19.00 h	Lockerer Abend zum Kennenlernen mit Musik und Essen im KSG-Bereich: insbesondere Kontaktmöglichkeiten mit Vertretern von Befreiungsbewegungen	
abends	Veranstaltung Münsteraner Friedensgruppen: „Interventionspolitik in Mittelamerika"	
Fr. 1.6.		
09.30 h	Plenum zur Vorstellung der Arbeitsgruppen „Aktionsformen"	
10.30 h	Beginn der Arbeitsgruppen	
19.30 h	Dritte-Welt-Theater: (verschiedene Gruppen stellen ihre Arbeit vor)	
	Film-Werkschau (neueste entwicklungspolitische Filme)	
Sa. 2.6.		
09.30 h	Plenum: BUKO-Struktur und Perspektive: KA-Arbeit; Wahlen;	
14.30 h	alternativ:	
	workshops oder Treffen der Kampagnen- und Länderkoordinationen	
19.00 h	Fest (KSG-Innenhof)	
So. 3.6.		
09.30 h	BUKO-Plenum	
12.00 h	Abschluß	

Der BUKO (Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) ist ein Zusammenschluß von Dritte-Welt-Gruppen. Dritte-Welt-Solidaritätskomitees und entwicklungspolitischen Basisinitiativen, die die internationale Solidarität zu ihrer Sache gemacht haben.
Der BUKO hat vor allem zwei Aufgaben:
Er ermöglicht den Gruppen, Informationen auszutauschen und miteinander zu diskutieren.
Durch ihn können Gruppen nach außen hin gemeinsam auftreten und zu bestimmten Fragen gemeinsam Stellung nehmen.
Der BUKO ist kein geschlossener Verband, sondern ein Zusammenschluß unterschiedlichster Gruppen und Komitees.
In diesem Jahr treffen sich die Gruppen vom 31.5. - 3.6.1984 zu dem 8. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in Münster.
Nachdem auf den letzten beiden Kongressen das Thema „Entwicklung heißt Befreiung" im Mittelpunkt stand, soll diesmal vor allem eine kritische Auseinandersetzung über die eigenen Aktionsformen geführt werden. In den verschiedenen Arbeitsgruppen und workshops, die durchgeführt werden, sollen vor allem Erfahrungen und Informationen über die konkrete Arbeit der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen ausgetauscht werden.
Gleichzeitig mit dem 8. Bundeskongreß findet im Rahmen der Münsteraner Friedenswochen ein „EINE-WELT"-Wochenende statt.
Bislang wird dieses Wochenende von Friedensinitiativen, ausländischen Gruppierungen und kirchlichen Initiativen getragen. Mittelpunkt wird der „EINE-WELT"-Markt sein, wo neben einem Erfahrungsaustausch auch aktive Teilnahme möglich ist. Interessierte Gruppen sind eingeladen, diesen Markt der Möglichkeiten durch Stände, Ausstellungen, Theatervorführungen und ähnliches mitzugestalten. Zu dem Wochenende wird ein ausführliches Programmheft erscheinen, das neben den BUKO-Veranstaltungen auf alle weiteren Wochenendaktivitäten hinweist.

Was sonst noch so alles zum Kongreß gehört ... Umgangsformen

Bereits auf dem letzten Bundeskongreß wurde über den Umgang zwischen Frauen und Männern und die Einbeziehung von Neuen in entwicklungspolitischen Aktionsgruppen disku-

tiert. Diesmal soll dieser wichtige Aspekt von Beginn an beachtet und in jeder AG angesprochen werden.

Unser Verhältnis zu Befreiungsbewegungen

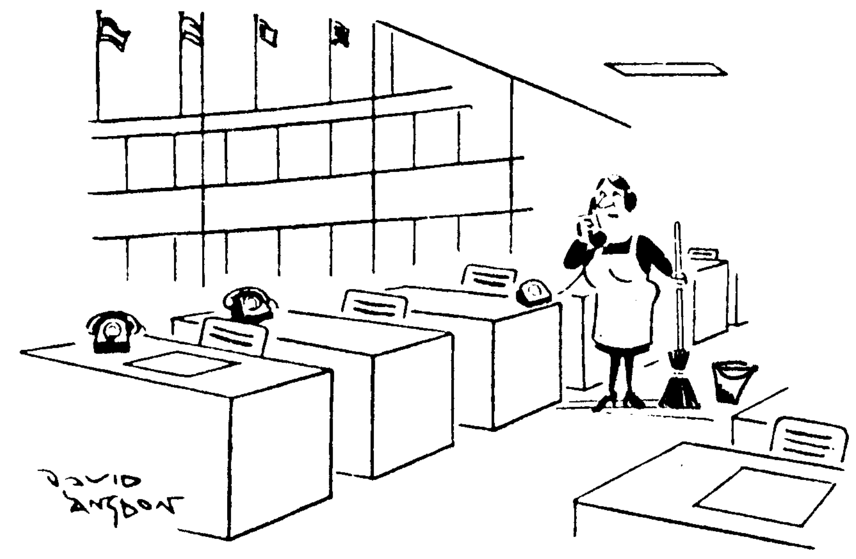
Wie zu jedem Bundeskongreß sind auch diesmal Vertreter von Befreiungsbewegungen eingeladen. Darüberhinaus sollten die einzelnen Gruppen überlegen, ob sie die Vertreter von Befreiungsbewegungen, mit denen sie zusammenarbeiten, einladen. Am Donnerstagabend würde die Möglichkeit bestehen, Kontakte herzustellen bzw. wieder aufzufrischen.

100 Jahre deutscher Kolonialismus

Anläßlich der Berliner Konferenz, deren 100. Jahrestag 1984 ist, wird das AKAFRIK Münster am Donnerstagnachmittag eine kurze inhaltliche Einführung geben. Die Thematik wird am Samstagnachmittag im Rahmen eines Planspiels noch einmal aufgegriffen werden. Außerdem wird während des gesamten Bundeskongresses eine Ausstellung zu diesem Thema zu sehen sein.

Verhältnis zur Friedensbewegung

Während des Plenums sollten neue Perspektiven der Friedensbewegung und die Rolle und Bedeutung der Dritte-Welt-Gruppen diskutiert werden.



"Ja, hier ist der BUKO. Die sind alle in Afrika."

Struktur des BUKO

Ein wichtiger Diskussionspunkt des Plenums am Samstag sollte die Struktur des BUKO sein.
WICHTIG — WICHTIG — WICHTIG — WICHTIG
Alle BUKO-Mitgliedsgruppen sollten sich dringendst überlegen, ob sie für den neuen Koordinationsausschuß kandidieren können.
Wie in jedem Jahr steht auch wieder die Neuwahl der FORUM-Redaktion an.

Interessenten mögen sich bitte melden bei: Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/39 31 56.

Außerdem muß auch ein Motto für den 9. Bundeskongreß gefunden werden. Vorschläge sind schon jetzt willkommen.
Mit diesem BUKO sollen auch Leute angesprochen werden, die entwicklungsbezogene Bildungsarbeit machen. Dazu wird zusätzlich eine pädagogisch orientierte Begleitveranstaltung

Bitte meldet euch so schnell wie möglich an! Das hilft uns sehr für unsere Vorbereitungen.
(Wenn's geht bis zum 7. Mai 1984)

ANMELDUNG für den 8. Bundeskongreß in Münster 31.5. - 3.6.1984

An den Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen,
Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040 / 393156

1) Name der Gruppe/Institution: . . . .

2) Anschrift: . . . .

3) Status: O örtliche Basisgruppe O Institution/Bundesverband
O sonstige/r Teilnehmer/in

4) Mitglied: O ja O nein
O Intersse an der Mitgliedschaft
O Interesse an der Mitarbeit im Koordinierungsausschuß

5) Zum BUKO melden wir an:

Name, Anschrift, Tel.	Interesse für		Schlafplätze nötig für			
	AG	workshop	Do 31.	Fr 1.	Sa 2.	So 3.
1.						
2.						
3.						

angeboten (mit Medienbörse, Aktions- und Unterrichtsbörse).
Besondere Treffen:
Do. 20.00 - 22.00 h
Sa. 09.30 - 12.00 h
So. 09.30 - 12.00 h
Näheres bei der Anmeldung bei:
Fachstelle für entwicklungsbezogene Bildung in Schule und Unterricht, Iserloner Str. 20, 5840 Schwerte 5.

Und zum Schluß nicht nur Technisches...

Unterbringung

Um möglichst viel Kontakt zur Bevölkerung herzustellen, werden private Schlafplätze vermittelt.

Essen

Während des gesamten BUKO soll bewußtes Essen als eine Aktions- und Lernmöglichkeit miteinbezogen werden. Wer bei der Essensvorbereitung (z.B. Erstellung eines alternativen Speisezettels) mithelfen will, bitte melden!
Bitte bringt ein Besteck, einen Becher und einen Teller mit!

Kennenlernen

Gruppen und Teilnehmer sollen beim Kongreß nicht anonym bleiben. Deshalb ist vor dem offiziellen Beginn eine intensive Kennenlernphase eingeplant. Außerdem werden Gruppen gebeten, Poster/Wandzeitungen oder anderes Material über ihre Arbeit vorzubereiten und mitzubringen.

Resolutionen

Vorschläge sollten vorher noch an die BUKO-Mitgliedsgruppen verschickt werden. Darum sollten die Entwürfe bis zum 7. Mai an die Geschäftsstelle geschickt werden.

Medienbörse

Neben dem „EINE-WELT"-MARKT wird wie in jedem Jahr auch in Münster eine Medienbörse eingerichtet. Interessierte Gruppen und Einzelpersonen können Büchertische und Arbeitsmaterialien ausstellen. Die Organisation übernimmt der CON-Vertrieb in Bremen:
CON-Vertrieb, Westerdeich 38, Postf. 106545, 2800 Bremen, Tel. 0421/54 00 12/13.

Theaterabend

Am Freitagabend können Gruppen, die Straßentheater oder ähnliches machen, ihr Programm oder Teile daraus aufführen. Wenn ihr etwas aufführen wollt, gebt das bitte auf dem Anmeldeabschnitt an.

Anmeldung

Zur Anmeldung muß der untenstehende Abschnitt vollständig ausgefüllt und der Teilnehmerbeitrag (70,- DM pro Person) im voraus auf das Konto des Bundeskongresses überwiesen werden.
Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Hamburg.
Postscheckamt Hamburg, Kto.-Nr. 791 12-201.
Bitte gebt auf der Überweisung den Namen der Gruppe deutlich an. Anmeldeschluß ist der 7. Mai 1984.
Durch den INFORMATIONSMARKT in der Innenstadt haben wir die Möglichkeit, eine breite Außenwirkung zu erreichen.
Jede interessierte Gruppe kann mitmachen (vgl. Anmeldezettel), eure Beiträge sollten möglichst kreativ sein.

Termin und Ort

Der 8. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen findet von Donnerstag, den 31.5., 14.00 h, bis Sonntag, den 3.6. 1984 in Münster statt.

Fahrkosten

werden erstattet.

Teilnahme

Teilnehmen am 8. Bundeskongreß kann jede/jeder, die/der die Teilnehmergebühr bezahlt. Stimmberechtigt sind allerdings nur Delegierte von Mitgliedsgruppen, die für das Jahr 1984 ihren Teilnehmerbeitrag bezahlt haben. Der BUKO-Jahresbeitrag beträgt pro Gruppe 120,— DM.
Institutionen, Bundesverbände und Koordinationen können am Kongreß nur als Beobachter ohne Stimmenrecht teilnehmen.
Die beobachtende Mitgliedschaft kann bei der Geschäftsstelle formlos beantragt werden (Jahresbeitrag 250,— DM).

6) Mitfahrgelegenheit: O Biete O Suche für .... Personen eine Mitfahrgelegenheit

7) O Wir bringen Kinder mit: wieviele? ...... Alter? ....

an folgenden Tagen: ....
(Kinder werden in einer Kindertagesstätte untergebracht)

8) Theateraufführung (am Freitagabend) O ja Thema: ....

9) Wir nehmen am „Eine Welt"-Markt teil: O nein
O ja, an folgenden Tagen: ....

mit einem Stand / Ausstellung / Theater / etc. ....

zu folgendem Thema: ....

Stromanschluß erforderlich O ja O nein
Es muß für wetterfeste Abdeckung gesorgt werden O ja O nein

Weitere Anfragen zum „Eine Welt"-Markt an: Informationszentrum Solidarische Welt
An den Mühlen 25, 4400 Münster
0251 / 52 13 02 od. 431 67

Teilnehmerbeitrag von 70,– DM / Person am .... überwiesen.

Unterschrift: ....

Arbeitsgruppen

AG 1
Unser Verzicht — Hoffnung für viele?
Setzt eine glaubhafte entwicklungspolitische Arbeit nicht zu allererst eine Veränderung des eigenen Lebensstils voraus, oder droht eher die Gefahr des Rückzugs ins Private dabei? Die Politik der kleinen Schritte, Darstellung des Zusammenhangs zu Friedens- und Ökologiebewegung.
Kontakt: Ökumenische Initiative Eine Welt c/o Jürgen Teunissen. Daldrup 94, 4480 Dülmen, 02590/4041.

AG 2
Boykott — Druckmittel oder private Aktion?
Anhand von Beispielen wie Früchte- und Bankenboykott zu Südafrika, Nestle-Boykott etc. soll diese Aktionsform problematisiert werden.
Kontakt: Albrecht Flues, AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn, 0228/211 355.

AG 3
Alternativtourismus — Neue Neckermänner?
Zu diskutieren ist die Frage, ob es zu einem generellen Verzicht auf Reisen in die Dritte Welt noch sinnvolle, zu rechtfertigende Alternativen gibt, z.B. Studien- und Arbeitsaufenthalte, gegenseitige Besuche etc.
Kontakt: vorerst BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50.

AG 4
Kulturarbeit — Zwischen exotischem Beiwerk und kultureller Authenzität
Bestandsaufnahme des Kulturanteils in der entwicklungspolitischen Arbeit. Welchen Stellenwert hat Kultur bei uns, welchen in der 3. Welt? Wie kann man die Tatsache, daß z.Zt. wir den fremden Kulturen nicht gerecht werden, positiv verändern?
Kontakt: Ingrid Spiller, Kulturbüro, Werkstatt 3, Nernstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50, 040/ 39 21 91.

AG 5
Wandel durch Handel oder Abkopplung?
In dieser Arbeitsgruppe soll neben Erfahrungsaustausch vor allen Dingen über die verschiedenen Konzepte des alternativen Dritte Welt-Handels gesprochen werden. Geht es mehr um die Informationsarbeit oder verspricht man sich eine konkrete Alternative zu den Gesetzen des Weltmarktes?
Kontakt: Anne Dreier, 3. Weltladen, Pfauengasse 6, 4420 Coesfeld.

AG 6
Solidaritätsarbeit und Befreiungsbewegung
Diskutiert werden sollen verschiedene Probleme der Solidaritätsarbeit in der BRD, wie z.B. Fragen der kritischen Solidarität, der Saisonalität in der Solidaritätsarbeit (gestern Chile, heute El Salvador etc.), „Rolle der Sowjetunion".
Kontakt: AKAFRIK, An den Mühlen 25, 4400 Münster, od. Korea Komitee, c/o Gerhard Rüdiger, Irenenstr. 6, 5600 Wuppertal.

AG 7
Patenschaften — ein Weg in neue Abhängigkeit
Noch immer fließt viel Geld in Form von Patenschaften in die Länder der Dritten Welt. Wie ist mit dieser Tatsache umzugehen, wie kann sinnvoll Öffentlichkeitsarbeit gegen Patenschaften durchgeführt werden, was kann diesem Bedürfnis in der Bevölkerung als Alternative geboten werden?
Kontakt: vorerst Marianne Schwarz, c/o ASW, Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 36, 030/ 2510265.

AG 8
Arbeitsplätze in der Dritten Welt am Beispiel Arbeitsbrigaden und Workcamps
In dieser Arbeitsgruppe sollen die in letzter Zeit gemachten Erfahrungen mit dieser Form der Solidaritätsarbeit ausgetauscht und kritisch reflektiert werden.
Kontakt: Barbara Issel, Mittelamerika-Komitee in der KHG, Kard. v. Galenring 45, 4400 Münster.

AG 9
Medienherstellung und Pressearbeit
Hier sollen Erfahrungen ausgetauscht und Tips im Umgang mit den öffentlichen Medien weitergegeben werden. Darüberhinaus besteht die praktische Aufgabe dieser AG darin, den Kongreß mit geeigneten Medien (Presseerklärung etc.) in der Öffentlichkeit darzustellen.
Kontakt: Sabine Wirths, Warendorfer Str. 55, 4400 Münster.

AG 10
Direkte demonstrative Aktionen
Zunehmend gehören direkte Aktionen zum Aktionsrepertoir von Dritte Welt Gruppen. Anhand konkreter Erfahrungen aus der letzten Zeit soll exemplarisch diese Form diskutiert werden.
Kontakt: vorerst BUKO, Nernstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50.

AG 11
Projekte — Tropfen auf den heißen Stein oder Stein der Weisen?
In dieser AG soll die Auseinandersetzung mit „etablierten" Projekten wie mit Projekten von 3. Weltgruppen geführt werden. Neben praktischen Fragen wie der Gefahr des Mißbrauchs soll die Aktionsform Projekt im Zusammenhang mit entwicklungspolitischen Strategien erörtert werden.
Kontakt: Aktion Solidarische Welt, Marianne Schwarz, Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61, 030/2510265.

AG 12
Kampagnen und Aktionswochen
Diese beiden Aktionsformen stellen eine Bündelung von verschiedenen Aspekten von Öffentlichkeitsarbeit und Aktionen dar. Besonders vor dem Hintergrund der innerhalb des BUKO repräsentierten Kampagnen (Pharma-, Futtermittel- und Rüstungsexportkampagne) sowie Nestle und Unctad-Kampagne sollen Erfahrungen ausgetauscht werden.
Kontakt: BUKO-Koordinationsstelle: Stoppt den Rüstungsexport, c/o 3Welthaus Bremen, Buchtstr. 14/15, 2800 Bremen, 0421/32 60 45.

AG 13
„Von der Straße in die Parlamente"
Vorteile und Gefahren der Zusammenarbeit mit den politischen Entscheidungsträgern.
Kontakt: Klaus Milke, Sonnenstr. 26, 4400 Münster, 0251/43167.

AG 14
Ausländer und Asylanten — Dritte Welt bei uns
Berührungspunkte zwischen Dritte Welt- und Ausländergruppen.
Kontakt: Vijoy Batra, Werkstatt 3, Nernstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50, 040/39 11 27.

AG 15
Dritte Welthäuser und -zentren
In dieser AG sollen Vertreter von 3. Weltzentren, von denen es mittlerweile in der BRD eine ganze Menge gibt, ihre Erfahrungen austauschen.
Kontakt: Gaby Kleinen-Rätz, Konrad-Adenauer Platz 1, 5300 Bonn 1, 0228/46 04 03.



Workshops

WS 1
Dritte Welt-Theater
In diesem Workshop soll versucht werden, während des Bundeskongresses ein Theaterstück oder Sketch zu erarbeiten und gegebenenfalls in der Münsteraner Innenstadt und beim BUKO aufzuführen.
Kontakt: Else Warms, Bethelweg 14, 48 Bielefeld 13.

WS 2
Spiele als Bewußtseinsbildung
Es soll ein Überblick über die im Entwicklungspolitischen Bereich existierenden Spiele gegeben und ausprobiert werden.
Kontakt: vorerst BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50, 040/39 31 56.

WS 3
Musik in der Öffentlichkeitsarbeit
Zusammen mit der Münsteraner Gruppe Wayra Kuna sollen mittels selbstgefertigter Musikinstrumente Musikstücke entwickelt und vorgeführt werden.
Kontakt: Wayra Kuna, c/o Ruprecht Weerth, 4400 Münster, Rosenplatz 1a.

WS 4
Einsatz von Filmen und anderen Medien
Sichtung und Einsatzmöglichkeiten von Medien zu entwicklungspolitischen Themen.
Kontakt: CON-Vertrieb, Westerdeich 38, 2800 Bremen, 0421/54 00 12.

WS 5
Gestalten und Werken
Rolle des Handwerks hier und in Westafrika, Vorstellung von Töpfertechniken, Herstellung von Tongefäßen, die dann während des Kongresses auch benutzt werden sollen.
Kontakt: Sigrid Reißmann, Fritz Berodtweg 2b, 2077 Großensee.

WS 6
Essen
Theoretische wie praktische Auseinandersetzung mit den Nahrungsmittelgewohnheiten/-zwängen in der Dritten Welt. Die Ergebnisse dieses workshops sollen den Teilnehmern des Kongresses zu Gute kommen. Erstellung eines ausführlichen Speiseplans.
Kontakt: Klaus Milke, Sonnenstr. 26, 44 Münster, 0251/43167.

Parallel zu den workshops werden sich am Sonnabendnachmittag die einzelnen Kampagnen und Arbeitsschwerpunkte des BUKO treffen, um ihre Weiterarbeit zu diskutieren. Gleichzeitig soll Neulingen die Möglichkeit geboten werden, sich über den Stand der Kampagnen zu informieren und zu sehen, welche Mitarbeitsmöglichkeiten bestehen.

Kontakte:
BUKO-Pharma-Kampagne, Dritte Welthaus Bielefeld 1, August Bebel Str. 62, 0521/605 50.
BUKO-Kampagne: Stoppt den Rüstungsexport. Dritte Welthaus Bremen, Buchtstr. 14/15, 0421/32 60 45.
BUKO-Agro-Koordination, Nernstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50, 040/39 31 56.

Natürlich besteht auch die Möglichkeit für andere Arbeitszusammenhänge (Gruppen, die zu Mittelamerika arbeiten etc.), ihre Treffen am Sonnabendnachmittag durchzuführen.
Wegen der Räumlichkeiten bitte vorher in der BUKO-Geschäftsstelle melden:
Nernstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50, 040/39 31 56.
Die Vorbereitungsmaterialien erscheinen in einer FORUM-Sondernummer und werden den Teilnehmern nach Anmeldung zugesandt.

AKTION

Welternährungsproblematik

Ein Bericht zur „Vegetarischen Woche" in Tübingen

Die Mitglieder des Arbeitskreises Welternährung des Aktionszentrums Arme Welt Tübingen haben in Verbindung mit dem Studentenwerk eine „Vegetarische Woche" in der Mensa durchgeführt. Dadurch ist es gelungen, eine große Zahl von Studenten und Studentinnen zum Nachdenken über die Probleme der Ernährung bei uns und in der Dritten Welt zu bringen.
Der folgende Artikel stellt die Aktion vor und geht auf die Details und Probleme bei der Realisierung ein. Er beschränkt sich dabei ausdrücklich auf die Beschreibung der Durchführung und verzichtet weitgehend auf eine Begründung der Aktion.
Die Frage, ob ein geringerer Fleischkonsum in den industrialisierten Ländern über einen Rückgang der Futtermittelimporte aus der Dritten Welt dort tatsächlich zu einer Verbesserung der Versorgung mit Nahrungsmitteln führt, wrid kontrovers diskutiert.
Der Hunger in vielen Ländern der Dritten Welt steht sicher in engem Zusammenhang mit der Tatsache, daß weltweit 50 % des erzeugten Getreides an das Vieh verfüttert wird (die EG importiert jährlich etwa 80 Mio t an Kraftfutter aus Entwicklungs-Ländern) und daß sieben pflanzliche Kalorien aufgewendet werden müssen, um eine tierische Kalorie zu erzeugen. Die weltweite Getreideproduktion würde mehr als genügen, um alle Menschen ausreichend zu ernähren. Dem steht jedoch gegenüber, daß ein Verzicht der industrialisierten Länder auf Agrarimporte aus der Dritten Welt dort nicht unbedingt eine Verbesserung der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln bedeuten wird. Denn Nahrungsmittel bekommt auch in der Dritten Welt nur der, der sie auch bezahlen kann (von Hilfsaktionen einmal abgesehen). Agrarmultis, Großgrundbesitzer und teilweise auch kleiner Bauern, die landwirtschaftliche Güter für den Export produzieren, werden bei einem Überangebot von Futtermitteln versuchen, andere profitversprechende (Export-) Produkte anzubauen. Ein zusätzlicher Anbau von Nahrungsmitteln für die arme Masse der Bevölkerung, die praktisch keine Kaufkraft besitzt, ist dagegen nicht zu erwarten. Darüberhinaus werden exportorientierte Entwicklungsländer versuchen, ihre Exportprodukte dem Weltmarkt anzupassen, also zum Beispiel anstelle von Futtermitteln den Anbau anderer exportfähiger Produkte fördern, damit sich die Devisen-Einnahmen nicht verringern. Die Ernährungslage in der Dritten Welt hängt entscheidend auch von den politischen Verhältnissen in den jeweiligen Ländern ab.
Die Argumente für und wider den entwicklungspolitischen Sinn eines Fleischverzichts können hier nur angerissen werden (abgesehen von den anderen Aspekten wie der gesünderen und vollwertigeren Ernährung). Diese Diskussion wird an anderer Stelle fortgeführt werden müssen.
Der folgende Artikel soll einzig eine wirkungsvolle Aktionsform vorstellen, die es Dritte-Welt-Gruppen ermöglichen kann, auch bei uns die Theorie in konkretes Handeln umzusetzen.

Red.

Entstehungsgeschichte
Der AK Welternährung arbeitet seit 1979 in verschiedener Besetzung zusammen. Ausgangspunkt waren allgemeine Fragen zum Problem Welternährung, wie sie von Collins und Lappé in „Vom Mythos des Hungers" beschrieben werden. Bald verlagerte sich der Schwerpunkt von der sogenannten „Dritten Welt" zu den Zusammenhängen zwischen dem Überfluß in den Industrieländer und dem Hunger in der „Dritten Welt". Mittelpunkt war hier die Struktur unserer Landwirtschaft, die EG-Agrarpolitik, Konsumgewohnheiten und Nahrungsmittelhilfe. In diesem Rahmen arbeitete der AK auch an der DEAB-Broschüre „Europäische Nahrungsmittelversorgung und Dritte Welt" mit.

Nach dieser hauptsächlich theoretischen Arbeit, die allerdings von einigen kleineren öffentlichen Veranstaltungen begleitet wurde, suchten wir nach einer Möglichkeit, an einen größeren Personenkreis heranzutreten. Hier bot sich in Tübingen eine Aktion in den Mensen an. Wir gingen davon aus, daß im Zusammenhang mit unserer täglichen Nahrung die Verbindungen zwischen Überfluß und Unterernährung gut aufgezeigt werden konnten. Hier konnte auf die Nahrungsmittelvernichtung durch Fleischproduktion, die EG-Agrarpolitik — vor allem im Zusammenhang mit Futtermittelimporten aus „Entwicklungsländern" — und auf Konsum- und Ernährungsgewohnheiten hingewiesen werden.[1]

Ein vegetarisches Essen in der Mensa sollte zum einen beispielhaft für eine vollwertige Ernährung stehen, die weder die „Dritte Welt" noch unsere Ressourcen belastet. Zum anderen sollte es als Transportmedium für die Darstellung der politischen Zusammenhänge dienen und die Konkretisierung von politischen Forderungen ermöglichen.

Vorbereitung
Unsere Zielvorstellung war, daß während einer Woche in der Mensa neben dem Stammessen eine vollwertige vegetarische Mahlzeit zum selben Preis (DM 2,20) angeboten wird.
Es kam uns entgegen, daß die Tübinger Mensa schon mehrere Sonderwochen — meist in Zusammenarbeit mit Fir-

men — durchgeführt hatte (Fischwoche, Sojawoche, Französische Woche). Hierbei sollte die Vegetarische Woche vor allem im Kontrast zur „Sojawoche" stehen, wo der Fleischbestandteil einer normalen Mahlzeit durch ein industrielles Sojaprodukt ersetzt wurde. Da der Tübinger Mensaleiter — auch inhaltlich — hinter unserer Idee stand, wurde grundsätzlich Bereitschaft gezeigt, eine „Vegetarische Woche" durchzuführen.

Die konkrete Vorbereitung begann mit dem Heraussuchen von großküchentauglichen vegetarischen Rezepten. Die Gerichte sollten hauptsächlich jahreszeitgemäße Produkte unserer Agrarregion verwenden und aus vollwertigen Ausgangsstoffen hergestellt werden. Grenzen waren durch den vorgegebenen Kostenansatz bei der Mensa gegeben. Weiterhin mußten die jeweiligen Mahlzeiten mit den in den Küchen vorhandenen Mitteln relativ einfach zubereitet werden können; so daß sich der Mehrarbeitsaufwand in Grenzen hielt. In den Tübinger Mensen werden täglich 13.000 Essen ausgegeben, wobei viele Fertigprodukte verwendet werden.

Wir schlugen eine ganze Anzahl von Rezepten vor, von denen sich die Küchenanleitung geeignete heraussuchte, diese ergänzte und neue hinzufügte.

Zu jedem Essen sollte es ein eigenes Flugblatt geben, das konkret auf das Essen Bezug nahm und weitere Informationen enthielt. In einem weiteren Flugblatt sollte die Aktionswoche rechtzeitig angekündigt werden.

Beim Inhalt der einzelnen Flugblätter mußten in Verhandlungen mit Mensa und Studentenwerk Interessenkonflikte ausgeglichen werden.

Wir wollten unsere Informationen und Vorstellungen möglichst vollständig anbringen. Dabei mußten sie auch so gefaßt werden, daß auch das Studentenwerk als Anstalt des öffentlichen Rechts dahinterstehen konnte, ohne sich in den Verdacht der Einseitigkeit zu bringen. Dies war auch deshalb notwendig, weil das Studentenwerk die Druckkosten der Tagesflugblätter tragen sollte. Wir wären dazu nicht in der Lage gewesen, immerhin sollten sechs Flugblätter mit einer Auflage von je 5000 gedruckt werden.

Demgegenüber ging es dem Studentenwerk eher darum, durch die Woche eine gewisse Werbung zu erhalten.

Letztlich war es dem persönlichen Engagement des Tübinger Mensaleiters zu verdanken, daß sich unsere Vorstellungen auch gegenüber den der Mensaleitung übergeordneten Stellen des Studentenwerks durchsetzen konnten. Es entstand folgender Speiseplan mit den dazugehörigen Tagesflugblättern:

Auf den Flugbättern war noch das Rezept des jeweiligen Tages abgedruckt, sowie allgemeine Informationen zum Nährwert.

Zu diesen vom Studentenwerk mitgetragenen Flugblätter wollten wir noch ein eigenes, von uns finanziertes, verteilen, in dem wir keine Rücksicht auf die Belange des Studentenwerks nehmen mußten, (Thema: Europäische Nahrungsmittelversorgung und Dritte Welt).

Als eines der Hauptprobleme bei der Durchführung der „Vegetarischen Woche" erwies sich die Zusammenarbeit mit den Köchen. Im Gegensatz zum Mensaleiter waren sie wenig überzeugt. Ihre Einstellung war von den üblichen Vorurteilen gegenüber vegetarischer Küche geprägt, ihnen fehlte das Interesse am politischen Hintergrund. Zudem kam eine erhebliche Mehrbelastung auf sie zu. Diese Gegensätze konnten auch bei einem gemeinsamen vegetarischen Essen mit Mensaleiter, Chefköchen und Ak-Mitglieder nicht ausgeräumt sondern nur eine Bereitschaft zum Mitmachen erreicht werden. Hierauf wäre bei zukünftigen Aktionen einer der Hauptaugenmerke zu richten. Zwar können die Köche angewiesen werden, bestimmte Mahlzeiten zu kochen, letztlich bestimmen sie jedoch die Qualität des Essens und damit auch den Erfolg der Aktion.

Die Vorbereitungszeit dauerte ca. sechs Monate.

Durchführung

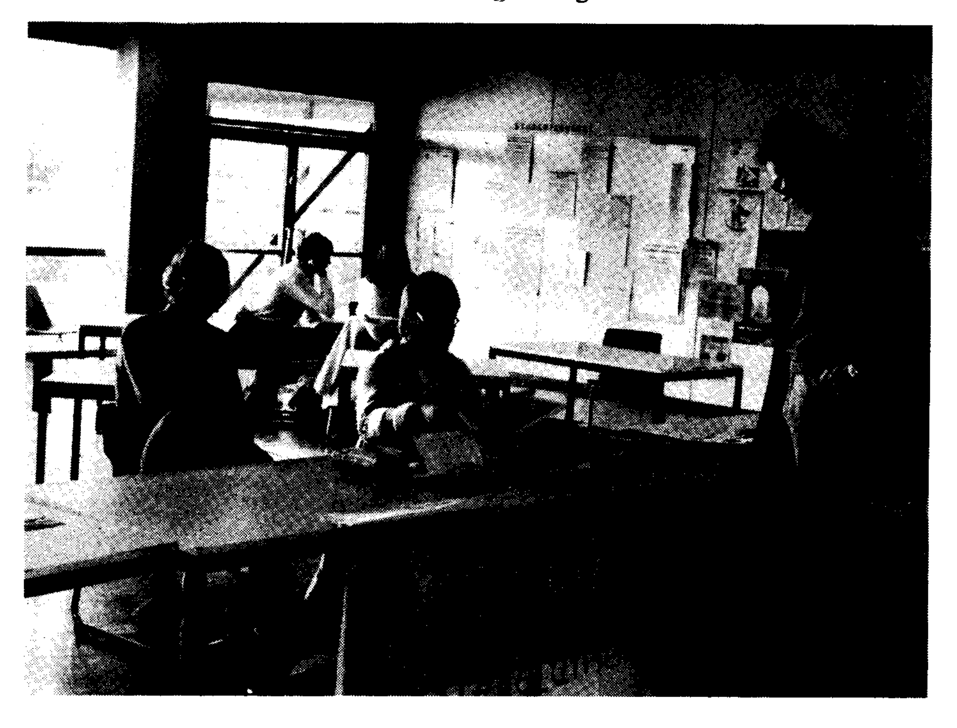
Die „Vegetarische Woche" fand in der Woche vom 24.-28. 10. in drei von vier Mensen des Studentenwerks Tübingen statt (Mensa Wilhelmstr., Morgenstelle, PH-Reutlingen). Hierbei wurde das vegetarische Essen z. T. an den Bändern ausgegeben, wo sonst das Stammessen ausgegeben wurde.

Während der Essenszeiten stellten wir Infotische auf, wo wir Bücher auslegten und zur Diskussion bereitstanden. Es war allerdings nicht möglich, an jedem Tag in allen drei Mensen einen Tisch aufzustellen.

An einem Abend (Mittwoch) führte der AK eine Veranstaltung „Hunger durch Überfluß? — Europäische Nahrungsmittel Versorgung und Dritte Welt" durch. Dort wurden in vier Referaten (Hunger durch Überfluß?; EG-Politik; Machtstrukturen bei der Nahrungsmittelerzeugung; Verantwortung des Verbrauchers) einzelne Problemkreise vertieft.

Diese Info-Veranstaltung besuchten ca. 75 Personen besucht, darunter auch einige Nichtstudenten. Dies waren erheblich mehr, als bei einer vergleichbaren Veranstaltung im Februar. Die Diskussion war nicht allzu intensiv. Dies mag mit daran gelegen haben, daß beim studentischen Publikum eine gewisse Informationsüberfütterung vorlag, zumal die Mensawoche direkt im Anschluß an die Friedenswoche lag. Andererseits war uns neben den sonstigen Vorbereitungen nur recht wenig Zeit verblieben, die Veranstaltung gut zu gestalten.

Das Essen wurde von den Studenten gut aufgenommen. Zahlreiche bekun-



deten Interesse an einem weiteren Angebot vegetarischer Kost, auf völlige Ablehnung sind wir nicht gestoßen. Dies mag daran gelegen haben, daß Leute, die Vorurteile gegen das Essen hatten, von vornherein das ebenfalls angebotene Stammessen nahmen und auch nicht den Kontakt an den Tischen suchten. An mehreren Tagen ging das vegetarische Essen aus.

Die Gerichte waren entgegen unseren Befürchtungen gut, sie lagen alle über dem durchschnittlichen Mensaniveau. Die Köche hatten sich trotz der Vorurteile und der Mehrbelastung Mühe gegeben.

Die Tagesflugblätter waren sehr gefragt. Bei den Infotischen wurde regelmäßig nach weiteren Blättern — und auch nach welchen der Vortage — gefragt. Wir gehen daher davon aus, daß die auf den Tischen verteilten Flugblätter mit nach Hause genommen wurden. Hauptanziehungspunkt war allerdings zunächst das jeweils abgedruckte Rezept. Dies bezeugt, daß das Interesse an vegetarischem Essen recht groß war.

Zwar lag uns mehr an den Informationen, jedoch erscheint es wichtig, daß die Flugblätter nicht weggeworfen wurden. So werden sie vielleicht später noch gelesen.

Die sonstige Nachfrage an den Tischen war zunächst gering. Die ausgelegten Bücher und Hefte wurden wenig gekauft, das Gespräch mit den AK-Mitgliedern wenig gesucht. Hauptsächlich traten Leute an uns heran, die ohnehin schon einen Draht zum Thema hatten, von denen wir dann auch positive Resonanz bekamen. Erst gegen Ende der Woche schien eine stärkere Verbindung zwischen der „Vegetarischen Woche“ und den Infotischen des AK hergestellt. Es wurde verstärkt nachgefragt, Diskussionen fanden auch mit Studenten statt, die noch nicht von der Thematik berührt waren. Dies zeigt, daß in der Vorzeit eine bessere Information unsererseits wichtig gewesen wäre. Für das Küchenpersonal war die Aktionswoche eher ein Streß. Durch das Wegfallen von Fertigprodukten entstand eine starke Mehrbelastung, zum Teil mußte bis spät nachts Getreide gemahlen werden. Hier ließe sich einiges durch eine noch gezieltere Auswahl der Rezepte verbessern. Zum anderen fehlte die Routine zum Kochen vegetarischer Gerichte. Vielleicht lohnt es sich in dieser Beziehung einmal, mit anderen vegetarisch kochenden Großküchen (z. B. antroposophische Krankenhäuser) in Verbindung zu treten.

Seit der „Vegetarischen Woche“ wird in den Mensen verstärkt vegetarisches Essen angeboten. In der Anschlußzeit gab es fast jede Woche ein Gericht als Stammessen (nicht zusätzlich). Allerdings ließ hier mit der Zeit die Qualität nach und auch die Häufigkeit nahm ab. Dies kann daran liegen, daß die Köche auf die Dauer nicht bereit sind, eine Mehrarbeit auf sich zu nehmen.



Der tübinger Mensaleiter ist in der Sache weiter aktiv. Er hat die Rezepte und Flugblätter an andere Mensen weitergegeben, um dort ähnliche Aktionen anzuregen. Allerdings muß auch bei anderen Mensen eine solche Aktion mit politischem Inhalt gefüllt werden, damit sie nicht beim gesundheitlichen Aspekt vegetarischer Ernährung stehen bleibt. Weiterhin werden sich anderen Mensen nur dazu bereit erklären, wenn ein Interesse durch die ansässigen Studenten bekundet wird. Hier bleiben Punkte, wo andere entwicklungspolitische Gruppen einhaken können.

Insgesamt waren wir mit dem Ablauf und dem Ergebnis der Woche zufrieden. Man muß sich bei einer solchen Mensaaktion von vornherein im klaren sein, daß fast ausschließlich Studenten angesprochen werden, aber auch hier

gibt es genügend Informationsdefizite. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob nicht vergleichbare Möglichkeiten in anderen Kantinen bestehen, wo ein anderer Personenkreis angesprochen wäre. Die vom BUKO geplante Futtermittelkampagne könnte einen guten Rahmen für gleichartige Aktionen geben.

Wer Interesse an weiteren Informationen oder an den Flugblättern hat, kann sich gerne an uns wenden (bitte mit frankiertem Rückumschlag!):

AK Welternährung

c/o Stefan Pawlak
Matthias Borgmann
Sandäckerstr. 82
7400 Tübingen 6

1) Im Rahmen dieses Berichts war es leider nicht möglich, ein Einführung zu Problemen der Welternährung zu geben. Wir verweisen insoweit auf u. a. 1. H. Stram: Überentwicklung – Unterentwicklung 2. Brot für die Welt: Hunger durch Überfluß 3. Collins-Lappe: Vom Mythos des Hungers

Vorwoche:

Einführungsflugblatt: Übersicht über Speiseplan, Zielsetzung, inhaltlicher Überblick

Mo., 24. 10.: Bündner Gerstensuppe, Pilzauflauf, Rotkrautsalat, Naturjoghurt

Flugblatt: „Bauern, Subventionen, Butterberge", EG-Agrarpolitik, Überschüsse

Di., 25. 10.: Griechischer Bauernsalat, Dinkelsbühler Grünkernsküchlein auf Blattspinat, Fruchtjoghurt

Flugblatt: „Getreide-Fleisch",

Nahrungsmittelvernichtung durch Fleischproduktion, Futtermittelimporte

Mi., 26. 10.: Andalusische Tomatensuppe, Wirsingpastete, Sauerkraut und Möhrenobst, Apfel aus BIO-Anbau

Flugblatt: „Obst-Gemüse", Exportproduktion in der „Dritten Welt", Überschüsse in der EG

Do., 27. 10.: Bohnensuppe Römerart, gefüllte Paprika, Kartoffelbrei aus frischen Kartoffeln, Zwetschgendatschi

Flugblatt: „Hülsenfrüchte", Nährwert, Bedeutung

Fr., 28. 10.: Kartoffelsuppe mit rohem Gemüse, Mexikanisches Reisgericht, bunter Salat, Quark

Flugblatt: „Verbraucherverhalten, Ernährungsgewohnheiten"









Verbot politischer Literatur im Gefängnis Bruchsal

Wie die politische Buchhandlung Jos Fritz in Freiburg mitteilt, hat die Leitung des Gefängnisses in Bruchsal am 11. 11. 83 eine Verfügung erlassen, die den Gefangenen Günter Sonnenberg und Roland Meyer, die als Mitlgieder der RAF verurteilt sind, den Bezug politischer Bücher und Broschüren untersagt. Kurze Zeit später erging auch gegen Bernd Rössner in Straubing eine entsprechende Verfügung.

Zahlreiche Verlage und Buchhandlung haben darauf hin in Schreiben an das Justizministerium Baden-Württemberg und die Leitung des Gefängnisses Bruchsal gegen die in dieser Maßnahme liegende Isolation der Gefangenen protestiert und die Rücknahme des Bücherverbots gefordert.

Die Gefangenen erhielten darauf hin ein Schreiben der Gefängnisleitung, in dem es unter anderem heißt: „Die Notwendigkeit, den Weg der Beschaffung des vorgenannten Lesematerials zu ändern, ergibt sich auch aus der zwischenzeitlich bekanntgewordenen Reaktion von Buchläden. Aus den diesbezüglichen, bislang sieben Protestschreiben (mittlerweile sind es 30), die inhaltlich zum Teil auch wörtlich übereinstimmen, geht hervor, daß die Verfügung durch Regierungsrat Rehring vom 11. 11. 1983 als Maßnahme betrachtet wird, gegen die hier einsitzenden Strafgefangenen Günter Sonnenberg und Roland Meyer sowie gegen diejenigen außerhalb der Anstalt lebenden Personen, die mit den vorgenannten Gefangenen für deren Interessen kämpfen. Diese Buchhandlungen sind offensichtlich bereit, die beiden Gefangenen in ihrem Widerstand mit den Mitteln des Buchhandels zu unterstützen."

Das Argumentationsmuster ist alt: Wer gegen eine Maßnahme staatlicher Zensur wendet, beweißt schon durch seinen Protest, daß die Maßnahme berechtigt war. Und wer sich um die Haftbedingungen von Gefangenen aus der RAF kümmert, wird gleich auch als „Unterstützer" mit den Zielen und Aktionen der RAF identifiziert. Die Drohung der Kriminalisierung ist dann deutlich genug.

Wer die Macht hat, hat das Recht!



REISENDE SCHULE – 3. WELT E.V.

Seminare in Warburg

8. - 11. Juni Afrikanischer Trommel- und Tanz-Workshop
10. - 12. Aug. Frauen in der 3. Welt
24. - 27. Sep. Politische Betroffenheit
5. - 7. Okt. Türkische Tänze und Musik

Workcamps in Warburg

Um unsere Tagungsstätte weiter auszubauen, veranstalten wir Workcamps
Ihr helft uns beim Bau, wir bieten ein Seminar zu Afrika, Türkei, 3. Welt-Theater, Maskentheater, Körperselbsterfahrung.
Termine: 23. - 25.
23.-25. Mai, 23. Juli, 3. August, 27.-31. August, 17. - 21. September, 15. - 19. Oktober, 5. - 9. November.
Programm anfordern!

Info-Seminare: Reisende Schule – Was ist das?

Für alle, die uns, die Erfahrungen aus bisherigen Kursen und die neuen Ideen der Reisenden Schule kennenlernen wollen:
4. - 6. Mai/13. - 15. Juli/7. - 9. September/9. - 11. November

Reisende Schule – 3. Welt e.V.
Bördestr. 3 Menne
3530 Warburg/Westf. 1
05641 - 8954

Obervolta-Kurs

Ein Land Afrikas intensiv kennenzulernen ist das Ziel dieses neunmonatigen Kurses. Nach zwei Monaten gemeinsamer Vorbereitung in der BRD steht ein Sprachkurs in ‚Moré' oder ‚Dioula' zu Beginn des fünfmonatigen Aufenthalts in Obervolta.

Die Gruppe wird sich dann in Kleingruppen aufteilen, um bei verschiedenen Selbsthilfegruppen mitzuhelfen und das Dorfleben kennenzulernen.

Dauer: 1. Juni 1985 - 28. Feb. 1986,
Kosten: DM 6.500.— (Das Geld wird von den Teilnehmern selbst verwaltet und soll für alles reichen, was während der 9 Monate anfällt.)
1. Vorbereitungstreffen: 22. - 24. Juni 1984

Medienverleih

Filme und Ton-Dia-Reihen könnt ihr gegen einen Unkostenbeitrag von DM 15.— bei uns ausleihen:
— KLASSE BANANEN: ein vertonter Super-8mm-Film des Ecuador — Kurses 82
— DAS GESCHÄFT MIT DEM BLUT DER MEXIKANER: eine Ton-Dia-Serie des Mexico-Kurses 83
— FRAUENLEBEN IN OBERVOLTA — ZWISCHEN TRADITION UND FORTSCHRITT: eine Ton-Dia-Serie des Obervolta-Kurses 84

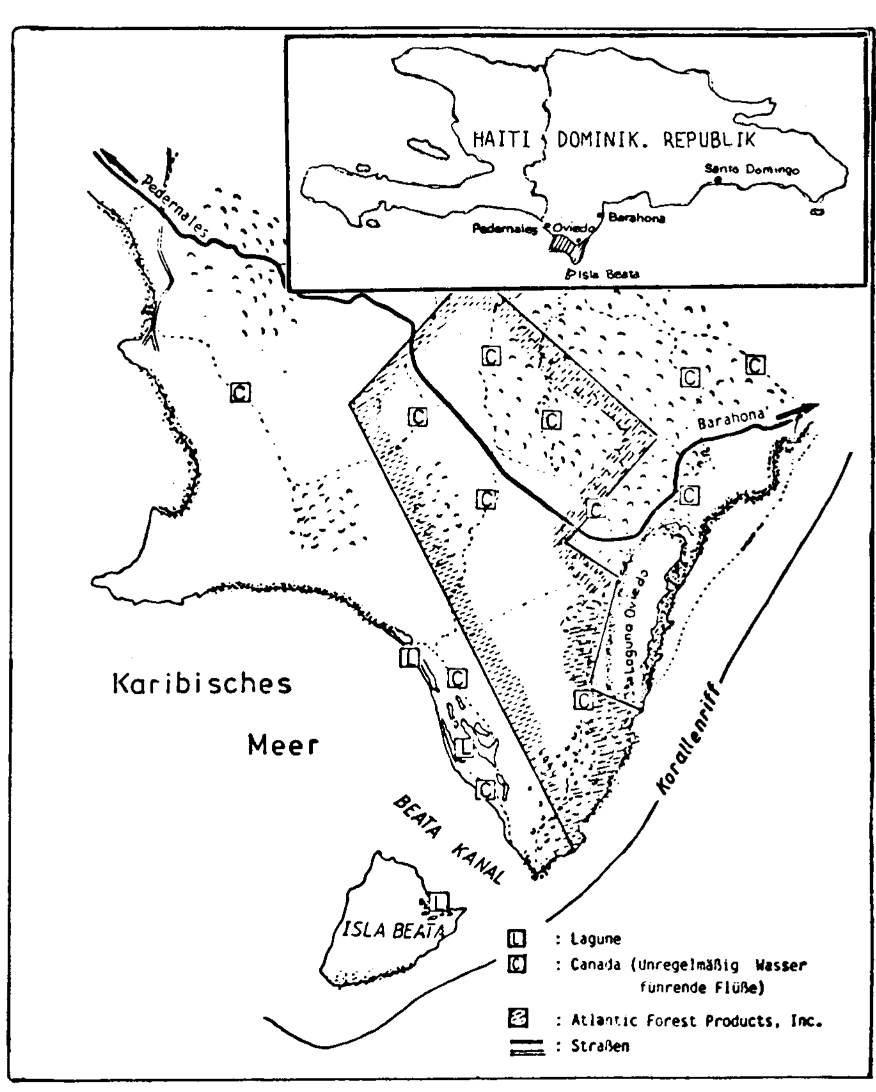
Klärschlammkompost als Trojanisches Pferd

Umweltverschmutzung in der III. Welt

In einer Zeit, in der wir mit dringenden ökologischen Problemen konfrontiert sind, muß nach Lösungswegen gesucht werden, um unseren Lebensraum erhalten zu können.
Aus diesem Grunde wurde auch die Initiative einer amerikanischen Firma ohne Argwohn registriert, die sich in der Dominikanischen Republik für die Durchführung eines Agrar- und Forstwirtschaftsprojekts einsetzte. Sie schlug vor, Gebiete mit Hilfe von Kompostierung für die moderne Land- und Forstwirtschaft zu erschließen.
Die Geschwindigkeit — bei den sonst eher betulich handelnden lateinamerikanischen Behörden — mit der die ganze Genehmigungsprozedur über die Bühne gezogen wurde, gab den ersten Mißtrauensanstoß und führte, glücklicherweise, zu weiteren Nachforschungen und Untersuchungen.
Dabei kam ein solches Ausmaß an wissenschaftlichem Betrug und Mißachtung von nicht erneuerbaren Naturressourcen und der damit verbundenen ökologischen Folgen für Mensch, Fauna und Flora zu Tage, wie sie sonst selten bekannt werden.

VOM KARIBISCHEN PARADIES ZUR MÜLLDEPONIE — Halbinsel Barahona

Die Bewohner der Halbinsel Barahona, im südlichen Teil der Dominikanischen Republik, nicht weit von den Grenzen zu Haiti, dachten, daß sie nach Jahren der Vergessenheit in ein vielversprechendes gemeinsames Entwicklungsprojekt der Landesregierung und einer amerikanischen Firma, der Atlantic Forests Products Inc. einbezogen würden. Das Aufbringen von Kompost auf bisher nicht genützte Flächen sollte den Anbau von Pflanzen und das Halten von Rindern ermöglichen, um dadurch die Nahrungsversorgung und das Einkommen zu verbessern. Bald wurden diese Träume von einer besseren Zukunft für die Bevölkerung zum Alptraum: Nicht organischer Kompost sollte dafür verwendet werden, sondern Rohabwässer aus den mit Umweltgiften hoch belasteten amerikanischen Städten, die auf Grund der in den USA geltenden Umweltbestimmungen nicht in die dortige Landwirtschaft eingebracht werden dürfen.



Der Standort des „Entwicklungsprojektes": Oviedo

Das ausgesuchte Gebiet liegt auf der Halbinsel Barahona. Eine kleine Stadt und eine 30 km² große Lagune geben dem Projekt seinen Namen: Oviedo.
Das Projekt weist zwei gänzlich unterschiedliche Landschaftsprofile auf: Das eine umfaßt flaches Land zwischen der Stadt Oviedo und der Lagune Oviedo, das landwirtschaftlich überwiegend zum Anbau von Baumwolle und Sorghum genutzt wird. In diesem Teil befindet sich auch die landwirtschaftliche Siedlung „Sabana Sansón" (Besitz des dominikanischen Agrarinstituts).
Beim anderen handelt es sich um hügeliges, kalksteiniges Land mit hoch durchlässigen Böden, das mit dichten Wäldern bestanden ist. Teilweise ist noch Primärwald vorhanden.
Die durchschnittliche Niederschlagsmenge liegt bei 800 mm / Jahr, bei Durchschnittstemperaturen von 26° C. Aufgrund der unregelmäßigen Niederschlagsverteilung herrscht zwischen November und April eine Trokkenzeit.
Die Bevölkerung forderte deshalb mehrfach von der Regierung ein Bewässerungsprogramm zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Anbaumöglichkeiten — jedoch ohne Erfolg.

Der Antragsteller begutachtet sich selbst

Im Laufe des Jahres 1981 erstellte die amerikanische Firma, Atlantic Forests Products Incooperated (AFP) eine Studie, die ein „integriertes agroindustrielles und forstwirtschaftliches Projekt" vorschlägt, in dem Abfälle -genauer gesagt Abfallderivate- „zur organischen Bodenverbesserung und Düngung" verwendet werden. Gleichzeitig ist die Durchführung eines Kontrollprogrammes vorgesehen, um die Auswirkungen auf die Umwelt wissenschaftlich zu erfassen und auszuwerten. Diese Studie wurde dem Landwirtschaftssekretär (etwa einem Staatsminister vergleichbar) Hipolito Mejia D., Ing. agr., am 29.1.1982 vorgelegt. Als Vergleichsprojekte wurden Dünge- und Bodenverbesserungsversuche mit Klärschlämmen in der Prärie von Illinois/USA genannt.

Mit den zu kompostierenden Klärschlämmen, die 80 - 90 % Wasser enthalten, sollen der Wasserhaushalt und die Bodenfruchtbarkeit auf der Halbinsel verbessert werden (1 Tonne Klärschlamm auf 55 m^2 Boden pro Jahr). Ziele dieser Maßnahme sind im Einzelnen:

— Steigerung der Nahrungsmittelproduktion (Obst, Gemüse, Getreide)
— Integrierte Waldweide-Tierproduktion (Silvopastoralismus)
— Förderung der Brenn- und Bauholzproduktion

Ingenieur Mejia verlangte zusätzlich eine sogenannte Umweltverträglichkeitsstudie vom Antragsteller AFP (ein gelinde gesagt ungewöhnliches Verfahren, den Antragsteller die eigene Begutachtung erstellen zu lassen!). Dieses Gutachten wurde dem Landwirtschaftssekretär am 24.2.1982 nachgereicht. Es nennt — mit Verweis auf wissenschaftliche Veröffentlichungen des US „Council on Environmental Quality" und des „National Environmental Policy Act" — folgende Wirkungen des Projektes auf die Umwelt:

— „Verbesserung der Bodenphysiologie und Schaffung erstklassiger Böden
— Verbesserung des Wasserhaushaltes und Grundwasserschutz
— Verbesserung der Vegetation in ariden Zonen
— Umwandlung von marginalem Gelände in Landwirtschafts- und Forstwirtschaftsgebiete
— Erhöhung der natürlichen Ressourcen und deren Schutz in Form von land- und forstwirtschaftlichen Flächen
— Entwicklung der Region durch Schaffung neuer Arbeitsplätze, Erweiterung und Stabilisierung der ökonomischen Basis".

Die nachstehenden Auflagen müßten jedoch zusätzlich bei der Projektplanung bzw. -durchführung erfüllt werden:

— „Detaillierte Beschreibung der Materialien und Aktivitäten, die in das Projekt eingeführt werden
— Einschätzung der Konsequenzen für Umwelt (Luft, Wasser, Boden) und Ökonomie
— Beschreibung der Methoden und Kriterien um unerwünschte Konsequenzen zu mildern und positive zu vergrößern
— Negativ-Positiv-Vergleich auf die Umwelt."

In dem von der AFP nachgereichten „Umweltverträglichkeitsstudie" werden folgende mögliche Risiken erwähnt:

Die Schwermetallhaltigen Abfallderivate werden den Schwermetallanteil im Boden erhöhen. Dieser Anteil soll unter einer „annehmbaren Sicherheitsgrenze" gehalten werden, indem, laut Studie, nach den Richtlinien der US-Environmental Protection Agency und dem US-Apartment of Agriculture verfahren werden soll. Ebenso ist beabsichtigt, die Risiken einzudämmen, die durch erhöhte Ausbringung an krankheitserzeugende Keimen hervorgerufen werden. Im Gutachten wird jedoch an keiner Stelle beschrieben, mit Hilfe welches Kompostierverfahren dies erreicht werden soll. Bei den im Projekt verwendeten Mengen an Klärschlamm gibt es bisher kein Kompostierverfahren, das den Anteil an pathogenen Keimen im Kompost wirksam herabsetzt.

Der Landwirtschaftssekretär schrieb am 25.2.1982, also einen Tag nach Eingang der Umweltverträglichkeitsstudie, an die AFP, daß das Projekt einen Monat lang geprüft und untersucht wurde, und daß er es, da es die von seiner Behörde gewünschten Entwicklungsziele verfolge, genehmigen werde. Was seine Bedenken bezüglich der Umweltverträglichkeit des Projekts anbetreffe, führte der Sekretär weiter aus, seien sie durch das Schreiben vom 24.2.82 völlig ausgeräumt worden. Er erhoffe sich, daß die AFP unter seiner Anleitung die notwendigen Kontrollen durchführen werde (auf Brief vom 25.2.82). Es wurde vereinbart, daß ein Techniker aus dem Landwirtschaftssekretariat die Kontrollen durchführt, aber von der AFP bezahlt wird. Am 20.3.1982 trafen sich Vertreter der Firma mit Beamten der landwirtschaftlichen Behörde, setzten die Verhandlungen im April fort und zogen das dominikanische Agrarinstitut (IDA) und das Grundbuchamt hinzu.

Da das für das Projekt erkorene Gebiet zu dem für die Agrarreform — seit 1971 per Gesetz beschlossen und 1976 bestätigt (Decreto 1732) — bestimmten Flächen gehören, hat der Staat keinen Zugriff mehr. Da außerdem Teile dieser Fläche wegen ihrer Flora und Fauna zum Nationalpark (Decreto 2217) erklärt wurde, sind Eingriffe zusätzlich durch das internationale Artenschutzabkommen untersagt.

Am 27.5.1982 wird an den in diesem Randgebiet für die öffentliche Verwaltung zuständigen Direktor Major Carrasco ein Pachtpreis-Vorschlag abgeschickt. Am 19.6.1982, kurze Zeit nachdem eine Delegation der AFP den Vorgesetzten von Major Carrasto, den Oberkommandierenden des Heeres, General H. Lachapelle Suero besucht hatte, wurde ein Pachtvertrag unterzeichnet.

Der Pachtvertrag bezieht sich auf 31.250 Hektar. Der Preis beträgt 16 Peso pro Hektar (Bei Vertragsabschluß entsprach ein Peso einem US-Dollar. Heute wird der Peso immer schwächer, z.Zt. entspricht er etwa einem halben Dollar).

Am 8.7.1982 wurde das Projekt zum erstenmal in der nationalen Presse der Öffentlichkeit vorgestellt. Plötzlich wurde von allen Seiten Kritik laut und störte die bisherige Planung.

Der Präsident des dominikanischen Institutes für Bio-Konservation, Antonio Thomén, bezeichnete das Projekt als ernsthaften Angriff auf das natürliche Potential der Region und als äußerst gefährlich für Mensch, Fauna und Flora. Diese Kritik wurde von den Bewohnern der betroffenen Gebiete, den Medien, mehreren dominikanischen Wissenschaftlern und Abgeordneten aufgegriffen.

Ökologische Besonderheiten der Halbinsel Barahona

Bezüglich der Flora und Fauna stellt diese Region eine ökologische Besonderheit dar.

1. Fauna: Im südlichen Teil der Halbinsel konzentrieren sich 119 Vogelarten,

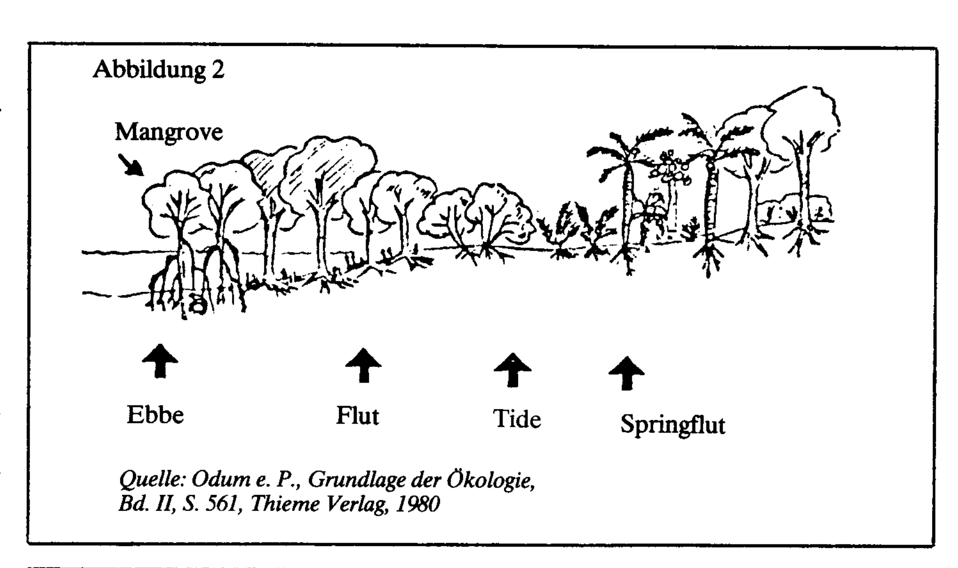
das entspricht 52 % der Vogelwelt der Dominikanischen Republik. Davon gehören 43 Arten zu karibischen Zugvögeln, die an Lagungenökosysteme gebunden sind.
In den Mangrovenwäldern findet eine reichhaltige und differenzierte Fauna ihren Lebensraum. Eine Anzahl dort lebender Tiere wie z.B. verschiedene Meeresschildkröten, Leguan- und Vogelarten stehen auf der Liste der vom Aussterben bedrohten Arten (Art. 11 des internationalen Abkommen für bedrohte Arten).
Für die Bevölkerung bilden die fischreichen Lagunen und die Küsten nahen Gewässer die wichtigste Nahrungs- und Einkommensquelle.
2. Flora: Nach Berichten des Landwirtschaftssekretariats finden sich im Projektgebiet die dichtesten Wälder der Region. Oberflächenwasser fließt in Bächen und Flüssen, oftmals mit wandernden Fließbetten, nur unregelmäßig. Aufgrund der durchlässigen Böden wird das Grundwasser laufend mit Filtrationswasser[1] angereichert.

Mangroven-Wälder bzw. Mangroven Sumpfwälder sind wichtige „Landbildner", die das Entstehen von Inseln und die Landgewinnung an den Küsten begünstigen. Mangroven gehören zu den wenigen höheren Landpflanzen, die das Salzwasser des offenen Meeres ertragen. Die Pflanzen haben ausgedehnte Stützwurzeln, die die Gezeitenströme bremsen, umfangreiche Ablagerungen an Schlamm und Schlick anlagern und Fläche zum Anheften mariner Organismen liefern (siehe Abb. 2).
Die Mangrovengürtel ermöglichen nicht nur die Bildung fruchtbarer Böden, sondern bilden die Lebensgrundlage für Meeresfrüchte und die Brutstätten für Fische. Durch die verschiedenen Vegetationsstufen werden die Küsten gegen die Gezeiten geschützt und abgeschottet (Abb. 2 und 3).
Die Mangrovenwälder sind außerdem Lieferanten von Holz, Früchten, Arznei und Alkohol.

Das Oviedo-Projekt: ein Angriff auf Mensch und Natur

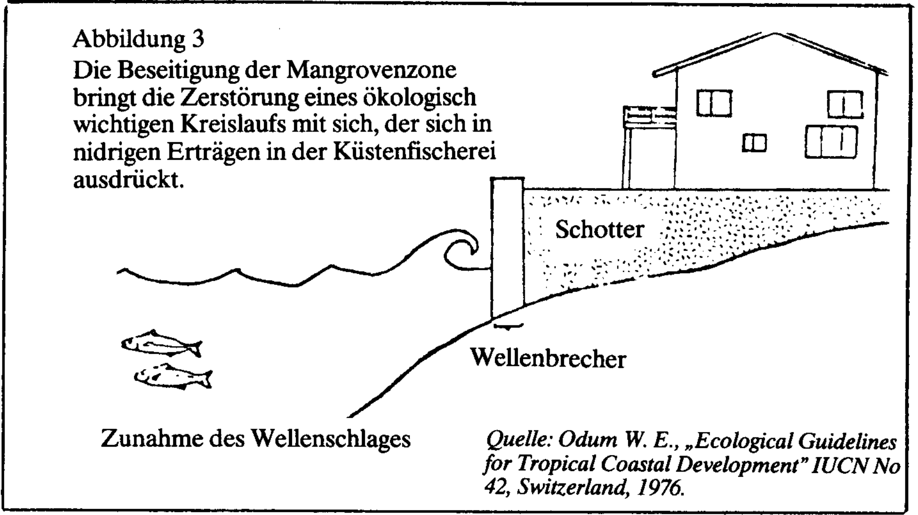
Zwischenzeitlich gibt es einen breiten Widerstand gegen dieses Projekt. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich der höchst fragliche Nutzen des Projekts recht deutlich.
Die AFP behauptet, daß sie auf der ca. 33.000 ha großen Fläche folgende Produktionsmengen erwirtschaften wird:

Abbildung 2



Quelle: Odum e. P., Grundlage der Ökologie, Bd. II, S. 561, Thieme Verlag, 1980

Abbildung 3
Die Beseitigung der Mangrovenzone bringt die Zerstörung eines ökologisch wichtigen Kreislaufs mit sich, der sich in nidrigen Erträgen in der Küstenfischerei ausdrückt.



Quelle: Odum W. E., „Ecological Guidelines for Tropical Coastal Development" IUCN No 42, Switzerland, 1976.

19500 - 28000 t Mais
8500 - 11000 t Soja
15000 - 25000 t Gemüse
4000 Rinder
für 6 - 10 Mio US $ Obst
Dafür will sie 37 Mio US-$ investieren.
In keiner Aussage und keinem Dokument läßt die Firma erkennen, in welcher Zeitspanne oder in welcher Produktionsform sie diese unglaublichen Mengen erwirtschaften will.
Nimmt man nur zwei der Vorschläge genauer unter die Lupe, so ergibt sich folgender Sachverhalt:

1. Viehhaltung:

Angenommen man verteilt die 4.000 Rinder auf die gesamte Fläche, so ergibt sich eine Besatzdichte von 8,25 ha pro Rind, was schon für eine „verbuschte semi-aride Region", laut Gutachten, ziemlich anspruchsvoll wäre. Normalerweise rechnet man in der Dominikanischen Republik mit 10 - 15 ha pro Rind. Aber wenn nun die 4.000 Rinder die gesamte Projektfläche beanspruchen, wo soll dann der nicht gerade bescheiden ausgefallene Rest produziert werden?

2. Forstwirtschaft

Nach dem Gutachten ist die vorhandene Vegetation arm und soll durch „schnell wachsende tropische Baumarten ersetzt werden". Dafür sollen die vorhandenen Bäume abgeholzt werden. Nach Angaben von dominikanischen Quellen beträgt die Holzrentabilität pro Hektar mindestens 1600 US-$ in diesem Gebiet, da es sich teilweise um Edelhölzer handelt. D.h. bei der Hälfte des Projekt-Gebietes, das mit Holz bestanden ist, bringt es der AFP unmittelbar mindestens 25 Mio $ ein. Abgesehen von den vielen Problemen, die großflächige Abholzungen hervorrufen (Erosion, Humusauswaschung, Verarmung der Flora und Fauna etc.), verschenkt die Dominikanische Republik dringend notwendige Devisen.

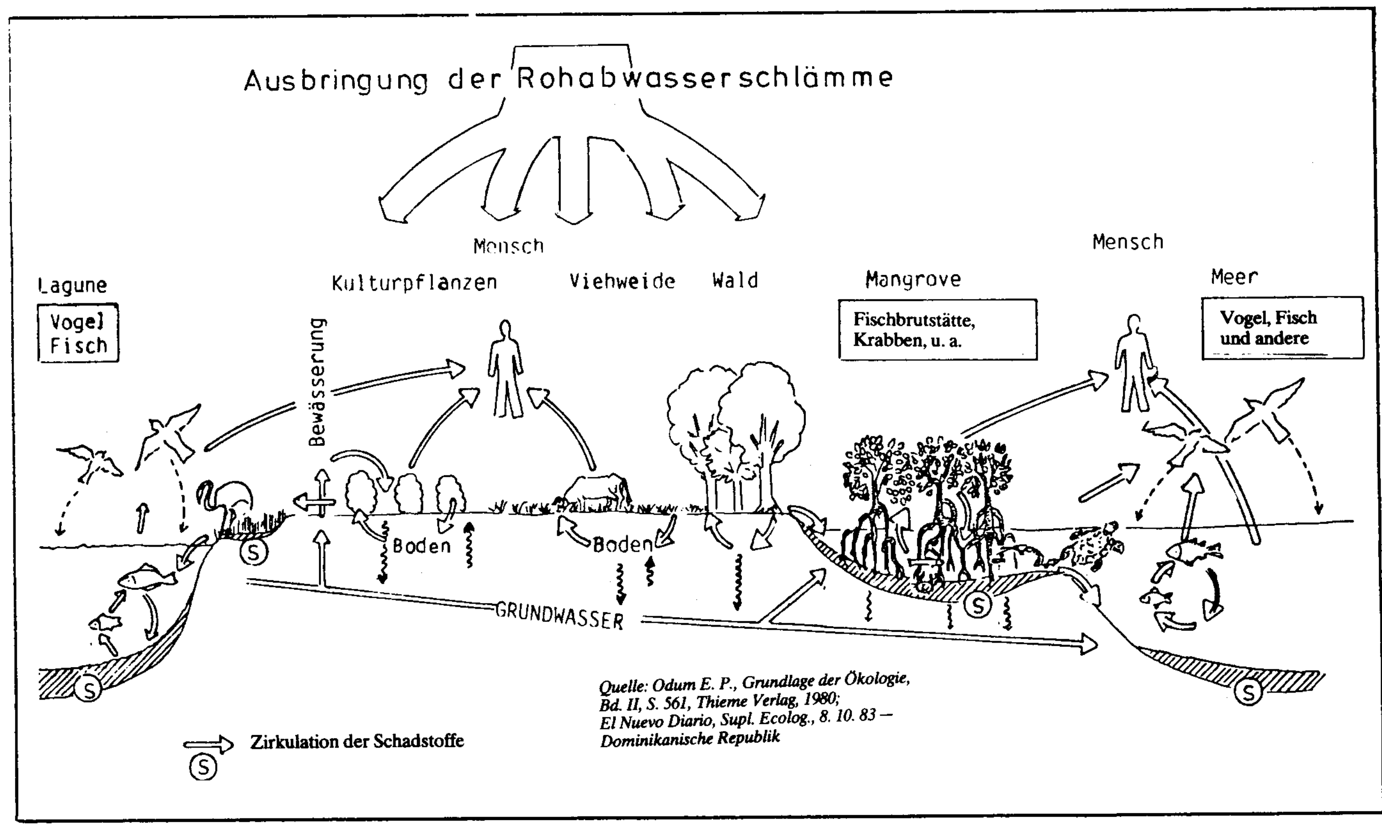
Die AFP will nun dieses ganze Produktions-Wunder durch kompostierten Rohklärschlamm aus den USA — jährlich 6 Mio t — häusliche und industrielle Abwasserderivate (Derivate = Abbauprodukte) erreichen. Der mit 90 % Wasseranteil und z. Teil mit hohen

Schwermetallgaben „angereicherte" Schlamm soll nach einem ungenannten Kompostierungsverfahren das Bodenleben aktivieren, düngen und verbessern.

Umweltbelastung durch Schwermetalle

Die AFP gibt freimütig zu, daß die „Komposte" mit Schwermetallen angereichert sind. Sie erwähnt Cadmium, Blei, Quecksilber, ohne die Anteile zu nennen oder deren Gehalt bei jedem Transport prüfen zu lassen. Nur der Gehalt von Zink (Zn) wird genannt: So sind im angelieferten Abwasserschlamm 1170 - 2270 ppm²(mg/l) Zink enthalten.
Aber bereits bei 400 - 500 ppm hat man toxische Wirkungen bei Kulturpflanzen beobachtet. Die Klärschlammverordnung von Hessen, die gewiß nicht industriefeindlich gehalten ist, gibt als maximalen Grenzwert für noch in der Landwirtschaft vertretbare Beaufschlagung 3000 ppm an. Allerdings sind dann „Düngepausen" von drei Jahren vorgesehen, wenn pro Jahr 50 t bei 10 % Feststoffen aufgebracht werden. Die AFP will 181 t bei 10 % Feststoffen ausbringen. Bei einer jährlichen Beschickung ist spätestens im zweiten Jahr das Projektgebiet für Kulturpflanzen nicht mehr zu gebrauchen.
Das Schwermetall Zink erfährt eine besonders leichte Verbreitung in der Umwelt. Es kann noch bis 6 km von der Emissionsquelle entfernt nachgewiesen werden. Deshalb ist der toxikologische Aspekt für die Umwelt so bedeutsam.
Zink, einmal auf den Boden ausgebracht, wird über die Bodenlösung von der Pflanze aufgenommen und angereichert. Seine Wirkung beruht in der Beeinträchtigung der Photosynthese; die Pflanze kümmert dahin. Bei Obst und Gemüse dürfen z.B. 1 - 5 ppm Zink nicht überschritten werden.
Die eiweißfällende Wirkung des Zink drückt sich wie bei anderen Schwermetallen, z.B. bei Menschen oder Rindern in Blutarmut, Blutbildungsstörung und starker Schleimbildung aus. Die Festlegung tolerierbarer Grenzwerte ist technisch schwierig und toxikologisch fragwürdig.
Außer der Gifteinwirkung für die Organismen beeinträchtigt Zink die Bodenstruktur. Eine Zink-Belastung führt zur Versäuerung und schädigt die Krümmelstruktur des Bodens. Damit wird das angestrebte Ziel einer Bodenverbesserung durch die Abwasserbeaufschlagung ins Gegenteil verkehrt. Bereits ein Anteil von 5 ppm Zink kann den biologischen Abbau des Abwassers, der für eine Weiterverwertung bzw. Kompostierung Voraussetzung ist, stören.

Man weiß, daß Zink sehr häufig mit Cadmium (Cd) vergesellschaftet ist, das in seiner Umweltgefährdung für Mensch und Tier noch weitaus giftiger einzustufen ist. Die AFP gibt zwar an, daß Cadmium im Abwasser vorhanden ist, aber über die Konzentrationen und alle damit verbundenen Auswirkungen schweigt sie sich aus.
Große Teile des Projektgebietes haben hoch durchlässige kalkhaltige Böden, die keine nennenswerten Bindungsmöglichkeiten für Schwermetalle aufweisen, so daß diese Giftstoffe über das Grundwasser in das Mangroven-Ökosystem eingeschwemmt werden und diese irreversible schädigen. Weiterhin enthalten, laut AFP, die Schlämme Pestizid-Rückstände unbekannter Herkunft und Zusammensetzung.
Eine besondere Gefahr besteht darin, daß im Einzugsbereich des Projektes Trinkwasser für die Dörfer gewonnen wird und das Grundwasserreservoir, wegen der zum Teil sehr durchlässigen Böden, mit dem Filtrationswasser und somit indirekt mit den Abwasserschlämmen verbunden ist. Laut Weltgesundheitsorganisation (WHO) sind maximal 5 mg/l Zink im Trinkwasser verträglich. Noch nicht abzuschätzen sind die Gefahren, die entstehen, wenn die mit dem verschmutzten Abwasserschlamm gedüngten Kulturpflanzen verzehrt werden und durch Anreicherung oder auch direkte Schädigung die Verbraucher treffen (siehe Abb. 5).
Die AFP und das Landwirtschaftssekretariat kümmerten sich bei Erstellung bzw. Genehmigung des Projektes wenig um die dominikanischen Gesetze: In der Dominikanischen Republik



Quelle: Odum E. P., Grundlage der Ökologie, Bd. II, S. 561, Thieme Verlag, 1980; El Nuevo Diario, Supl. Ecolog., 8. 10. 83 – Dominikanische Republik

ist das Abholzen von Baumbeständen über das Forstwirtschaftliche Tarifabkommen so eingeschränkt, daß dafür 1600 - 4800 US-$ bezahlt werden muß.
Abwasser — egal welcher Herkunft — darf nicht im Obst- und Gemüseanbau eingesetzt und nicht in Gebieten verwendet werden, in denen es Fische oder Meeresfrüchte gefährden könnte. Außerdem verfügt die Dominikanische Republik über genügend organische Abfälle aus der Produktion von Zuckerrohr, Sisal, Kaffee, Bananen, Tabak etc., um Komposte in ausreichender und guter Qualität erzeugen zu können.
Im Gutachten wird auch nicht erwähnt, daß diese Schlämme in den USA nicht für die landwirtschaftliche Produktion eingesetzt werden dürfen. Der Versuch in der Prärie bei Illinois mit diesem Stoff ist bisher ohne positives Ergebnis verlaufen. Erfahrungen in tropischen Gebieten liegen nicht vor.

Andere Länder wie Sierra Leone, Kolumbien und Haiti haben gleichlautende Projektvorschläge dieser Firma, die übrigens in den USA keine Lizenz besitzt, dankend abgelehnt. Klar ist, daß die nordamerikanischen Städte, ähnlich den bundesdeutschen, dringende und ungelöste Probleme mit ihren kontaminierten Klärschlämmen haben und heute hohe Summen an Abnehmer der Klärschlämme bezahlen, um den unerwünschten Wohlstandsdreck loszuwerden.

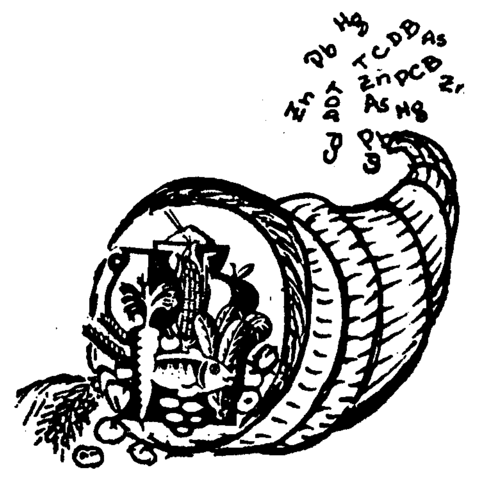
Schlußbetrachtung

Wenn wir Lateinamerikaner — die Autorin gehört dazu — Bezeichnungen hören müssen wie „Hinterhof der USA", Bananen-Republik" oder ähnliches, auch aus sogenannten fortschrittlichen Kreisen, spüren wir ein Stechen im Herz. Wir wissen, wie teuer unsere Bevölkerung bezahlt in ihrem täglichen Kampf gegen Bevormundung, Ausbeutung und die unverschämte Art und Weise, uns in die Knie zu zwingen. Wir wissen, mit welcher Selbstverständlichkeit hingenommen wird, daß eben in unseren Ländern angeblich all das willkommen geheißen wird, was hier — in Europa — nicht erlaubt ist: Von Militärdiktaturen bis zu Atommüll, in diesem Fall kontaminiertem Abwasser. Man soll aber nicht glauben, daß dies alles aus „Unkenntnis", Mängeln, Unfähigkeit, fehlendem juristischen Rahmen oder dem passiven Einverständnis der Bevölkerung



Daten zum Projektland

Mit einer Staatsfläche von 48 442 km² teilt sich die Dominikanische Republik mit Haiti die zweitgrößte Insel der Karibik (Hispaniola). Die Bevölkerung hat ca. 6 Mio. Menschen **die zu 51 % (1980) in Städten konzentriert** sind und sich aus ca. 70 % Mulatten, 20 % Weiße und 10 % Schwarze zusammensetzt. Nach der „Entdeckung" durch die Spanier und der Ausrottung der Einheimischen wechselte die Herrschaft zwischen Franzosen und Spaniern mehrfach. 1869 versuchten die USA erfolglos den Anschluß, übernahm aber 1905 die Finanzhoheit, die bis 1941 dauerte. Zwischendurch, von 1916-1924 regierte die USA mit Hilfe ihrer Marines das Land direkt. Von 1930 an, bis zu seiner Ermordung im Jahre 1961, regierte der Diktator General Trujillo, mit Duldung der USA, das Land wie eine private Hacienda, die bestimmte Zuckerquoten an die USA zu erfüllen hatte. Es wurde verschiedentlich versucht mit einer zivilen Regierung eigene Wege zu gehen, darauf folgten prompt Putschversuche und die USA schickten wieder ihre Marines, die den Widerstand der Zivilbevölkerung hart brachen. 1965 ließen die ehemaligen Trujillo-Anhänger eine autoritäre Regierung unter Balaguer bilden. Es wurden verschiedene „Modernisierungsprogramme" durchgeführt, d. h. der Tourismus angekurbelt und der Abbau mineralischer Rohstoffe (Bauxit, Nickel, Silber, Gold) forciert. Auch eine Ausweitung der landwirtschaftlichen Exporte fand statt: außer Zukkerrohr wurden Kaffee, Kakao, Tabak, Bananen, Edelhölzer und Sisal exportiert. Diese Veränderungen wurden ohne jegliche Landreform durchgeführt: nach wie vor **besitzen 0,2 % der Betriebe 28,5% der Anbaufläche, während 77% der Betriebe nur 12,9 % der Fläche bewirtschaften.** Der Bergbau wird überwiegend von US-Gesellschaften betrieben (Falconbridge Dominicana, größtes Unternehmen in dieser Branche gehört zu 90,5 % amerikanischem Ka-



pital, der Rest ist Staatsanteil). Der Tourismus hatte 1980 zwar einen Anteil von 54 % am BIP, doch davon bleibt wenig im Lande. Prostitution, Marginalisierung der Landlosen und hohe Arbeitslosigkeit sind zum Teil Auswirkungen dieser Modernisierungsversuche. **Heute werden 22 % der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln aus den USA versorgt.** Das Land, das bis 1970 zur Hälfte bewaldet war, ist durch die Edelholzausbeute heute noch kaum ein Viertel mit Wald bedeckt.

stattfindet. Fast jeder Schritt bei dem AFP-Projekt verstößt gegen Gesetze in der Dominikanischen Republik. Bisher protestierte die Bevölkerung erfolgreich, so daß im Moment das Projekt „eingefroren" wurde.
Aber für wie lange? Und welches Land wird die AFP demnächst beglücken? Was passiert mit den Giften, die überall in Europa hergestellt werden, aber im eigenen Land weder weiterverwendet noch gelagert werden dürfen?
Dieses Beispiel zeigt wiedereinmal, daß ökologische Schäden nicht undifferenziert den „Leuten" oder den „Armen" angelastet werden können. Es ist zu einfach sich über das mangelnde Bewußtsein der betroffenen Bevölkerung zu beklagen, ohne zu benennen, wer wirklich die Entscheidungen trifft und damit auch verantwortlich gemacht werden muß.
Wenn nicht umgedacht wird, sondern weiterhin Mythen wie Bodenknappheit, Mangel an Know-How etc. als Ursache für die katastrophale Lage in der Dritten Welt verbreitet, trägt man genau zu dieser Situation bei.

Wer sich hier sicher fühlt — abgesehen von Seveso, bald Hamburg und morgen wer weiß wo — soll nicht vergessen, daß ein großer Teil dessen, was auf den deutschen Tisch kommt, aus der sogenannten Dritten Welt stammt ... mit den besten Empfehlungen eurer Industrie.

Nilda Jelenic
(Kontaktgruppe Internationale Agrarwirtschaft Witzenhausen)

Anmerkungen:
1) Filtrationswasser = Oberflächenwasser, das in tiefere Schichten bis zum Grundwasser sickert.
2) ppm = Parts per million

Literaturhinweise:

Dominikanische Republik:
D. Nohlen u. F. Nuscheler (Hrsg.), „Handbuch der Dritten Welt" Bd. II. Hoffmann u. Campe Verlag. 1982
Projektverlauf:
El Nuevo Diario, Suplemento Ecológico. Dominikanische Republik, 8. November 1983
Korrespondenz zwischen AFP Inc. und Landwirtschaftsministerium der Dominikanischen Republik. 1981, 1982, 1983.
Persönliche Mitteilungen von deutschen Entwicklungshelfern.

Ökosystem:
El Nuevo Diario, Suplemento Ecológico. Dominikanische Republik. November 1983
F.A.O. Peninsula de Barahona/Laguna Oviedo. (mimeo) 1971.
E.P. Odum, Grundlage der Ökologie, Bd II. Thieme Verlag, 1980.
E.T. Odum, Ecological Guidelines for Tropical Coastal Development IUNC No 42, Switzerland, 1976

Schwermetlle:
B.M.I. Klärschlammverordnung. Juni 1982
Eichler W., „Gift in unserer Nahrung", Kilda Verlag. 1982
H. Klein et al., „Die Wirkungen von Zink-Cadmium- und Kupferdioxidstub auf Maispflanzen bei Aufnahme der Schwermetalle über Blatt und Wurzel"; In: Biologie in der Umweltsicherung. Institut für Pflanzenökologie der Justus Liebig Universität Gießen. 1978
Dr. I. Siddiqi, „Die toxischen Inhaltsstoffe von technisch hergestellten Kompost, Müll und Klärschlamm"; In: Ergebnisse Landwirtschaftlicher Forschung an der Justus Liebig Universität. Haft XII. Gießen, 1972
Loub. W., Umweltverschmutzung und Umweltschutz in Nturwissenschaftlicher Sicht. Verlag Deuticke. Wien 1975

„Wir haben die Unterstützung des Volkes von Tigray"

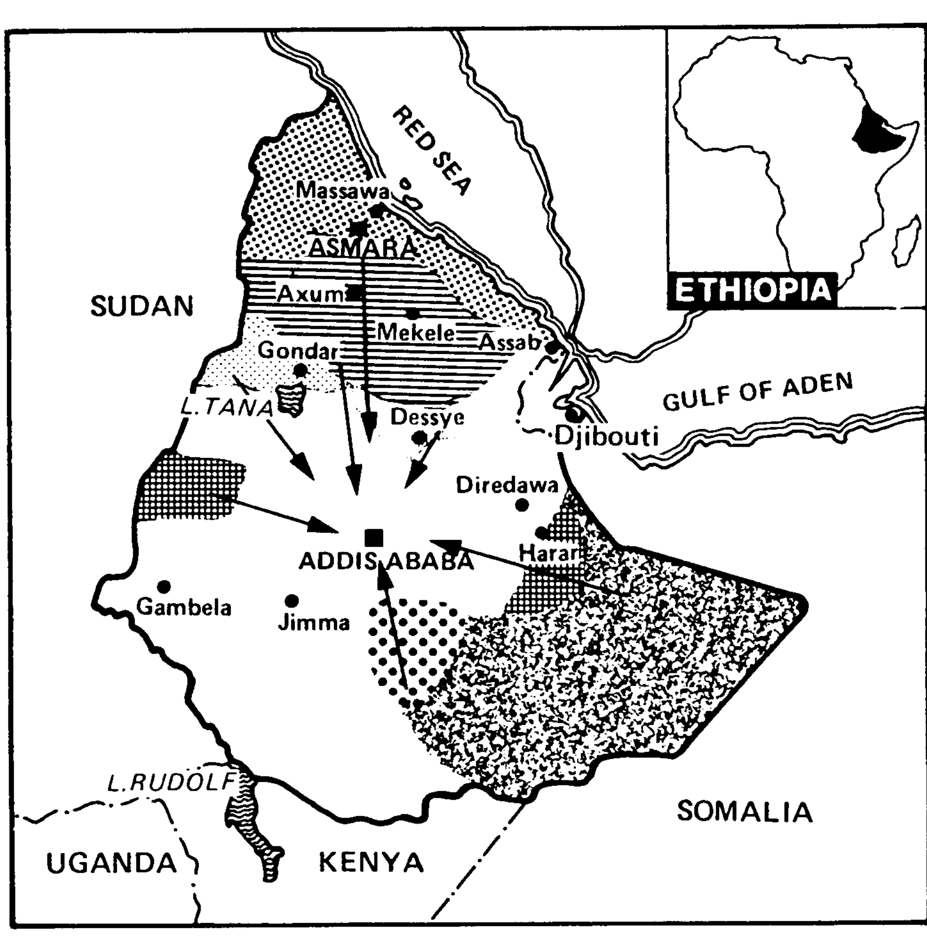
Interview mit dem Mitglied des ZK der TPLF (Tigray Liberation Font) Syoum Mussie

Als die Militärs 1974 in Äthiopien die Macht übernahmen, schöpften viele Völker Äthiopiens und Eritreas neue Hoffnung, daß die ökonomische und ethnische Unterdrückung beendet werde, die sie unter dem alten Herrschaftssystem erleiden mußten. Diese Hoffnungen erfüllten sich jedoch nicht. Sehr bald wurde klar, daß auch die Militärs — trotz fortschrittlicher Rhetorik — keinesfalls gewillt waren, auf den starren Zentralismus zu verzichten. Befreiungsbewegungen, die schon unter dem alten Regime für nationale Selbstbestimmung oder Unabhängigkeit gekämpft hatten, setzten daher ihren Kampf fort, neue Befreiungsbewegungen kamen bald hinzu.
Auch in Tigray entstanden Organisationen, die sich gegen die Herrschaft der Militärs wandten. Noch im gleichen Jahr, als die Militärs die Herrschaft übernahmen, bildete sich die -allerdings nur kurzlebige- „Tigray Liberation Front"; deren Ziel war es, die alten Verhältnisse wieder herzustellen. Wesentlich bedeutender sollte jedoch die „Tigray People's Liberation Front" werden, die im Jahre 1975 von einigen fortschrittlichen Intellektuellen gegründet wurde.
Es scheint erstaunlich, daß auch in Tigray eine Bewegung entstand, die für größere nationale Unabhängigkeit kämpft. Immerhin sind die Tigray zusammen mit den Amharen das eigentliche Staatsvolk Äthiopiens. Die Tigray, die sich als die Erben des legendären Reiches von Aksum (1. - 7. Jhd.n.Ch.) verstehen, haben über Jahrhunderte hinweg mit den Amharen um die Vormachtstellung in Äthiopien gerungen. Diesen Kampf konnten die Amharen gegen Ende des letzten Jahrhunderts für sich entscheiden. Seither sind die Tigray ebenso unterdrückt worden wie viele andere Völker Äthiopiens. Wiederholt kam es deswegen zu Bauernaufständen gegen die Zentralregierung in Addis Abeba. An diese Tradition versucht die TPLF heute anzuknüpfen.
Daß die TPLF die ersten Jahre ihres Bestehens überhaupt überstehen konnte, dürfte sie vor allem der materiellen und ideellen Unterstützung der EPLF (Eritrean Peoples Liberation Front") zu verdanken haben.
Heute ist die TPLF jedoch zu einer Stärke herangewachsen, die sie zu einer echten Bedrohung für die Militärs in Addis macht. Obwohl die Militärregierung versucht hat, die TPLF in sieben Offensiven zu zerschlagen, ist es der TPLF -eigenen Angaben zufolge- gelungen, mehr als 90% Tigrays zu kontrollieren. Diese Angaben, die man eigentlich der Fabelwelt der politischen Propaganda zuordnen möchte, werden von westlichen Diplomaten in Addis als weitgehend realistisch eingeschätzt (vgl. New African, April 1984). Gegenwärtig — so wird vermutet — bereitet die äthiopische Regierung eine neue Offensive vor gegen die Tigray und gegen die Eritreer. Es wird die achte Offensive in sechs Jahren sein.
Die Tigray, aber auch die Eritreer gehen jedoch davon aus, daß sie auch diese Offensive zurückschlagen werden. Völlig unberechtigt dürfte dieser Optimismus nicht sein. Schon zu Beginn dieses Jahres versetzte die EPLF der äthiopischen Armee einen herben Schlag, als es ihr gelang, eine der größten Städte Eritreas, das nahe an der sudanesischen Grenze gelegene Tessenei, zurückzuerobern. Auch wenn dies sicherlich nicht als entscheidende Wende im Eritrea-Konflikt interpretiert werden darf, so zeigt dies doch deutlich, daß die Militärs, trotz massiver Aufrüstung durch die Sowjetunion, immer weniger in der Lage sind, ihren Herrschaftsanspruch durchzusetzen. Es ist ohnehin fraglich, wie lange das Militärregime diese Politik der gewaltsamen Konfliktlösung noch durchzuhalten vermag, angesichts der enormen sozialen, politischen und ökonomischen Kosten, die der Vielfrontenkrieg in nahezu allen Teilen Äthiopiens verursacht.
Obwohl die TPLF, wie auch die vielen anderen Organisationen,eine entscheidende Rolle spielen für die gegenwärtige und künftige Entwicklung Äthiopiens, ist nur wenig bekannt über deren politischen Ziele und Vorstellungen. Wir haben uns daher entschlossen, das folgende Interview mit einem Mitglied des Zentralkomitees der TPLF abzudrucken, obwohl einige Passagen sehr ideologisch wirken und kaum kritisch hinterfragt werden

Red/Walter Hättig

F: *Was für eine Organisation ist die TPLF, wann wurde sie gegründet und welche Ziele verfolgt sie ?*
A: Die TPLF ist eine demokratische Volksfront, die für die nationale Selbstbestimmung des Volkes von Tigray kämpft. Wenn wir Selbstbestimmung sagen so heißt das nicht, daß wir die Sezession wollen oder die völlige Unabhängigkeit — denn wir sind nicht gegen eine Einheit die freiwillig ist, die auf Demokratie beruht und auf Gleichheit. Es muß eine Einheit sein die im Interesse der Völker ist, die zu einem solch vereinten Land gehören. Wir sind aber gegen eine Einheit, die erzwungen ist und daher nicht den Interessen der Völker dient. Aber wenn die politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen weiterhin so bleiben, dann wird sich unser Volk selbstverständlich für die Unabhängigkeit entscheiden — als letzten Ausweg.
Gegründet wurde die TPLF 1975, es gab allerdings schon eine Vorläuferorganisation, die „Tigray National Organisation". Das war eine geheime politische Organisation, die Anfang der 70er Jahre im wesentlichen versuchte die Tigray zu politisieren.

F: *Die TPLF kämpft nun schon seit mehr als 9 Jahren. Wieweit ist die TPLF in dieser Zeit ihrem Ziel näher gekommen, was wurde bisher erreicht ?*
A: Das wertvollste, das die TPLF in den letzten neun Jahren erreicht hat, ist die überwältigende Bereitschaft unseres Volkes, sich an ihrem eigenen Kampf zu beteiligen. Es ist uns gelungen, unser Volk zu mobilisieren für den Kampf gegen die faschistische Junta und ihre Drahtzieher, wie die Sowjetunion. Aber nicht nur das, wir haben es auch geschafft, das Volk von Tigray vollständig zu organisieren — entspre-



chend der sozialen Schicht oder der sozialen Klasse. Es gibt jetzt Bauernvereinigungen, Frauenvereinigungen sowie solche für die Jugend und für die Arbeiter. Diejenigen, die diese Vereinigungen führen werden direkt und demokratisch gewählt. Im gesamten befreiten Gebiet wurden Verwaltungsorgane aufgebaut, die vom Volk kontrolliert werden. Die Menschen üben nun ihre demokratischen Rechte aus, auch ihr ökonomisches, politisches und soziales Leben bestimmen sie nun selbst.

Außerdem — und das ist nun wörtlich zu nehmen — haben wir es geschafft, 85 Prozent von Tigray zu kontrollieren. Äthiopische Truppen befinden sich nur noch in isolierten Garnisonsstädten entlang der Hauptverbindungsstraße. Der gesamte ländliche Bereich, aber auch einige Städte, sind unter der wirksamen Verwaltung und Kontrolle der TPLF.

Die Regierung hat versucht, uns aus den befreiten Gebieten zu vertreiben. Sie hat bis jetzt sieben große militärische Offensiven gegen uns durchgeführt. Aber wir konnten nicht nur einen Erfolg dieser Offensiven vereiteln, sondern auch unsere eigene Entwicklung vorantreiben. Die Armee der TPLF ist in den vergangenen neun Jahren immer größer geworden und auch erfahrener. Heute ist die TPLF eine gewaltige Herausforderung für die Zentralregierung. Wir operieren nicht nur in Tigray — wir dehnen unsere Operationsgebiete auch aus in benachbarte Provinzen wie Wollo und Gondar. Damit wollen wir die Erhebung der Völker in diesen Provinzen aktiv unterstützen. Dabei arbeiten wir eng zusammen mit einer Organisation, die sich „EPDM" (Ethiopian Peoples Democratic Movement) nennt und schon seit drei Jahren in diesen Provinzen aktiv ist. Darüberhinaus koordinieren wir uns auch militärisch (...) mit der EPLF in Eritrea. Der Einfluß der TPLF nimmt weiter zu in dieser Region ...

F: *Was hat die TPLF im sozialen Bereich bisher erreicht ?*

A: Nun, die größte Leistung ist die sozio-ökonomische Umgestaltung unserer Gesellschaft. Die Landfrage war eines der wichtigsten Probleme in Äthiopien überhaupt, für Tigray galt genau das Gleiche. Unser Volk litt unter einem feudalen Landbesitzsystem; der Kirche[1] gehörte ein großer Teil des Landes. Das fruchtbarste und das für die Landwirtschaft geeignetste Land befand sich in den Händen von sehr wenigen Großgrundbesitzern, in einigen Teilen Tigrays auch in den Händen von abwesenden Großgrundbesitzern. Einige Minderheiten wie die Muslims besaßen kein Land, in gewissen Teilen Tigrays auch die Frauen nicht. Entsprechend der Erwartung des Volkes hat die TPLF daher dieses Landbesitzsystem zerstört. Heute gibt es eine gerechte und demokratische Landverteilung in Tigray — in allen Gebieten, die von der TPLF kontrolliert werden. Die armen Bauern — sie sind die Mehrheit in Tigray — hat dies wirklich begünstigt. Die Interessen der ärmsten Schicht unseres Landes wurden in der Landreform wirklich berücksichtigt. Das ist auch ein Grund, warum die Bindung zwischen TPLF und unserem Volk so fest ist. Wir tun auch unser Bestes, um das know-how in der Landwirtschaft zu verbessern. Wir unterstützen das Volk, wir zeigen, wie man Wasser und Boden konserviert und wie man die eigenen Ressourcen nutzen kann. Wir mobilisieren unser Volk auch, um die Infrastruktur in Tigray zu erweitern, bsw. bauen wir Straßen, Schulen und Kliniken und legen Erdwälle an. Die größte Last wird vom Volk selbst getragen, es steuert Geld bei und die Arbeitskraft, um Schulen und Kliniken zu bauen (...)

F: *Sie haben vorhin erwähnt, daß sie mit der EPDM zusammenarbeiten, was ist das für eine Organisation ?*

A: Es ist eine multinationale Gruppe oder Organisation, deren Ziel es ist, die faschistische Junta in Addis zu stürzen

und die ausländischen Drahtzieher dieser Junta rauszuwerfen. Sie kämpft für eine freiwillige Einheit der äthiopischen Völker unter demokratischen Bedingungen. Sie unterstützt uneingeschränkt das Recht auf Selbstbestimmung; die EPDM ist eine multinationale demokratische Front. Wir haben eine gemeinsame Basis -den gemeinsamen Feind ! Und, wir kämpfen gleichfalls für das Recht auf Selbstbestimmung, und wir bestehen auch darauf, daß ein Zusammenschluß der Völker abhängig sein muß von deren Willen und Wünschen. Das verbindet uns — und das ist auch der Grund, warum wir eng zusammenarbeiten.

F: *Sind ihre Beziehungen zur EPLF in Eritrea genau so gut wie die zur EPDM ?*

A: Wir haben sehr sehr herzliche Beziehungen zur EPLF. Die EPLF ist ja nun die gewaltigste und auch die einzige existierende Macht in Eritrea, die gegen das Regime in Addis kämpft. Strategisch ist es daher außerordentlich wichtig, daß wir unsere militärischen Aktivitäten gegen unseren gemeinsamen Feind koordinieren. Es sollte aber nun nicht der Eindruck entstehen, wir wollten uns nur mit der EPLF koordinieren. Der zweite Kongreß der TPLF, der im Mai des vergangenen Jahres im befreiten Tigray abgehalten wurde, hat offen seine Absicht und seinen Willen ausgesprochen, auch mit anderen Gruppen in Eritrea normale Arbeitsbeziehungen anzuknüpfen, sofern sie wirklich für die Unabhängigkeit Eritreas kämpfen.

F: *Bedeutet das, daß sie auch mit der ELF zusammenarbeiten würden ?*

A: Nun, bei der ELF weiß man gegenwärtig ja nicht genau, wer nun die ELF repräsentiert[2] — wir sind da etwas verwirrt. Aber wir sind generell bereit, unsere Aktivitäten mit jeder anderen Gruppe in Eritrea zu koordinieren, vorausgesetzt sie ist wirklich eine Kraft, die in Eritrea existiert, und vorausgesetzt sie kämpft tatsächlich gegen die Zentralregierung und für die Unabhängigkeit Eritreas.

F: *Unabhängig davon welche Ideologie diese Gruppe hat ?*

A: Wir haben zumindest eine gemeinsame minimale Basis — einen gemeinsamen Gegner, nämlich die Militärjunta in Addis. (...)
Auf dieser minimalen Basis können wir unsere Aktivitäten koordinieren. (...)

F: *In der Zeitschrift „New African" Januar 1984 wurde kürzlich behauptet, die TPLF sei eine marxistische Organisation — was sagen sie dazu ?*

A: Wir sagen, daß wir eine demokratische Volksfront sind, und als Front haben wir Leute mit unterschiedlichen Anschauungen. Man kann daher nicht sagen, daß die TPLF eine Organisation ist, in der nur Marxisten sind. Grundsätzlich sind wir eine national-demokratische Volksfront. Unser Hauptziel ist gegenwärtig (...) eine national-demokratische Revolution. (...)
(..)

F: *Welche Interessen verfolgt die Sowjetunion — nach Meinung der TPLF — mit ihrem Engagement in Äthiopien ?*

A: Nun, Äthiopien liegt an einem strategisch wichtigen Ort zum nahen Osten und am Horn von Afrika, dem Tor zu den ölreichen Ländern. Äthiopien ist auch ein Land mit einer für Afrika großen Bevölkerung, und schließlich verfügt Äthiopien auch über einigen Einfluß in Schwarzafrika. Es ist also der militärische, der ökonomische und der politische Einfluß, der die Sowjets dazu veranlaßt hat, einiges zu investieren um die Militärjunta zu unterstützen — welche Erwartungen jedoch die Menschen haben, ist ihnen dabei völlig gleichgültig. (...)

F: *Gelegentlich wird die Vermutung geäußert, die Sowjetunion sei eigentlich gar nicht daran interessiert, daß sich die Militärregierung in Addis gegen die Befreiungsbewegungen durchsetzt, weil sie befürchten, sie müßten dann das Land verlassen, weil man sie nicht mehr brauchen würde.*

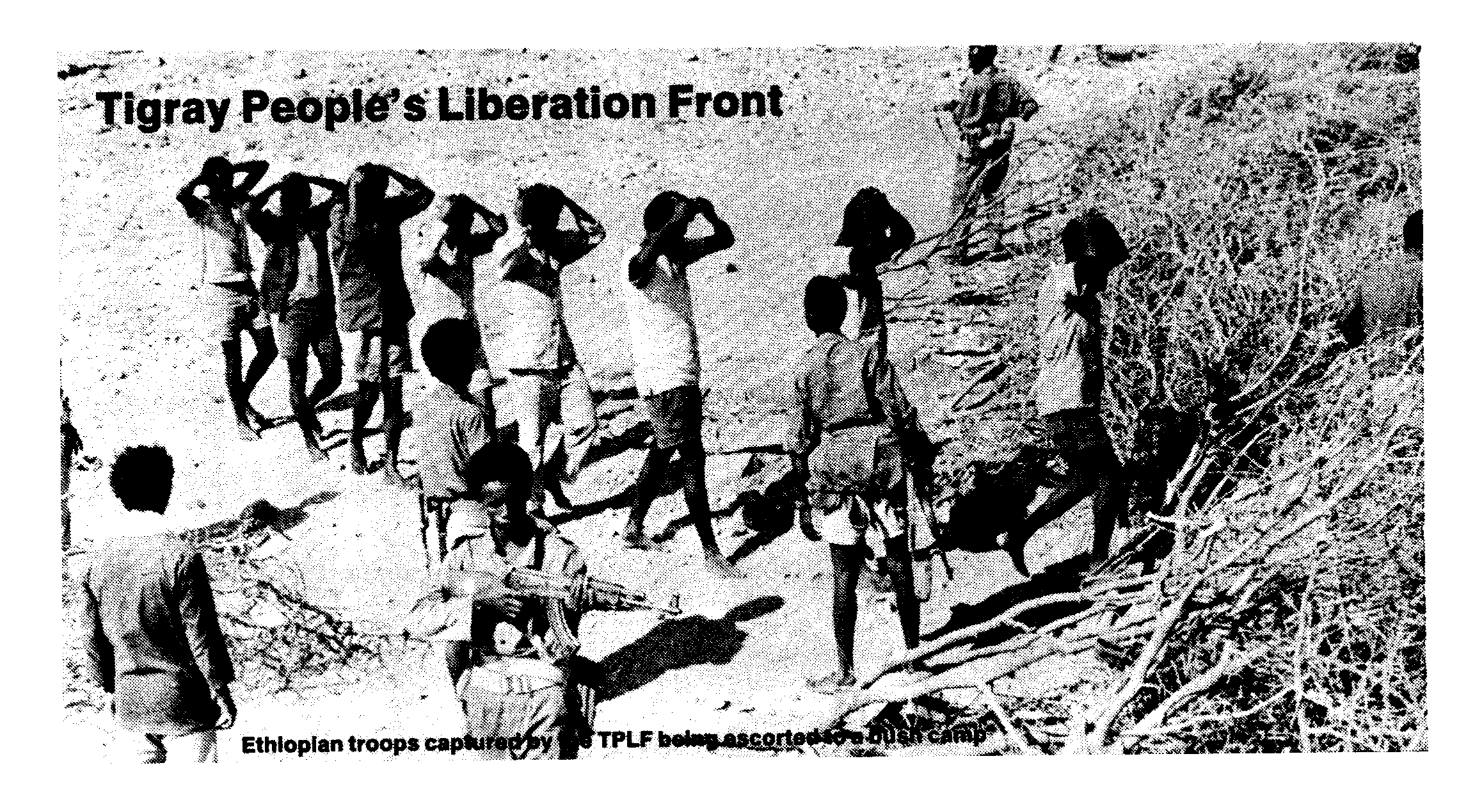
A: Unserer Auffassung nach erhält das Regime die volle Unterstützung der Sowjetunion. Ihre militärischen Berater und Experten sind direkt an den Kämpfen gegen die EPLF und genauso gegen die TPLF beteiligt. Es gibt keine Zurückhaltung der sowjetischen Seite in der Unterstützung des Regimes. (...)

F: *Sehen sie irgendeine Chance, die Militärregierung in der nächsten Zeit zu besiegen ?*

A: Wir sind sehr zuversichtlich, daß wir gewinnen werden gegen diese ungerechte, schreckliche Allianz zwischen den Sowjets und der Junta. Falls es einmal soetwas wie Verhandlungen geben sollte — da bin ich mir sicher — so wären diese lediglich der Schwäche der Junta geschuldet, ihrer Unfähigkeit die Oberhand zu erlangen oder den Mißerfolgen, die Hoffnungen und den Kampf des Volkes zu zerstören.
Aber die Junta isoliert sich ständig mehr vom äthiopischen Volk. (...) Wir gewinnen dagegen mehr und mehr das Herz und den Verstand des äthiopischen Volkes, wir sind daher sehr zuversichtlich, daß wir schließlich unser Ziel erreichen werden.

F: *Auf ihrem zweiten Kongreß, im Mai des letzten Jahres, hat die TPLF ein neues Konzept beschlossen — die „united resistance front". Können sie erklären, was damit gemeint ist und was damit erreicht werden soll ?*

A: In Wirklichkeit ist es kein neues Konzept für uns. Wir haben seit der Gründung der TPLF darauf gedrängt, weil es, vor allem in der Anfangszeit verschiedene Organisationen gab, die in Tigray und in Äthiopien insgesamt operierten. Aber wir haben dem Konzept eigentlich erst jetzt, an diesem kritischen Zeitpunkt, unsere volle Aufmerksamkeit geschenkt, wir haben erst jetzt der Koordination unserer Aktivitäten ihr eigentliches Gewicht gegeben. Denn wir wissen, daß unser Feind in Addis gegenwärtig eine große militärische Offensive vorbereitet um uns auszulöschen und dabei vom Sowjetblock massiv unterstützt wird — ökonomisch im übrigen auch von westlichen Regierungen.
Jede Gruppe, die gegen den Derg kämpft, wird daher genötigt sein darüber nachzudenken, wie die Aktivitäten der bestehenden Befreiungsbewegungen besser koordiniert werden können. (...) Das ist der Grund, warum wir nun sehr viel Mühe aufwenden für bilaterale Kontakte mit den verschiedenen Organisationen und für unseren Vorschlag, uns auf der Grundlage eines Minimalprogrammes zusammenzuschließen. Um es deutlich zu machen, die „united resistance front" soll auf gar keinen Fall die organisatorische Unabhängigkeit der Mitgliedsorganisationen aufs Spiel setzen, sowenig wie die unterschiedlichen Ziele jeder Organisation. Aber wir gehen davon aus, daß enge Arbeitsbeziehungen und die Zusammenarbeit auf der Basis eines Minimalprogrammes unsere Aktionen vereinheitlichen können, aber auch unsere Vorstellungen. Vielleicht gelingt es uns durch die gemeinsame Arbeit mehr gegenseitiges Verständnis



Ethiopian troops captured by the TPLF being escorted to a bush camp

zu entwickeln.
Sicherlich würde die „united resistance front" auch den Sturz der Junta beschleunigen, sie wäre daher auch sehr vorteilhaft, um unsere Ziele zu erreichen. (...)
(...)

F: *Welche Beziehungen hat die TPLF zum Ausland, gibt es irgendwelche Kontakte zu Regierungen ?*

A: Wir haben wiederholt Westeuropa bereist, um Regierungen, politische Parteien, wichtige Institutionen und verschiedene Gruppen zu kontaktieren. Unser wichtigstes Ziel ist dabei, die wirkliche Lage zu erklären im Horn von Afrika im allgemeinen und in Tigray im besonderen. Wir hatten mit verschiedenen Regierungen Kontakt ...

F: *mit welchen?*

A: Mit der italienischen, der französischen, der schweizerischen, der englischen, der deutschen und den skandinavischen. Wir versuchen den Leuten ein genaues Bild der Situation zu zeichnen. Wir beobachten auch wachsende Sympathie und wachsendes Interesse...

F: *Was aber noch nicht bedeutet, daß das Anliegen der TPLF unterstützt wird?*

A: Ja, wir können nicht sagen, daß wir irgendwelche Hilfe von west-europäischen Regierungen erhalten. Aber sie haben zumindest einiges Interesse entwickelt, mehr über die wirkliche Lage zu erfahren...
Wir haben auch Kontakte zu Regierungen in Afrika und zu internationalen Organisationen wie die UNO und die OAU. Der Generalversammlung der UNO haben wir seit 1981 Memoranden vorgelegt.

Walter Hättig

Anmerkungen:

1 Die Tigray bekennen sich in ihrer Mehrheit zum mono-physitisch-äthiopischen Christentum

2 Die ELF ist 1981 in drei verschiedenen Gruppen auseinander gefallen: ELF I (geleitet von Habde Tesfamariam), ELF II (geleitet von Abdalla Iris) Und ELF III (geleitet von Giorgis Tekte Michael): Die Elf III? die sich inzwischen ELF Central Comand (ELF-CC) nennt, ist mit 3-4000 Mann in Eritrea präsent, vor allem im barka-Gebiet (Forto/Humib). Der ELF-CC ist es gelungen, die ehemaligen ELF-Mitglieder aus dem christlichen Hochland Eritreas zu sammeln. Gegenwärtig steht die ELF-CC in Verhandlungen mit der ELPF. Dabei geht es vor allem um die Einbindung der ELF-CC Leute in den Kampf gegen das äthiopische Militärregime. Die ELF II, in der sich die ehemalihgen Mitglieder aus der Barka-Region gesammelt haben, ist militärisch in Eritrea nicht präsent. Sie hat eine gewisse Bedeutung, weil sie von Saudi-Arabien unterstützt wird. Die ELF I ist dagegen praktisch bedeutungslos und in der Auflösung begriffen.



Afrika im Film

Neu im Verleih: Filme aus Obervolta

Ein Schattendasein im bundesrepublikanischen Kinodasein, und noch augenfälliger in einer aktiven Dritte-Welt-Arbeit führen immer noch Filme aus den Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens selbst. Aus der mittlerweile recht beachtlichen Menge von in diesen Ländern hergestellten Filme (Spielfilme zumeist, wobei das Genre Spielfilm nicht so eindeutig abgrenzbar ist — auch dokumentarische Mischformen fallen darunter) gelangen die wenigsten vor ein bundesrepublikanischer Publikum. Große kommerzielle Verleiher wagen sich kaum an ein angeblich kassenunwirksames Thema wie „Dritte Welt", und das selbst dann, wenn die Filme auf großen Festivals ausgezeichnet wurden und somit auf eine Publizität bauen könnten. Einige wenige der Filme — und dann auch reichlich zufällig ausgewählte — gelangen ins Spätprogramm von ARD oder ZDF und verschwinden dann in den Schränken der Fernsehanstalten. Die Kinoauswertung von Filmen aus den Ländern der „Dritte Welt" bleibt beinahe gänzlich den sogenannten Alternativ-Verleihern überlassen. Das Schwergewicht der Filmauswahl lag und liegt weiterhin auf Dokumentarfilmen, nicht selten von Europäern gemacht; schnell und unter oft schwierigen materiellen und personellen Bedingungen hergestellt, spielen diese Dokumentarfilme aufgrund ihrer Aktualität eine sehr wichtige Rolle in der Dritte-Welt-Solidaritätsarbeit hier bei uns. Allerdings wird dabei das Medium Film oft nur unzureichend ausgenutzt: neben der Vermittlung von Informationen wird die Wichtigkeit der Bilder, ihre Komposition und ihre Montage leicht in den Hintergrund gedrängt. Ich will hier nicht einer Ästhethisierung das Wort reden, die leicht dazu verleiten kann von Inhalten abzulenken; vielmehr geht es darum, den durchaus vorhandenen Versuchen von afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Filmemachern, auch



PA WEOGO von Sanou Kollo

ästhetische Formen der Beschreibung ihrer Probleme zu finden, bei uns eine Chance zu geben.

Woher nun diese Scheu vor Spielfilmen aus diesen Ländern? Sind sie technisch schlecht gemacht oder sprechen sie uns inhaltlich und/oder ästhethisch nicht an? Ist das Medium „Spielfilm" allzu eng mit „Zerstreuung" verbunden, die ja in einer als politisch wichtigen Arbeit negativ bewertet werden könnte? Verbirgt unser Rezeptions-verhalten gegenüber diesen Filmen nicht noch ein gut Teil ethnozentrischen Denkens das Afrikanern, Asiaten oder Lateinamerikanern weniger zutraut als ihren westlichen Filmemacher-Kollegen? Was hält selbst jene davon ab, die durch ihre Reisen und durch eine aktive Solidaritätsarbeit bereits sensibilisiert wurden, sich auf derartige kulturelle Ausdrucksformen einzulassen?

Dieses Phänomen — das übrigens für afrikanische, asiatische und lateinamerikanische Literatur in ähnlicher Weise zutrifft — ist allein durch mangelnde Informationen nicht zu erklären. Auch dort wo regelmäßig Dritte-Welt-Spielfilme angeboten werden, bleiben die Zuschauer aus. Dritte-Welt-Kino bleibt Zuschußkino! Ein kleines Beispiel mag das verdeutlichen: das „Mittwochskino" — ein Ableger des iz3w — zeigt einmal wöchentlich in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Kino Freiburg Filme aus/über die Länder der „Dritten Welt". Ein Schwerpunkt dabei lag auf Spielfilmen, die als Diskussionsgrundlage dienten, länderbezogene oder allgemeine, länderübergreifende Themenstellungen aus der Sicht der Betroffenen sehen zu können. Nicht selten konnten dabei die Filmemacher anwesend sein. Nach einer mittlerweile zweijährigen kontinuierlichen Arbeit läßt sich erkennen, daß — abgesehen von einem interessierten Stamm von ca. 30 Zuschauern im Durchschnitt — nur schwer über einen längeren Zeitraum hinweg neue Zuschauer auf die Spielfilme aufmerksam gemacht werden können.

Obervolta als Filmland

Die Probleme – zumindest was die Beschaffung von Filmen im Vorfeld einer Kino-Arbeit angeht – sind jüngst dank der Initiative des Bonner Filmverleihs Cine Terz um ein Quäntchen kleiner geworden. Seit Anfang dieses Jahres bieten sie gleich drei neue Spielfilme in ihren Programm an: WEND KUUNI (Das Geschenk Gottes) von Gaston Kaboré, DER MUT DER ANDEREN von Christian Richard und PAWEOGO (Der Emigrant oder Rückkehr ins Dorf) von Sanou Kollo – alle drei Filme aus den Jahren 1982 und 1983.
Warum gerade Obervolta? Das Land ist, obwohl eines der ärmsten in Afrika, für den afrikanischen Film von großer Bedeutung. Es war Obervolta, das schon gleich nach seiner Unabhängigkeit neue Formen der Produktion, der Distribution und Vermarktung afrikanischer Filme suchte. Entstanden aus der Einsicht heraus, daß Filme eine wichtige Rolle in Erziehungs-, Informations- und Kulturpolitik spielen können, wurden die Bereiche Filmimport und -Verleih, die bis dahin ganz von zwei französischen Filmfirmen beherrscht wurden, verstaatlicht.
Mit den dabei erzielten Einnahmen sollte eine eigenständige obervoltaische Filmproduktion aufgebaut werden. Zum ersten Mal konnten Spielfilme gedreht werden, die afrikanische Themen aufgriffen und afrikanische Sprachen sprachen. Obervolta ist außerdem Austragungsort des für den afrikanischen und arabischen Films so wichtigen Festivals in Ouagadougou. Die Einrichtung eines Filmzentrums („Centre Nationale du Cinéma") und einer Filmschule (INAFEC) sowie zweier Einrichtungen (CIDC, Consortium interafricain de distribution cinematographique de films) sollten den Aufbau einer nationalen Kinematographie Vorschub leisten und einen gemeinsamen afrikanischen Markt vorantreiben. Die sich heute regende private Initiative (Cinafric Studios) hat die filmische Infrastruktur in Obervolta positiv ergänzt; die Situation im Land kommt damit einem von afrikaninischen Filmemachern im März 1983 verabschiedeten Programm sehr nahe, das Koexistenz und Wettbewerb zwischen offizieller Produktion und Privatinitiative vorsieht.

Die Filme

Mit den jetzt bei CineTerz erhältlichen Filmen wird einem deutschsprachigen Publikum zum ersten Mal die Möglichkeit gegeben, die wichtigsten drei Spielfilme aus den 80er Jahren aus Obervolta sehen zu können. Allen drei Filmen gemeinsam ist ihr Blick auf obervoltaische Geschichte. WEND KUUNI (Das Geschenk Gottes) von Gaston Kaboré und DER MUT DER ANDEREN von Christian Richard, beide aus dem Jahre 1982, basieren beide auf einer Legende der Mossi, der größten ethnischen Gruppe in Obervolta. Beide werfen einen Blick auf die vorkoloniale Mossi-Gesellschaft. Eine weitere Gemeinsamkeit besteht darin, daß beide Filmemacher sich an einer neuen Filmsprache versuchen deren Erzählstruktur einer erzählten Geschichte gleicht und somit an der Tradition der mündlichen Überlieferung anzuknüpfen versucht. Dabei verfallen weder Kaboré noch Richard – die beide übrigens an der nationalen Filmschule unterrichten – einem Ästhethizismus, der von Inhalten ablenkte.
„DAS GESCHENK GOTTES" ist der stumme Junge Wend Kuuni, der von einem Wanderer im Busch gefunden wird. Die ihn aufnehmende Familie kümmert sich um ihn und läßt ihn an ihrem Leben partizipieren. Durch einen Schock, den er beim Anblick eines Erhängten erleidet, findet er seine Sprache wieder und erzählt seine Geschichte. Seine Mutter, die sich entgegen dem Brauch nach dem Tode ihres Mannes nicht wieder verheiraten wollte, wird aus dem Dorf verstoßen. Auf der Flucht stirbt sie und hinterläßt einen durch den Schock des Todes ver-

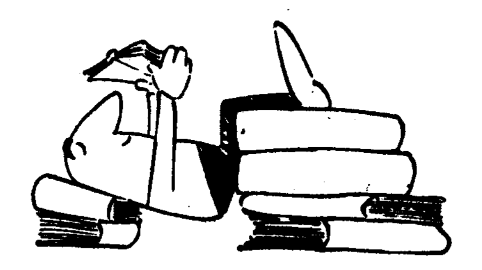


DER MUT DER ANDEREN von Christian Richard

stummten Jungen, Wend Kuuni.
Die Stärke des Films liegt in seinen genauen Beobachtungen. Obwohl der Film nicht auf Höhepunkt angelegt ist, wird die Geschichte nie langweilig. Dominierend sind die Bilder, die ein Stück dörflicher Alltäglichkeit vermitteln und gleichzeitig die Geschichte des Jungen weitererzählen.
Eine mystische Gestalt der Mossi-Gesellschaft ist die Hauptfigur des zweiten Films, „DER MUT DER ANDEREN". Es ist die Legende eines Befreiers, der die Kraft besitzt, gegen die Sklavenhändler anzukämpfen. Dabei wird deutlich, daß der Sklavenhandel schon im 19. Jahrhundert — also vor der Kolonisation der Europäer — bei den Mossi eine wichtige soziale und ökonomische Rolle spielte. Obwohl das Königreich der Mossi selbst aus der Flucht vor Versklavung im 15. Jahrhundert entstand, bildete der Verkauf von Sklaven im 19. Jhdt. eine wichtige ökonomische Basis der lokalen Herrscher. Vor diesem Hintergrund ist „DER MUT DER ANDEREN" zu sehen. Bemerkenswert dabei ist, daß Richard ganz ohne Dialoge auskommt und trotzdem eine spannende Geschichte zu erzählen weiß.
„PAWEOGO" (Der Emigrant oder Rückkehr ins Dorf, 1983) von Sanou Kollo ist sowohl in seiner Machart als auch in seinem Inhalt weitaus konventioneller. Die Landflucht — in die Stadt und ins benachbarte Ausland — ist eine ökonomisch bedingte Erscheinung der Auflösung traditioneller Beziehungsmuster. Ein junger Mossi—Bauer fährt in die Hauptstadt, um Arbeit zu suchen. Dabei erlebt er allerlei Abenteuer und lernt so Realitäten seines Landes kennen. Am Ende kehrt er resigniert und um eine Hoffnung ärmer zurück in sein Dorf.
Die Stärke des Films liegt in der Verbindung des genauen Hinschauens auf Realitäten — zum Teil bekommen die Beobachtungen des Alltagslebens in Ouagadougou fast schon dokumentarischen Charakter — und der teilweise komödienhaften Darstellung einzelner Situationen.
Gemacht sind alle drei Filme in erster Linie für ein afrikanisches Publikum. Ein an vornehmlich Kung-Fu-Filme aus Hongkong und indischen Melodramen gewöhntes obervoltaisches Publikum dürfte jedoch nicht ohne weiteres Filme in der Art eines WEND KUUNI oder DER MUT DER ANDEREN akzeptieren. Leichter haben wird es dabei PAWEOGO, der mehr Wert auf Unterhaltung legt.
Zu wünschen bleibt allen drei Filmen, daß sie auch in der Bundesrepublik ein über den Dritte-Welt-Solidaritätskreis hinausgehendes Publikum wahrgenommen werden.
Bezug der drei Filme (PAWEOGO wird allerdings erst in den nächsten Monaten zur Verfügung stehen):
CineTerz, Arbeitsgemeinschaft zur Förderung von Dritte-Welt-Filmen e. V., Buschstr. 18, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/213283; nähere Einzelheiten zu den Filmen sowie den Katalog mit weiteren Filmen auf Anfrage.

wko





Stellenausschreibung

medico international sucht

Ärztin und Arzt
für eine Tätigkeit in der medizinischen Abteilung.
Aufgabengebiet: Planung, Betreuung und Evaluierung von Gesundheitsprojekten in Ländern der sog. 3. Welt; Öffentlichkeitsarbeit (Vorträge, Publikationen usw.).
Wir wünschen uns eine(n) Mitarbeiter(in) mit Berufserfahrung und möglichst eigenen Dritte-Welt-Erfahrungen, entwicklungspolitischem Engagement und mit englischen, spanischen oder französischen Sprachkenntnissen. Sie/er sollte bereit sein, in einem Team von hauptamtlichen Mitarbeitern und Zivildienstleistenden zu arbeiten.
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bis 31. Mai 1984 an:
(medico international,
Hanauer Landstraße 147-149,
6000 Frankfurt/M. 1.)

Mitarbeiter/in gesucht

Die BUKO-Agrokoordination sucht eine/n Mitarbeiter/in für die Koordination der zum Agrarbereich arbeitenden entwicklungspolitischen Aktionsgruppen.

Voraussetzungen:
- Mitarbeit in entwicklungspolitischen Aktionsgruppen
- möglichst Arbeit zur Agrarthematik
- abgeschlossenes sozialwissenschaftliches oder agrarwissenschaftliches Hochschulstudium mit Schwerpunkten Entwicklungspolitik, -soziologie oder -ökonomie
- ABM-Fähigkeit
- Fähigkeit zu kooperativer Zusammenarbeit

Bewerbungsschluß:
31. Mai 1984

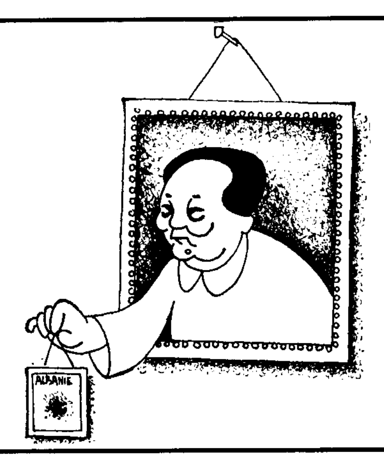
Die Bewerbungen sind zu richten an die
BUKO-Agrokoordination,
Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50,
Tel.: (040) 393156

Albanien — ein Entwicklungsland?

Diese Frage kann als das Leitthema einer soeben erschienenen Publikation **ALBANIEN-BEITRÄGE-gelten!** Die von den Münsteraner Professoren Lienau und Prinzing herausgegebene Publikation ist das z.Z. im deutschen Sprachraum umfangreichste und detaillierteste Werk zu Albanien. Das mit zahlreichen Karten und Photos ausgestattete Buch hat noch einen weiteren, ungewöhnlichen Vorzug: Es erschien im Selbstverlag und wird auch zum Selbstkostenpreis abgegeben! (22,— DM)

Bezug nur über: **Lienau, Institut für Geographie, Arbeitsgebiet Entwicklungsforschung. Robert-Koch-Str. 26, 4400 Münster.**

In der gleichen Reihe erschienen u.a. auch:
Hermanns/Lienau: Forschungsprojekt: Rückwanderung griechischer Gastarbeiter und Regionalstruktur ländlicher Räume.
Lienau: Labour Migration and Agricultural Development in Malawi/Afrika.



Soeben erschienen:

Broschüre zum Krieg zwischen Iran und Irak

„Des Krieges Verlierer"

Unter besonderer Berücksichtigung des Waffenhandels, der die Fortdauer des Krieges bedingt.

Kosten:
2,50 DM in Briefmarken (einschließlich Porto)
Postfach 650 721
1000 Berlin 65
45 Seiten mit Fotos, Karikaturen und Tabellen.

AL MADINA

Versandbuchhandlung & Antiquariat

Mit unserem ersten Katalog wollen wir uns der entwicklungspolitischen Öffentlichkeit vorstellen. Unser Antiquariat hat sich auf Bücher über die islamische und arabische Welt spezialisiert — unser Frühjahrskatalog bietet 500 Titel in verschiedenen Sprachen an.
Zu beziehen ist der Katalog bei:

Al Madina
Versandbuchhandlung & Antiquariat
Wolfsgartenstraße 19
6070 Langen



3.Welt

ÖKOLOGIE
UND UNSERE
VERANTWORTUNG

Das neue Sonderheft der Öko-Mitteilungen, der Mitgliederzeitschrift des Öko-Instituts behandelt folgende Themen:
- Pestizidexport in die Dritte Welt, chem. Keule und Bumerang zugleich
- Staudämme, Stolpersteine statt Meilensteine
- Keine Chance mehr für die Wälder der Dritten Welt?
- Biogasanlagen in der Dritten Welt
- Industrialisierung, Umweltbelastung und Umweltschutz in Entwicklungsländern
- „Global 2000" und Entwicklungspolitik

ISSN 0173-7961, Preis DM 4,50, erhältlich beim Öko-Institut (gemeinnütziges Institut für angewandte Ökologie), Hindenburgstrasse 20, 7800 Freiburg, Tel. 0761/36439. Auf Wunsch ist dort auch Informationsmaterial erhältlich.



Betrifft: Nr. 115, Febr. 84, Asylanten

Ich glaube, daß sich deutsche Behörden in Einzelfällen unmenschlich und sogar kriminell aufführen, und das ist **unentschuldbar.**
Doch ich frage mich, ob diese Aggressionen nicht auch teilweise verständlich sind z.B.
— durch viele Wohlstandsflüchtlinge
— durch Widersprüche in den Aussagen der Asylanten
— durch Massenansturm auf die Antragsstelle.
Ich persönlich frage nicht, woher diese Menge Leute das Geld haben, den Flug zu bezahlen.
— im Klartext, die **armen** Schweine bleiben dort und werden weiter verfolgt.
Wieso kommen vorwiegend Männer, jugendliche Männer. Sind Frauen, alte Frauen und Kinder nicht bedroht? Unterstützen wir indirekt die Frauenunterdrückung anderer Länder, indem wir großzügig die Herren aufnehmen. Oder stellen wir das gar nicht in Frage, da trotz Grundgesetz bei uns die Frau auch als weniger wert angesehen ist. Ich weiß nicht, ob es nicht besser wäre die Hintergründe einer Flucht etwas genauer zu beleuchten.
Wie gefährlich ist z.B. jemand, der z.B. in die BRD fliegt um nachzufragen ob sein Antrag genehmigt ist???
Frage: Wurde dem nierenkranken Mensch nun nach Deutschland geholfen, um eine Niere zu bekommen?
Frage: Wie hat und was hat der Asylbewerber gegessen bevor er nach Deutschland kam? Die Zähne sind ihm doch nicht alle hier herausgefallen. War die kieferorthopäthische Operation „Funktionsnotwendig oder eine korrektur oder kosmetisch". Die beiden letzteren werden auch Deutschen oft nicht bezahlt.



Ich bin davon überzeugt, daß wir vieles verbessern müssen, doch ich glaube auch, daß wir nicht unkritisch alles aufnehmen sollen, sondern versuchen, den Spreu vom Weizen zu trennen.

Mit freundlichen Grüßen
A. Disque

16.04.1984
Betr.: Leserbrief von Michael aus Münster in Nr. 116 zu meiner Abo-Kündigung in Nr. 114

Liebe blätter-macher/innen und Michael,

ich möchte meine Kritik doch noch etwas präzisieren. Michael fragt, wie ich mir internationalistische, anti-imperialistische Arbeit in der BRD vorstelle ohne detaillierte Einzelinformationen. Natürlich gar nicht. Deshalb schrieb ich, „die reine Informationsarbeit des iz3w ist für mich nur zweitrangig." Nicht etwa unwichtig oder gar überflüssig!
Ich teile Michaels Lob an Eurer intensiven Mühe, kein Land, keinen Mißstand unbenannt zu lassen. Allerdings käme ich dadurch nicht —wie Michael— aus dem „engen Kontinent meiner Lateinamerika-Arbeit hinaus", denn was Euch zu sehr fehlt, ist die Vermittlung von Widersprüchen der abhängigen Länder auf die Interessen der Menschen in den Metropolen hier. Das hieße Solidarität möglich machen- statt moralinsaure Almosenmentalität.
Deshalb erwarte ich keine Selbstkritik von Euch, wenn Ihr die nicht von alleine üben wollt, sondern die Transparenz Eurer Gruppendiskussion. „Wo sind Eure Widersprüche und Ansätze?" Wer sind die Leute, die die „blätter" machen? Wie steht Ihr zu aktuellen Widersprüchen im eigenen Land? Ihr wollt doch mehr als nur „Weltspiegel" sein!
Wichtig ist eine Beziehung in der Diskussion, d.h. in der Verarbeitung Eurer Informationen, mit den Lesern, den sozialen Bewegungen und Euch- und damit auch zwischen den Lesern untereinander herzustellen. Dazu solltet Ihr mit Euren Meinungen und Einschätzungen etwas provokanter werden. Die „arrogante, westdeutsche Linke" -z.B. ich- braucht die differenzierte, widersprüchliche Diskussion. Zum anderen kehre ich den „blättern" nicht den Rükken, sondern kaufe Einzelhefte, wenn mir der Inhalt nicht nur informativ, sondern auch produktiv erscheint.
Im übrigen, Michael, ein „Papier für die blätter" schreibe ich nicht, denn Du kannst Beiträge von mir -unregelmäßig- im „ila-info" lesen.

Nicht für ungut.
Lorenz

Liebe iz3w Redaktion!

Wenn ich Euren Kommentar zum Aufruf des Informationsbüros Nicaragua e.V. „Frieden für Nicaragua" vor meinen geistigen Augen Revue passieren lasse, dann finde ich Eure Haltung regelrecht schizophren.

Wenige Seiten vor diesem Aufruf wird in aller (und meiner Meinung nach auch wirklich nötigen!) Deutlichkeit die Brutalität und Perversion der US-regierungsamtlichen Dritte-Welt-„Moral" bloßgelegt und dokumentiert, mit welcher Doppelzüngigkeit militärische Aggressionen seitens der US-Imperialisten als Engagement definiert werden- und nun steht im Aufruf des Informationsbüros haargenau das Gleiche, nur mit dem Unterschied, daß dieses die Fakten moderater kommentiert — und da meint Ihr doch tatsächlich, daß dieser Aufruf „umstritten" sei, Das ist doch lachhaft!!!

Was soll denn hierbei modifiziert bzw. neu diskutiert werden?

Geht bei Euch schon der Konformismus hausieren?

Die Redaktion hält den Aufruf" nicht für sonderlich(?) gut," was soll diese Kohl'sche Definition?

Aus meiner Perspektive als Sozialwissenschaftler, der zur Zeit seinen Zivildienst bei der Carl-Duisberg Gesellschaft (Programmdurchführende Stelle des BMZ) leistet, kann ich nur sagen: dieser Aufruf beschreibt genau den status quo!

Umstritten ist in dieser Situation Eure diffuse Attitüde zu diesem Aufruf und die ambivalente Meinung zu dem hier angesprochenen Faktor, wenn ich mir den Artikel "USA/Mittelamerika — Mittelamerika Militarisierung — die treibende Kraft der US-Politik in der Dritten Welt „betrachte!

Bernd Niepel



Neuerscheinungen

Eberhard Schmitt (Hrsg.); Türkei: Bd. 1 Politik, Ökonomie, Kultur, 384 S., Bd. 2 Ein Reisebuch, 420 S., Express Edition, Reihe Roter Rucksack, Berlin, 1984, Beide Bände 39,80 DM

Migration; Texte über Ursachen und Folgen der Migration, No 5, Ausländerfeindlichkeit, Express-Verlag, Expressverlag, 9,50 DM

Frank Lehmann, Gritta Rösing; No pasarán, Bilder und Berichte aus Nicaragua, Basisbücher Nr. 1, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt a.M., 1984, 239 S., 27,50 DM

Manfred Ernst; Auf der Suche nach einem neuen Modell — Costa Rica zur Einführung, Kiel, 1984, Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1, 64 S., 4.— DM

Rosemarie Karges, Werner Schlienz; Ein Gigant erwacht — die Atlantikküste in Nicaragua, Kiel, 1984, Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1, 80 S., 5.— DM

Magazin Verlag (Hrsg.); El Salvador — Wo die Zukunft bereits Wirklichkeit wird, Kiel, 1983, Magazin Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1, 80 S., 5.— DM

Isam Kamel Samel; Islam und das Völkerrecht, Express Edition, Berlin, 1984, 260 S., 34.— DM

Eberhard Gohl; Der Einfluß der Traktoriesierung auf die bäuerliche Produktionsbeziehungen in der Türkei, Express Edition, Berlin, 1983, 214 S., 29,80 DM

Wolfgang Zehender, Cooperation versus Integration — the prospects of the Southern African Development Conference, German Development Institute (GDI), No. 77, Berlin, 1983, 69 S., 10.— DM

B. Gläser, Kevin Philips-Howard (Hrsg.); Problems of international Cooperation, Special issue: Clean water for Third World Development, vierteljahresberichte der Friederich-Ebert-Stiftung, Nr. 94/Dezember 1983, 10.— DM

Florian Steinberg (Hrsg.); Sri Lanka; Armut im Paradies?, Bd. 2, Albatros V.u.V. GmbH, Postfach 600171, 6000 Frankfurt 60, 1984, 270 S., 18,90 DM

Christliche Initiative El Salvador (hrsg.); Wahlen in El Salvador 1984, Christliche Initiative El Salvador e.V., Kardinal v. Galen-Ring 45, 4400 Münster, März 1984, 43 S., 3.— DM

Wolfgang Schneider-Barthold; Industrie und Grundbedürfnisbefriedigung in Afrika, Campus Verlag, Bd. 390, Frankfurt a.M., 1984, 264 S., 46.— DM

Christlicher Friedensdienst (Hrsg.), Hungern nach Frieden und Gerechtigkeit, Arbeitsheft 1984, Aktion Hungern, Mendelstr. 9 - 11, 6000 Frankfurt 60, 120 S., 5.— DM

Pablo Yanèz Barrias; Antenor Flores — Das Leben eines chilenischen Arbeiters, Lamuv Verlag, 1983, Bornheim-Merten, 200 S., 14,80 DM

Elisabeth Burgos; Rigoberta Menchù — Leben in Guatemala, Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten, 1984, 244 S., 16,80 DM

Ottomar Lang; Tod im Fundament, Roman, Das europäische Buch, 1000 Berlin 33, Knesebeckstr. 3, Rudolstadt, 1983, 480 S., 16,50 DM

Arbeitskreis Dritte Welt Frankfurt; Kenia — Politische Gefangene im Ferienparadies — Ein Musterland auf Abwegen

Friedhelm Ernst (Hrsg.); Der schwierige Weg nach Palästina, Arbeitsheft 2, Alektor Verlag, Stuttgart, 1984, 108 S., 9.— DM

Institut für Internationale Begegnungen; Mit der eigenen Stimme...Wie kann in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit die Dritte Welt stärker zu Wort kommen?, Institut für Internationale Begegnungeen, Walramplatz 9, 5300 Bonn, gratis!

Indres Naidoo, Albie Sachs; Insel in Ketten — Bericht aus Südafrika, Lamuv Verlag/Dialog Dritte Welt, 1984, 280 S., 18,80 DM

Gerd Fätkenheuer u.a.; Bluternte — Das Blut der Armen für die Wohlfahrt der Reichen, rororo aktuell, Mai 1984, 277 S., 12,80 DM

Arnim Bechmann; Leben wollen — Anleitung für eine neue Umweltpolitik, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 1984, 350 S., 19,80 DM

Philip Agee, Regina Fuchs, Manfred Ernst u.a.; Generalprobe Grenada — Augenzeugenberichte und Analysen, Konkret Literatur Verlag, Hamburg, 1984, 192 S., 18.— DM

Peter J. Opitz (Hrsg.); Die Dritte Welt in der Krise, Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 285, München, 1984, 274 S., 19,80 DM

Torsten Striepke; Comparative Analysis of Objectives of the Integrated Rural Development Projects in Nepal, Oktober, 1983, Bezug: T. Striepke, Pillauerstr. 21 A, 2804 Lilienthal, 115 S., 30.— DM

ASK; Die israelische Aggression gegen den Libanon und ihre Folgen — Augenzeugenberichte und Untersuchungsergebnisse, Solidaritätsshop Dritte Welt, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/M., 4,80 DM

Rüstung und Hunger; terre des hommes, AG Göttingen, c/o Michael Hollenbach, Kirchweg 3, 3401 Waake, 2.— DM in Briefmarken

Tagungshinweise

VII. Fernsehworkshop Entwicklungspolitik, 30. Mai 84, Stuttgart, Information und Anmeldung: Zentrum für entwicklungsbezogene Bildungsarbeit, Gerokstr. 17, 7000 Stuttgart 1

* * *

„Alternative Sozialpolitik", 25. - 27. Mai 1984, Information und Anmeldung: Redaktion „Widersprüche", Postfach 591, 605 Offenbach

* * *

4. Entwicklungspolitischer Filmabend „Bluternte", 15. Mai 84, Ökumenische Werkstatt der VEM in Wuppertal-Barmen, Missionsstr. 9

* * *

ALTERNATIVA 84 — Messe für alternative Lebensformen, 2.5. - 6.5.84, Berlin, Information und Anmeldung: ALTERNATIVA, Karlsruher Str. 5, 1000 Berlin 31, 030-8912219

* * *

Studienkonferenz „Krisenherd Mittelamerika", 19./20. Juni 84, Bensberg, Information und Anmeldung: Thomas-Morus-Akademie, Postfach 1000346, 5060 Bergisch-Gladbach 1

Symposium „10 Milliarden Menschen im 21. Jahrhundert — Die Herausforderung für die Menschheit", 23. - 25. Mai, Bonn, Information und Anmeldung: Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Simrockstr. 23, 53 Bonn 1

* * *

10. Tübinger Festival „Für die Geschwister Scholl und ihre Freunde", 15. - 17. Juni 84, Information: Club Voltaire, Haaggasse 26 b, 74 Tübingen

* * *

„Jugendsozialarbeit in Afrika", 15. - 17.6.84, Bielefeld

* * *

„Frauen in der Ausländerarbeit — Wir machen uns selbst zum Thema", 11. - 13.5.84, Bonn

* * *

„Asylbewerber aus der Dritten Welt in der BRD", 4. - 6.5.84, Bad Oeynhausen

* * *

„Amerikas Hinterhof: Revolution und Konterrevolution in Nicaragua und El Salvador", 18. - 20.5.84, Bielefeld

Information und Anmeldung für alle obengenannten Tagungen: AKE, Postfach, 4973 Vlotho

* * *

„Frauen in der Dritten Welt. Gegen doppelte Abhängigkeit — für welche Entwicklung? Das Beispiel der indischen Frauen", 26./27. Mai 84, Freiburg, Information und Anmeldung: Katholische Akademie, Wintererstr. 1, 78 Freiburg

* * *

„Die Indianer Lateinamerikas — Zum Aussterben verurteilt?", 4. - 6.5.84, Weidenberg, Information und Anmeldung: Thomas Dehler-Institut, Agnesstr. 47, 8000 München 40

* * *

5. Tübinger Gespräch zu Entwicklungsfragen „Kolonialismus und Kolonialreiche", 11./12. Mai 84, Information und Anmeldung: Institut für wiss. Zusammenarbeit, Landhausstr. 18, 74 Tübingen

Zeitschriftenübersicht

Entwicklungspolitische Korrespondenz 1/84
Schwerpunkt: Staudämme
Gewinner und Verlierer des 'Fortschritts' — Mahaweli: Fragwürdige Ziele eines Großprojektes — Der alte Mann und das Wasser — Cabora Bassa: Politisches Faustpfand für Südafrika — Forschung für die Herrschenden — Manantali — Problematische Neuordnung einer Flußregion — Der Aksombo-Damm am Volta See — Bakolori: Der Widerstand der Bauern — Assuan: ein Staudamm zwischen Ost und West — Kostbarer als Gold: Die Geschichte der Staudämme
40 S.; Preis 5.- DM
Vertrieb: EPK, Postfach 2846, 2000 Hamburg 19

***

Forum entwicklungspolitischer Aktions-Gruppen, Nr. 76, Februar 1984
Aktionsberichte zu Nestlé, — Phillipinen gegen Atomkraft und US-Militärbasen — Pharma-Brief, — Agro-Rundbrief — Grundwissen Waffenexport — Arbeitsbrigaden nach Nicaragua — BUKO —
Bezug: FEA — Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 1
Broichstr. 12

***

ila-info Nr. 74, März 1984
Schwerpunktthema: Begegnungen mit mexikanischen Frauen — Berichte und Hintergründe: „Front der Arbeiter" oder „Front der nationalen Befreiung" Chile (Interview) — chilenische Christendemokratie — Zusammenbruch der chilenischen Wirtschaft — Widerstandskampf der Indianer in Brasilien — Nicaragua: Zum Todestag Sandinos — Geburtstunde der revolutionären Demokratie — El Salvador: Wahlen, Radios der Revolution — Solidaritätsbewegung: Saat der Gewalt: Schreckensurteil gegen Härlin und Knäckner — Kein Dioxin in Jutetaschen ...
Einzelpreis: 3.- DM, Jahresabo 30.- DM
Bezug: Informationsstelle Lateinamerika, Römerstr. 88, 5300 Bonn

***

Lateinamerika-Nachrichten 125, April 1984
Chile: Pinochet braucht Hilfe, Der Zaubertrick: Ein Plebiszit ... Nicaragua: Wahlen, — Grenada: Das politische Leben beginnt sich wieder zu formen — Honduras: Souveränes Land oder US-Kolone? — El Salvador: Radios der Revolution — Kolumbien: 16 Monate Amnestie und noch kein Friede — Argentinien: Wölfe richten über Wölfe — Peru: Kolonisation des Amazonasgebiets und indianische Dorfgemeinschaften —
Einzelpreis: 4.- DM, Jahresabo: 45.- DM
Bezug: Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

***

Peripherie Nr. 14,
Die Dritte Welt und Marx: Reinhard Kößler: Asiatische Volksbewegungen, russische Populisten und „Das Kapital" — Tilman Schiel: Marx und die Analyse der Transformation von Gesellschaften — Geert Balzer: Produktionsweisen, Artikulation und periphere Gesellschaftsformationen — Ludgera Klemp: Geschlechterrollen und Grundrisse: das kolonialspanische Patio-Haus als Lebensraum von Frauen
100 S., Preis 9.- DM
Bezug: Peripherie c/o FDCL im Mehringshof, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

***

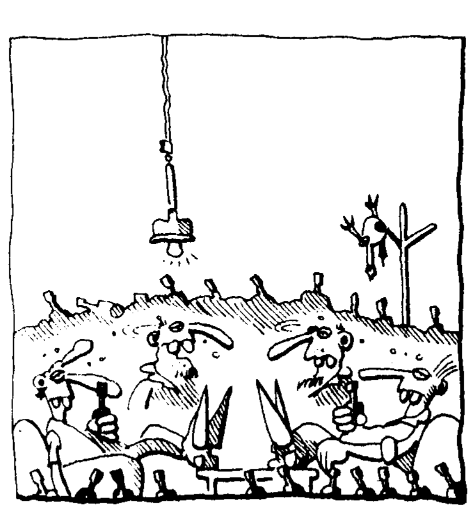
informationsstelle südliches afrika, Nr. 2, März 1984
Schwerpunkt: Mosambique: Frontstaat unter Druck — Krieg und Hunger: Rahmenbedingen mosambikanischer Entwicklungspolitik, — Abkommen zwischen Mosambique und Südafrika — Dürre und Überschwemmung treffen Mosambique hart — Alphabetisierung in Mosambik — Das Wort 'Frau' kommt nicht vor — mosambikische Gewerkschaft — Die Bedeutung der Lomé-Konvention für Mosambik — Die Südafrika-Politik der Bundesregierung
Preis: 5.-
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn

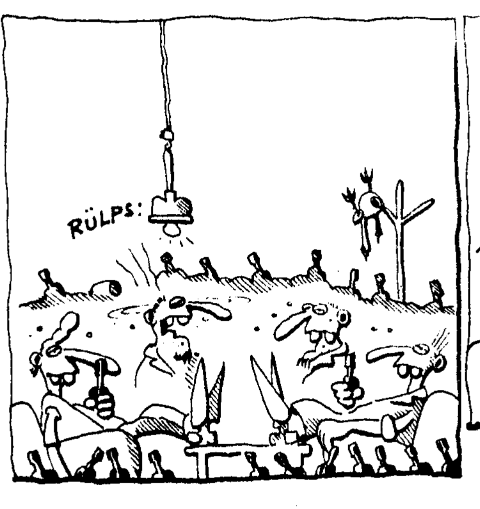
***

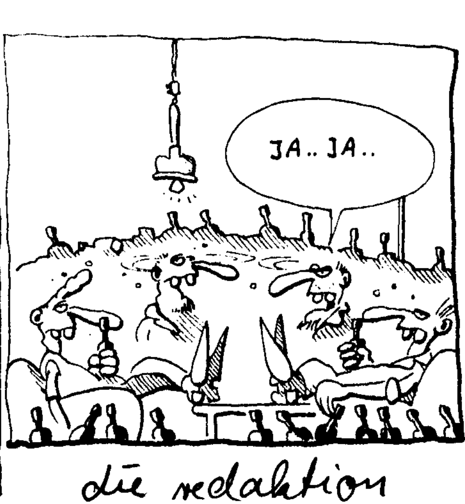
AIB — Antiimperialistisches Informationsbulletin, Sonderheft 2/1984: „Airland Battle und die Rolle der Bundesrepublik"
60 S., 4.- DM
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

***

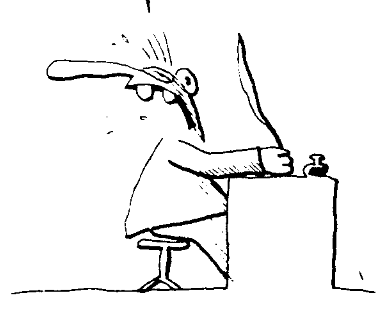
epd — Entwicklungspolitik Nr. 7/84
Informatione: USA — UNCTAD — USA-Militärbudget — EKD zu EG-Entwicklungshilfepolitik — EKD zu Agrarpolitik — Pepsi gegen Tortillas und Bohnen — Analyse/Bericht: Reagonomics und Entwicklungspolitik (F. Nuscheler) — Hinterhofpolitik (F. Nuscheler) — Direktkontakte zur „Dritten Welt" (G. Hünemörder) — Interview: 50 Jahr nach Barmen (E. Käsemann) Dokumentation: Auf dem Weg zu einer neuen Entwicklungspolitik der EG — Alternative Vorschläge zum Kissingerbericht-Entwicklungshilfe unter veränderten wirtschaftlichen Bedingungen — Amerikanisch-sowjetisches Hauptschlachtfeld
Einzel-/Doppelnummer: 3.-/4.50.- DM
Bezug: epd, Freiderichstr. 2-6, 6000 Frankfurt








MEIN KOPF IST LEER, WIE VOR MIER DIESES BLATT PAPIER!


KOMM ZU MIR, MEIN TIGER, UND STÄRKE MEINE GEDANKEN!


... STÄRK STÄRK STÄRK ...


DANKE

Gabi MEIER

Hinterkirchstr. 7

78 Freiburg

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 F
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

